

10. Heft | 20. Mai 1909

LEO ARONS · TERRORISMUS

AM 7. Mai hat die Wahlprüfungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses 4 von den 12 Berliner Mandaten für ungültig erklärt, nämlich die der Genossen Borgmann, Heimann, Hirsch und Hoffmann, und zwar mit doppelter Begründung. Einmal wurde ausgeführt, dass den Wählerlisten für die Steuerzahler mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark die Ansätze für das Jahr 1907, für die übrigen die für das Jahr 1908 zu grunde gelegt waren. Auf die Gründe, die hierfür massgebend waren, und ihre Berechtigung sei hier nicht eingegangen; nur das sei auch hier festgestellt, dass in genau der gleichen Weise von der gleichen Behörde die Wählerlisten für die übrigen 8 Berliner Wahlkreise aufgestellt worden sind, ohne dass ein Protest erfolgte, so dass diese 8 Mandate — von denen 6 in den Händen der *Freisinnigen Volkspartei* sind — gültig bleiben. Als zweiter Grund für die Ungültigkeitserklärung wurde die »ungesetzliche Beeinflussung der Wahlen durch den sozialdemokratischen Terrorismus« ins Feld geführt. Der Abstimmung lag folgende Fragestellung zu grunde:

1. Sind die behaupteten Tatsachen als eine für den Ausfall der Wahl erhebliche Beeinflussung anzusehen?
2. Sind die behaupteten Tatsachen als erwiesen anzusehen?
3. Soll Beweiserhebung stattfinden?«

Da neben der ersten auch die zweite Frage von der Mehrheit bejaht wurde, erübrigte sich die Abstimmung über die dritte. Merkwürdigerweise hat gerade die Bejahung der zweiten Frage, die die Beweiserhebung ausschliesst, in linksliberalen Blättern Entrüstung hervorgerufen. So schreibt das *Berliner Tageblatt*: »Diesen Beschluss verstehen wir nicht. Wie kann denn eine Kommission etwas als *erwiesen* annehmen, wenn sie keine *Beweise* hat?« Und doch ist gerade dieser Beschluss der Wahlprüfungskommission der einzig logische. Wo überhaupt öffentliche Abstimmung stattfindet, ist eine *ungesetzliche Beeinflussung* der Wähler stets als erwiesen anzunehmen. Die öffentliche Abstimmung ist ja gerade deswegen eingeführt, um einen Druck auf die grosse Masse der wirtschaftlich abhängigen Wähler ausüben zu können. Erst durch die Verordnung vom 30. Mai 1849 wurde in Preussen auch die geheime Abstimmung beseitigt, die den Wahlen zu den beiden ersten preussischen Parlamenten zu grunde gelegen hatte. Am schärfsten aber tritt die Bedeutung der öffentlichen Abstimmung hervor, wenn wir uns dessen entsinnen, dass nach den

Beschlüssen der ersten französischen Nationalversammlung die Wahlen zum Konvent im Jahre 1792 in geheimer Abstimmung vor sich gehen sollten, dass es aber die Jakobiner waren, die entgegen der gesetzlichen Vorschrift in Paris die öffentliche Abstimmung erzwangen, weil sie auf diese Weise ihren Einfluss auf die Bevölkerung besser zur Geltung bringen konnten. Ich wiederhole: Wo immer öffentliche Abstimmung bei Wahlen besteht, ist es auf einen Gewissenszwang gegenüber den Massen geradezu abgesehen.

Freilich gibt es auch heute noch weltfremde Leute, die in voller Naivetät aus gewissen *ethischen* Gründen und Abwägen des Für und Wider der öffentlichen Abstimmung den Vorzug geben zu sollen glauben. Wo aber wirkliche Politiker gelegentlich dieser Meinung gehuldigt haben, sind sie stets sehr schnell bekehrt worden. Dafür nur zwei Beispiele. Im Steinschen Entwurf der preussischen Städteordnung war für die Wahlen der Stadtverordneten die öffentliche Stimmabgabe vorgesehen; ein Mitarbeiter Steins, der Minister von Schroetter, führte in einem Brief vom 9. September 1808 dagegen aus, die geheime Wahl sei notwendig, weil »der Einfluss der reichen Bürger wirklich so gross ist, dass eine freimütige Wahl von jedem einzelnen nur dann stattfinden wird, wenn er unentdeckt seine Stimme für oder gegen den Kandidaten abgeben kann«. Stein stimmte zu, und die Städteordnung von 1808 brachte die geheime Abstimmung, die erst durch die Städteordnung von 1853, in der schlimmsten Reaktionszeit, wieder beseitigt wurde. Am 26. November 1873 erklärte Windthorst im preussischen Landtag:

»Ich habe in früherer Zeit geglaubt, die öffentliche Stimmabgabe sei die richtige, sie sei am besten geeignet das Volk politisch zu erziehen und feste öffentliche Charaktere zu schaffen . . . Aber, meine Herren, nachdem ich in den preussischen Staatsverband getreten bin und nunmehr die hier befolgten Wahlmethoden gesehen habe, da sage ich, es geht nicht mit der öffentlichen Abstimmung.«

Und nachdem er auf die Wahlbeeinflussungen durch die Regierung, die Grundbesitzer, die Fabrikanten im einzelnen hingewiesen, schloss er:

»Das muss ein Ende haben, wir müssen den Leuten die Möglichkeit gewähren nach freier Überzeugung zu stimmen, ohne ihre Existenz aufs Spiel zu setzen.«

Solche Stimmen sind in Preussen ungehört verhallt. Deshalb ist es geradezu selbstverständlich, dass die arbeitende Bevölkerung, nachdem sie sich zum Eintritt in die Wahlen entschlossen, gleichzeitig beschloss auch ihre nur allzu zersplitterte wirtschaftliche Macht in die Wagschale zu werfen, um der so ungleich besser organisierten der Besitzenden ein Gegengewicht zu bieten. Dass ihre Bemühungen in dieser Richtung ganz anders in die Augen fallen müssen, liegt auf der Hand. Das finden wir stets, wenn eine vieltausendköpfige Arbeitermenge, notwendigerweise in voller Öffentlichkeit, einen Schritt tun muss, dessen genau so einschneidendes Gegenstück eine Handvoll Grosskapitalisten in traulichem Zimmer bei einem guten Frühstück beschliesst.

Nun behaupten zwar selbst ganz linksliberale Blätter: Wer die wirtschaftliche Beeinflussung der Wähler von irgend einer Seite bekämpfe, dürfe sich selbst nicht dieses Mittels bedienen. Der Satz ist grundfalsch. Die herrschenden Schichten könnten sich nichts Besseres wünschen als dass man ihr Treiben zwar tadelte, ihrem Druck aber keinen Gegendruck entgegengesetzte. Der Satz *Wer die wirtschaftliche Beeinflussung der Wähler von irgend einer Seite bekämpft kann nur die Fortsetzung haben der muss mit allen erdenklichen Mitteln für die Beseitigung der öffentlichen Abstimmung eintreten.* Und wenn heute

das Fortbestehen der öffentlichen Abstimmung in Preussen schon als erschüttert betrachtet werden kann, wem anders ist es zu danken als dem Umstand, dass die sozialdemokratischen Arbeiter auch ihrerseits den Willen bekundet haben ihren wirtschaftlichen Einfluss zur Geltung zu bringen? Hierdurch ist der Mittelstand, der sich bisher nach oben fügte, zwischen zwei Feuer geraten: die Beseitigung der öffentlichen Abstimmung ist in gewissen Wahlkreisen fast zur Lebensfrage für viele seiner Angehörigen geworden. Die Arbeiterschaft wird sich deshalb weder durch die Ungültigkeitserklärung sozialdemokratischer Mandate noch durch das ethische Zureden wohlmeinender Gönner von dem einmal als richtig erkannten Weg abbringen lassen. Sie tut damit nichts anderes als alle anderen Parteien tun. Freilich ist es aus den oben angedeuteten Gründen schwieriger das Verhalten anderer Parteien festzunageln. Um so erfreulicher ist es, dass uns wenigstens ein diesen Gegenstand behandelndes vertrauliches Rundschreiben des konservativen Zentralwahlkomitees aus dem Jahre 1861 bekannt ist. Darin heisst es:

»Auf dem Lande wird es besonders die Pflicht der Gutsbesitzer sein dahin zu arbeiten, dass niemand, der ihrer Einwirkung zugänglich ist, von den Wahlen zurückbleibe. Dass in gleicher Weise jeder billige und gesetzlich erlaubte Einfluss auf die Untergebenen und in Geschäftsverbindung Stehenden angewandt werden muss, versteht sich von selbst. Überhaupt ist es billig und notwendig, dass die Konservativen sich gleich ihren Gegnern [Sozialdemokraten gab es damals noch nicht!] entschliessen ihre soziale und gesellschaftliche Stellung geltend zu machen und möglichst nur Geschäftsleuten, die gleiche Gesinnung haben, die Vorteile ihres Verkehrs zuwenden. Ein offenes Anerkennen und Aussprechen dieses Grundsatzes wird nicht ohne Wirkung bleiben!«

Mehr als hier von der führenden konservativen Stelle aus empfohlen und als Praxis auch der anderen Parteien hingestellt wird haben die Berliner Arbeiter nicht getan. Tritt das Abgeordnetenhaus, was uns allzu wahrscheinlich ist, trotzdem den Beschlüssen seiner Kommission bei, so werden die Arbeiter ihre Taktik nicht ändern sondern wiederum genau nach den Vorschriften jenes alten konservativen Zentralwahlkomitees handeln.

Und doch besteht zwischen ihrem *Terrorismus* und dem jener anderen Parteien ein schroffer Gegensatz: Die sozialdemokratischen Arbeiter greifen zu diesem unerfreulichen Mittel ausschliesslich in der Absicht seiner Anwendung ein für allemal ein Ende zu bereiten: durch Einführung einer wirklich geheimen Abstimmung.

XX

EDUARD BERNSTEIN · DIE INTERNATIONALE POLITIK DER SOZIALDEMOKRATIE



ARL Leuthners Artikel *Herrenvolk und Pöbelvolk* und *Umlernen*, die einem Teil der sozialdemokratischen Presse Deutschlands zu Angriffen gegen ihren Verfasser sowie gegen den Herausgeber der *Sozialistischen Monatshefte* Anlass gegeben haben, behandeln eine Frage, die in dem Mass wie die sozialdemokratischen Parteien wachsen von immer grösserer Bedeutung sowohl für diese selbst wie für die allgemeine Gestaltung der Dinge wird: die internationale oder Auslandspolitik der Sozialdemokratie. Über den sachlichen Gehalt der Leuthnerschen Artikel sind die Blätter, die sich mit ihnen beschäftigt haben, flüchtig hinweggegangen. Entweder hat man ihn gar nicht berührt und sich nur mit der Frage

beschäftigt, gegen wen sich die Spitzen richten, oder man hat sich gerade so weit mit ihm beschäftigt als er zu der (vor allem im *Vorwärts* versuchten) Beweisführung benutzt werden konnte, dass man in Leuthner die reife Frucht vom Giftbaum des Revisionismus vor sich habe, und daraus die Notwendigkeit einer Bulle *Tolerari non posse* auch für den Blödesten geliefert sei: eine Deduktion, durch die Leuthners Antwort im *Vorwärts* vom 6. Mai einen dicken Strich gemacht hat. Auf die andere Frage, nämlich welches Parteiorgan er in seinem ersten Artikel mit angegriffen habe, hat Leuthner in dieser Zeitschrift geantwortet; dieser Punkt bleibt den Beteiligten überlassen. Dagegen möchte ich im folgenden den unerörtert gebliebenen sachlichen Inhalt der Leuthnerschen Ausführungen einer Prüfung unterziehen, da er in wesentlichen Punkten zu einer solchen herausfordert.

Der Ausgangspunkt Leuthners ist eine Erfahrungstatsache, die der Schreiber dieses schon vor Jahr und Tag im *Zürcher Sozialdemokraten* und in der *Neuen Zeit* wiederholt gekennzeichnet hat; nämlich die Gefahr aller radikal-demokratischen Parteien, dass sie durch das Bedürfnis der möglichst schroffen Bekämpfung der Regierung oder herrschenden Parteien des eigenen Landes dahin verleitet werden die Geschäfte irgend welcher ausländischen Macht oder Mächte zu besorgen, aus blossem Oppositionsdrang vitale Interessen des eigenen Landes oder der allgemeinen Kulturentwicklung preiszugeben. Es war kein anderer als Friedrich Engels, der mich gegen diese Tendenz, um es modern auszudrücken, *scharf machte*, und man braucht sich nur ein wenig tiefer in die Geschichte zu versenken, um auf Schritt und Tritt Beweisen für die Realität dieser Gefahr zu begegnen. Die Menschen sind in der Politik so wenig wie auf anderen Gebieten nur für die Absicht ihrer Handlungen moralisch haftbar. Gerade der Politiker, ob er als Journalist vorbereitend oder als Führer und Gesetzgebungsmitglied vollziehend tätig ist, hat die Pflicht die weiteren Wirkungen seines Tuns sich zu vergegenwärtigen. Unkenntnis der Wirkungen ist für ihn noch weniger eine Entschuldigung als Unkenntnis der Gesetze den mündigen Staatsbürger der sozialen Verantwortung für sein Tun enthebt. Es gibt aber einen *Radikalismus*, der das sehr leicht vergisst und immer wieder nur den unmittelbaren Effekt seiner Handlungen ins Auge fasst, unbekümmert um die weiteren Folgen, eine Tendenz das *L'art pour l'art* auf politisch in *Gegen die Regierung, auch wenn sie recht hat!* zu übersetzen. Soweit sich Leuthner gegen diese Art Politik zu treiben oder die Neigung dazu wendet, findet er mich auf seiner Seite. Indes ist hier doch der Punkt, wo er meines Erachtens auf falsche Wege geraten ist.

Gewiss, die Arbeiterklasse hat auch nationale Interessen. Das Wort *Der Arbeiter hat kein Vaterland* ist eine von der geschichtlichen Entwicklung zum alten Eisen geworfene, gegenstandslos gewordene Phrase. Der Arbeiter hat ein Vaterland, er hat es sich zum Teil selbst erobert. Je mehr die Arbeiterklasse, wie wir das in allen modernen Ländern sich vollziehen sehen, das Volk wird, um so mehr wird sie auch die Nation, und die Nationen sind zwar nicht biologische, wie unsere Rassenidolatoren meinen, wohl aber soziologische Notwendigkeiten. Sie sind die Glieder des grossen Körpers *Menschheit*, der ohne sie ein unförmiges, molluskenhaftes Ungeheuer wäre, und sie sind um so wertvollere Glieder, je ausgebildeter Organismen sie selbst darstellen. Die Arbeiterklasse für vaterlandslos erklären hiesse

sie für unfähig erklären die politische Erbin der heute herrschenden Klassen zu werden, sie zu ewiger politischer Unmündigkeit verdammen. In wie hohem Grad aber die moderne Arbeiterschaft national ist, zeigt unter anderem die Tatsache, dass ihre Auswanderungsziffer fast im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Entwicklung sich bewegt. Nicht die Industriestaaten, die Agrarstaaten stellen die grossen Auswanderungsheere. In dem Mass wie Deutschland sich industrialisierte hat seine Auswanderung abgenommen. Im Jahrfünft 1881 bis 1885 betrug sie noch 3,73 ‰ der Bevölkerung, im Jahrfünft 1901 bis 1905 war sie trotz der gewaltigen Zunahme der deutschen Auswanderungsschiffahrt auf 0,5 ‰ gefallen. Als Individuum ist der Arbeiter selbstverständlich beweglicher als der bürgerliche Geschäftsmann, der Bauer und der Beamte. Die Klasse der Arbeiter bleibt dagegen in jedem Lande ein Stück der Nation, und zwar ein wachsender, immer grössere Bedeutung erlangender Teil.

WENN aber die Arbeiterklasse sich nicht darin von den bürgerlichen Klassen unterscheidet, dass diese national sind und sie nicht, so dagegen darin, dass sie in anderer Weise national ist und nach ihren Daseinsbedingungen anders sein muss als jene. Die Arbeiterklasse kann die nationalen Unterschiede nicht abschaffen und sie darum auch nicht ignorieren. Es ist Utopie von dergleichen zu träumen. Aber die Arbeiterklasse kann als Nationalität nicht gegen irgend eine andere Nationalität unterjochend und unterdrückend auftreten: das widerspricht ihrer sozialen Natur, die ihr die Demokratie zur Grundbedingung der eigenen Entfaltung macht. Sie kann daher die nationalen Überlieferungen der bisher herrschenden Klassen nicht ohne Nachprüfung übernehmen und fortsetzen, nicht im Sinn dieser national sein. Für sie ist die Nation ein der Internationalen der Kulturvölker organisch verbundenes Glied, selbständig gegenüber jeder andern Nation, aber selbständig auf der Grundlage demokratischer Gleichberechtigung und gleicher, auf Gemeinschaftsabschluss beruhender Verpflichtungen.

Der Gedanke mag manchem zuerst als entwicklungsfeindlich erscheinen, da zwischen den Nationen noch grosse Unterschiede in der Kulturhöhe obwalten, und es eine weit verbreitete Auffassung ist, dass die Gleichheit nach unten hin nivelliert. Diese Auffassung stützt sich jedoch auf Erfahrungen aus Geschichtsepochen, von deren Kulturzuständen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen überhaupt von einer Internationalen im Sinn der modernen Arbeiterklasse die Rede sein kann, sehr wesentlich unterscheiden. Diejenigen, die jene Furcht hegen, vergessen, was man theoretisch gebildeten Leuten zu sagen kaum nötig haben sollte, dass das Emporkommen der Arbeiterklasse zu politischer Macht an geschichtliche Bedingungen geknüpft ist, die ganz andere Kräfte und Bürgschaften des Kulturfortschritts in sich tragen als sie zu irgend einer Zeit gegeben waren. Selbst wenn die blosse Zahl die politische Herrschaft bestimmte, was aber niemals in der Geschichte der Fall gewesen ist, muss, bevor die moderne Arbeiterschaft in den Hauptkulturländern die Mehrheit bildet, in der Natur der Wirtschaft und des internationalen Verkehrs eine Entwicklungshöhe erreicht sein, die keinen nennenswerten Rückfall mehr zulässt. Zudem kann diese Höhe der Entwicklung aber auch nicht erreicht werden, ohne dass erhebliche Teile der Arbeiterklasse

selbst schon auf ein wesentlich höheres Kulturniveau gelangen und mit der politischen und administrativen Schulung auch diejenige Weite des Blicks erwerben, die erforderlich ist die Notwendigkeiten der kulturellen Fortentwicklung zu begreifen. Es besteht in dieser Hinsicht ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis der historischen Bedingungen, das man sich nur klar zu machen braucht, um vor der Gespensterseherei geschützt zu sein, in der sich namentlich die Soziologen der biologisch-anthropologischen Schulen gern ergehen.

Schon heute hat die Internationalität des Lebens der Kulturvölker, haben insbesondere ihr Handelsverkehr und die durch diesen notwendig gewordenen Rechtsbeziehungen Begriffe und Regeln eines internationalen Rechts geschaffen, die dem Nationalismus nur noch einen beschränkten Spielraum lassen, und gegenüber denen vieles, was sich als *national* ausgiebt, als entwicklungsfeindlicher Partikularismus bezeichnet werden muss. Wie die Schlagworte der Parteien auch sonst konservativer zu sein pflegen als die tatsächliche Entwicklung, so drehen sie sich gerade auf diesem Gebiet vielfach noch um Dinge, die in hohem Grade überlebt sind. Und wie mit den Schlagworten ist es auch mit allerhand politischen Einrichtungen und politischen Massnahmen. Welch ungeheurer Widerspruch klafft nicht zwischen den diplomatischen Beziehungen der grossen Kulturvölker und ihren sozialen Beziehungen! Selbst die Regierenden verhehlen ihn sich nicht. Fürst Bülow hat im deutschen Reichstag, Sir Edward Grey im englischen Haus der Gemeinen den Widerspruch zwischen dem deutsch-englischen Wettrüsten und dem deutsch-englischen Handelsverkehr haarscharf nachgewiesen. Aber die Konsequenzen ihrer Nachweise zu ziehen verbietet ihnen die traditionelle Beurteilung der Stellung der Nationen zu einander. Man redet 20. Jahrhundert und handelt 18. Jahrhundert. Und hüben wie drüben gibt es Sozialisten, die da sagen: Es ist schlimm, dass dem so ist, brandmarken wir diesen Zustand, aber verheimlichen wir uns die Tatsache nicht: es geht heute nicht anders.

SOLLTE dem wirklich so sein? Haben Leuthner auf deutscher Seite, Blatchford und Hyndman auf englischer Seite recht? Auf den ersten Blick haben ihre Argumente etwas Zwingendes. Warum besteht England auf seine Überlegenheit zur See? So fragt Leuthner, und er schildert England als einen der zwei Störenfriede der Welt — Russland sei der andere —, als eine Nation, die die aggressive Politik verkörpert, die ohne »ethisches Verhältnis« zum Frieden die Industrie des Blutes durch gemietete Leute betreibt, deren Weltmacht als die treibende Kraft »künftiger gewaltsamer Veränderungen der europäischen Landkarte« erkannt werden müsse. Stimmt das alles, so wäre es allerdings nur logisch in dem Vertrag auf Verlangsamung der Rüstungen, den die englische Regierung bei der deutschen angeregt hat, eine Art Beinstellen zu erblicken, kraft deren »der belastete Teil, weil er den Krieg nicht wagt, den Erfolg der Niederlage auf sich nimmt, und auf den man sich daher höchstens als den äussersten Ausweg einlässt, wenn wir den »Schrecken eines für den deutschen Handel verheerenden Seekrieges nicht anders entgehen können. Blatchford und Hyndman aber fragen: Warum will Deutschland, das doch viel weniger Küsten zu verteidigen hat und für seinen

Nahrungsbedarf viel weniger von der Seezufuhr abhängig ist als England, mit aller Gewalt seinen Bestand an Schlachtschiffen dem Englands möglichst nahe bringen, wenn es nicht die Absicht hat bei passender Gelegenheit über dieses herzufallen? Warum weist es den Vorschlag die Seerüstungen auf ein gewisses Mass zu beschränken zurück? Und sie behaupten, dass dieses Verhalten Deutschlands England zwingt seine Überlegenheit zur See um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Im Gegensatz zu Leuthner fügt Hyndman dann noch hinzu, dass, so viel man England auch vorwerfen könne, es im Verhältnis zum imperialistischen Deutschland immerhin ein freiheitliches Land sei, freiheitliche Traditionen vertrete und im Interesse der freiheitlichen Entwicklung Europas nicht zu gunsten einer Hegemonie Deutschlands zurückgedrängt werden dürfe.

An alledem, an Leuthners wie an Blatchford-Hyndmans Argumentation, ist nun etwas richtig. Wenn Leuthner, um Deutschlands moralische Überlegenheit über England darzutun, davon spricht, dass die Deutschen seit vierzig Jahren Frieden halten, so werden Hyndman-Blatchford darauf erwidern, dass das nur im Widerspruch mit den Wünschen einer in den regierenden Klassen Deutschlands sehr einflussreichen Partei und unter dem Druck geschehen sei, den in den siebziger und achtziger Jahren Russland auf Deutschland ausgeübt habe. Gegenüber Hyndmans Betonung von Englands freiheitlichen Traditionen verweist Leuthner dagegen auf Ägypten und Indien, und er könnte Hyndman selbst als Kronzeugen dafür anführen, dass England in jenen Ländern eine wahrhaft scheussliche Tyrannei ausübe. Und so würde es Punkt für Punkt gehen, wenn man den beiden Parteien allein das Wort liesse, und es für sie bei Worten bliebe und bleiben könnte. Wie aber, wenn es zu Taten käme? Würde Leuthner als deutscher Sozialdemokrat die Flottenprogramme bewilligen, für die der *Flottenverein* die deutsche Nation zu erziehen sucht? Oder würden Blatchford-Hyndman mit der englischen Kriegspartei dafür stimmen, dass England nicht erst warte, bis das Verhältnis der Flotten Englands und Deutschlands sich zu ungunsten des ersteren verschoben hat, sondern jetzt, wo es noch die dazu erforderliche Übermacht zur See hat, Deutschland das Knie auf die Brust drückt und es mit Anwendung von Gewalt zwingt seinen Bau von Kriegsschiffen einzustellen? Ich denke: Weder würde Leuthner das eine, noch würden Blatchford-Hyndman das andere tun. Ich habe das hinsichtlich der Letztgenannten gelegentlich meines jüngsten Aufenthalts in England in einem Artikel ausgesprochen, um den mich der *Labour Leader* ersuchte. »Sie bieten der Welt«, sagte ich dort unter Anwendung eines in England gebräuchlichen Vergleichs, »das wenig anmutende Bild von Leuten dar, die erst mit den Jingo's zusammen jagen gehen und dann mit den verachteten *Friedensaposteln* zusammen davonlaufen.« Und es scheint mir, dass Genosse Leuthner auf dem besten Wege ist in den gleichen Fehler zu verfallen.

Gewiss kann es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein die Geschäfte der Chauvinisten anderer Länder zu besorgen. Gewiss kann in Fragen der auswärtigen Politik Zurückhaltung der Opposition in bestimmten Grenzen gelegentlich durchaus am Platz sein. Aber der Sozialdemokratie solche Zurückhaltung zur bindenden Regel machen hiesse sie in der Erfüllung einer ihrer wichtigsten geschichtlichen Aufgaben lahmsetzen. Als Jean Jaurès in

den kritischen Momenten des Marokkostreits die gegen Deutschland zuge-spitzte Politik Delcassés bekämpfte und ihr gegenüber von berechtigten Interessen Deutschlands in Marokko sprach, erntete er unter anderm auch das Lob der deutschen Grosshanspatrioten. Das hat aber nicht verhindert, dass er gleichzeitig sowohl seiner eigenen Nation wie der Internationalen der Völker einen grossen Dienst leistete. Sind diejenigen englischen Sozialisten — und sie bilden die grosse Mehrheit der englischen Arbeiterdemokratie —, die im Gegensatz zu Blatchford-Hyndman scharf dagegen ankämpfen, dass England die Beschleunigung der Ausführung des deutschen Flottenprogramms durch vermehrtes auf den Kiel Legen von *Dreadnoughts* beantwortet, sind die Männer der *Labour Party*, die im Haus der Gemeinen für den Verzicht Englands auf das Beuterecht im Seekrieg eintraten, darum weniger vaterländisch gesinnt als der Herausgeber des *Clarion* und der Führer der *Social Democratic Party*? Leuthner spricht sehr geringschätzig von der Stärke der sozialistisch-friedliebenden Strömungen in Russland und England. Von Russland bei anderer Gelegenheit. Was aber England betrifft, so ist die friedliebende Strömung dort sehr viel stärker als Leuthner annimmt, und sie wäre von erdrückender Kraft, wenn die Jingoströmung nicht beständig von Deutschland her frische Nahrung erhielte. Es kann nicht oft genug ausgesprochen werden, dass die Hetz- und Rüstungspatrioten der verschiedenen Länder in hohem Grade voneinander leben. Es sind fast immer die gleichen Blätter, die sich hüben und drüben gegenseitig zitieren, um, jedes in seinem Lande, die Gefahr, die vom andern Lande drohe, effektiv voll schildern zu können. Man glaube doch nicht, dass die systematischen, fast kindisch-gehässigen Verdächtigungen Englands, die von einem Teil der deutschen Presse bei jeder Gelegenheit betrieben werden, in England verborgen bleiben. Was hat man nicht in diesen Tagen erst wieder in Deutschland für Widersinn über Englands angebliche Treibereien bei den Vorgängen in Konstantinopel zu lesen bekommen! Erst sollte es England gewesen sein, das die Gegenrevolution der Alttürken angezettelt habe, dann war England wieder der heimliche Helfer der Jungtürken. Die englische Diplomatie wird dem deutschen Spiessbürger als ein Ungeheuer von Abgefemtheit und Niedertracht hingestellt, und es werden ihr Dinge in die Schuhe geschoben, an denen sie wirklich unschuldig, oft zu ihrer Unehre unschuldig ist.

»Die Ränke des englischen Balkankomitees kennt alle Welt«, schreibt Leuthner. Man sollte danach meinen, dieses Balkankomitee bestehe aus englischen Jingoos oder sei eine heimliche Filiale des englischen Auswärtigen Amts. Das grade Gegenteil ist aber der Fall. Das Balkankomitee besteht aus Liberalen, die die besten Traditionen des englischen Liberalismus hochhalten, Demokraten und Sozialisten. Sein Präsident ist Professor Westlake, Lehrer des internationalen Rechts in Cambridge; zu seinen Vizepräsidenten gehört, neben anderen Todfeinden des englischen Jingoismus, der Philanthrop George Cadbury, der die *Daily News* finanziert, dies Londoner Hauptorgan der englischen Abrüstungsbewegung; in seinem Ausschuss sitzen Männer wie Percy Dearmer, einer der entschiedensten, sich offen zur *Unabhängigen Arbeiterpartei* bekennenden christlichen Sozialisten Englands, das Parlamentsmitglied Murray MacDonald, ein Veteran der englischen Demokratie, G. M. Trevelyan, der Neffe Macauleys, ebenfalls ein strammer Gegner der englischen Jingoos, und sein

Sohn, der radikale Abgeordnete C. P. Trevelyan; Vorsitzender seines Vollziehungsausschusses ist Noel Buxton, ein Mitglied einer Quäkerfamilie, in der die Traditionen des Sklavenbefreiers Thomas Fowell Buxton lebendig erhalten werden. Und was ist das Programm dieses Komitees? Hier die Hauptsätze seines Statuts:

1. Die öffentliche Meinung [Englands] in dem Bewusstsein zu erziehen, dass Grossbritannien eine schwere Verantwortung auf sich genommen hat, als es 1878 beim Berliner Vertrag die Rückgabe Mazedoniens an die türkische Herrschaft durchsetzte. Ohne diese Handlung England; im Jahre 1878 würde das ganze Gebiet der Metzereien und Gewaltakte von 1903 die Stätte eines freien und blühenden Balkanstaates sein.
2. Durch Veranstaltung von Versammlungen und Veröffentlichung genauer Berichte über die Zustände des Landes die öffentliche Meinung auf dem laufenden zu halten.
3. Mit den Bewegungen in Frankreich, Italien, Deutschland, den Vereinigten Staaten, Russland und Österreich für Reformen in Mazedonien Hand in Hand zu arbeiten, um nach Möglichkeit Gemeinschaft der Ziele und Schritte zu erwirken.
4. Als die feste Überzeugung dieses Landes und die Hauptforderung seiner Politik dem Satz stets voranzustellen, dass keine Reformen in Mazedonien das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben sind, wenn sie nicht dafür sorgen, dass die vollziehende Instanz aus den Händen des Sultans in die von europäischen Beamten gelegt wird.¹⁾

Dies die leitenden Gedanken des nach Leuthner so schändlichen Balkankomitees. Mag sein, dass das Komite nicht immer mit Takt und Umsicht für sie gewirkt hat, mag sein, dass seine Ziele die der österreichisch-ungarischen Politik kreuzen oder gekreuzt haben. Aber mindestens ebenso oft als es sich Festlandsmächten unbequem gemacht hat hat sich das Balkankomitee der englischen Regierung selbst als Mahner unbequem gemacht. Nach seinen Absichten erreicht es der englischen Nation nicht zur Schande sondern zur Ehre.¹⁾

Was dem Deutschen, der nach England kommt, auffällt, ist der grosse Prozentsatz bürgerlicher Elemente, die jene wirklich liberalen Traditionen noch hochhalten, die unserm deutschen Bürgertum verloren gegangen sind. Ich bin nie daheim ein Pharisäer und draussen blinder Anbeter gewesen; ich weiss die besonderen historischen Umstände wohl in Rechnung zu stellen, die es verursacht haben, dass im englischen wie im französischen Volk noch die Überlieferungen einer freiheitlichen auswärtigen Politik leben, die dem Deutschen fehlen. Unser deutsches Volk hat leider nie eine eigene auswärtige Politik gehabt, und was man ihm jetzt davon einzubläuen sucht, ist eine freiheitsfeindliche Politik, eine Politik der geistigen Vorbereitung auf Zusammenstösse mit Kulturvölkern, eine der internationalen Demokratie entgegengesetzte Politik. Man sieht es an der Rückwirkung auf die Gemüter. Unterwürfig oder

¹⁾ In einem vor mir liegenden Buch Buxtons *Europe and the Turc* (London 1907) lese ich: »Ohne eine uninteressierte Politik im Ausland hat unser Wohlstand keine Berechtigung. Wenn die Gewerkschaften und die Arbeiterabgeordneten sich als die ersten im Dringen auf eine humane Politik zeigen, so entfalten sie jenes Rechtsgefühl, das in den Herzen derer lebt, die nicht durch den Luxus korrumpiert sind. Aber sie tun mehr als das: Sie sind treu dem fundamentalen Gesetz, dass, wer Mitgefühl für seine eigene Sache zu erwecken wünscht, das gleiche Gefühl für die Sache anderer bewähren muss. Es besteht heute eine Tendenz die Augen auf die materielle Seite des Reichsgedankens zu richten, und denjenigen, die die Welt aus der Vogelperspektive betrachten, fällt es schwer die Verhältnisse der Bewohner einer bestimmten Stelle genauer zu erfassen. Die Vermehrung des Wissens und das Durcheinander der Gegenstände des Nachdenkens scheinen eine Abnahme der Gefühlsstärke bewirkt zu haben. Wir sind mit Zweifeln erfüllt, und der öffentliche Geist hat nicht mehr die Kraft, die er für die Befreiung der britischen Sklaven und die Freiheit Italiens an den Tag legte. Dieser Gefühlsabnahme muss entgegengewirkt und der Ruf Englands hochgehalten werden, der Ruf jenes England, das für Griechenlands Befreiung und Italiens Freiheit sich entsampte.«

protzenhaft: zwischen diesen, in gleicher Weise zu bekämpfenden Extremen hat die grosse Mehrheit des deutschen Volks dem Ausland gegenüber das rechte Mass noch nicht gefunden. Ich habe in keinem englischen Blatt von irgend welcher Bedeutung so verletzende Beschimpfungen Deutschlands gesehen wie sie in deutschen Blättern England gegenüber anzutreffen sind. In keinem angesehenen englischen Witzblatt wird man solche Bilder über Deutschland finden wie im *Simplicissimus* über England. Wie schief, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, werden nicht bei uns englische Verhältnisse hingestellt. Davon sollte die sozialistische Journalistik sich frei halten. Wenn Leuthner vom Engländer sagt, er betreibe »die Industrie des Blutes wie andere Industrien von hoher Gefahrenklasse durch gemietete Leute«, so ist das ganz äusserlich geurteilt und leitet zu durchaus falschen Schlussfolgerungen. Allerdings werden die englischen Truppen durch Werbung rekrutiert, aber es sind die Söhne des eigenen Landes, die das Heer bilden, und ihr Leben wird in England nicht geringer eingeschätzt als das der Soldaten in Deutschland. Die Offiziere der englischen Armee entstammen in ihrer grossen Mehrheit den selben Gesellschaftsklassen wie bei uns. Als der Burenkrieg die nach Südafrika entsandten englischen Truppen dezimierte, stockten in England die Modegeschäfte, und gewisse Festlichkeiten mussten unterbleiben, weil es im Verhältnis nur wenige Familien in der Bourgeoisie gab, die nicht Trauer für gefallene Angehörige hatten. Und wer ist es, der sich in England der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aus Leibeskräften widersetzt? Gerade die geschworenen Gegner der Kriegspartei, die Linksradikalen, die Sozialisten und die Arbeiterpartei. Kein Mitglied der jetzigen englischen Regierung ist bei diesen so unpopulär wie der Kriegsminister Haldane, und zwar wegen seiner Versuche der allgemeinen Wehrpflicht entsprechende Einrichtungen in England zu schaffen. Die Opposition gegen diese kann als Doktrinarismus kritisiert werden, aber sie wurzelt in einem ethischen Empfinden, in einem Widerwillen gegen die Verallgemeinerung des Militärgeistes, in einem »ethischen Verhältnis zum heiligen Gut des Friedens«, Genosse Leuthner.

ZWEIFELHAFT beherrscht der Gegensatz *England-Deutschland* heute die europäische Politik. Das ist aber doch wahrlich kein Grund ihn noch zu schüren, nun auch die Massen mit dem Geist zu erfüllen, der in den bürgerlichen Klassen so viel Unheil stiftet. Denn dieser Gegensatz hat keinerlei Lebensinteresse des deutschen Volkes zur Grundlage. Was kann England dem deutschen Volk nehmen, das auch nur einen Krieg mit *Mietssoldaten* lohnte? Gar nichts. Man redet bei uns davon, dass die Engländer durch die wachsende deutsche Konkurrenz zum Versuch getrieben werden diese sich durch einen Krieg vom Halse zu schaffen. Leuthner weist den Gedanken nur halb und hypothetisch zurück. Er muss aber mit der grössten Schärfe in seiner Hohlheit blossgelegt werden, weil er in einer Auffassung des Verhältnisses der Nationen zu einander wurzelt, die gradezu eine geistige Gefahr für die moderne Zivilisation bildet.

Der wirtschaftliche Fortschritt der Nationen soll ihre Verfeindung steigern: welch ein Widersinn! Als ob die Nationen Krämer wären, die um eine abgegrenzte Kundschaft mit einander konkurrieren, so dass der Gewinn der einen Nation notwendigerweise der Verlust der andern sein würde. Ein Blick auf die Entwicklung der Handelsbeziehungen der vorgeschrittenen Länder strafft

diese Idee Lügen. Selbst die am meisten zu Industriestaaten entwickelten Länder sind gleichzeitig Konkurrenten und Kunden für einander; zu gleicher Zeit mit der Konkurrenz, die sie einander machen, steigt der Tauschverkehr zwischen ihnen selbst. Es ist eine verhängnisvolle Wirkung des Schutzzollsystems, dass es die Blicke ganz einseitig auf diejenigen Momente lenkt, die Gegensätze zwischen den Nationen schaffen, und sie gegen die viel stärker zunehmende Solidarität der Kulturvölker blind macht. Zugleich ist es beim heutigen Stand der Industrie und des Verkehrs eine unvermeidliche Rückwirkung dieses Systems, dass es den internationalen Konkurrenzkampf un-gemein verschärft und verbittert. Indes ist der Schutzzoll eine Waffe, die im Fortgang der Entwicklung auf dasjenige Land zurückschlägt, das sich ihrer bedient. Zweifelsohne hat die Schleuderkonkurrenz, die unsre durch den Zoll geschützten Industrien auf dem englischen Markt betreiben, in England viel böses Blut gemacht. Es wäre wunderbar, wenn es anders wäre. Denn gross ist die Zahl derer, die durch diese Konkurrenz schwer geschädigt oder direkt ruiniert wurden. Aber, worauf es beim Verhältnis von Land zu Land ankommt, Englands Volkswirtschaft als Ganzes hat höchstens vorübergehend durch sie gelitten. Sind einige Industrien Englands durch sie geschädigt worden, so hat sie sich anderen vorteilhaft erwiesen. Es ist allbekannt, dass zum Beispiel den Wunden, die die Unterbietungskonkurrenz der deutschen und amerikanischen Syndikate der Eisen- und Stahlindustrie der englischen Hüttenindustrie geschlagen hat, sehr bedeutende Erfolge der englischen Maschinen- und Schiffbauindustrie gegenüberstehen, zu denen die Lieferung von billigem Roh- und Halbmaterial durch die deutschen und amerikanischen Syndikate wesentlich beigetragen hat. England produziert heute viele Waren erheblich billiger als Deutschland, obwohl seine Lohnsätze noch immer höher sind als die Deutschlands. Seine A u s f u h r ist denn auch nicht nur dem Gesamtwert nach noch immer bedeutend höher als die Deutschlands, sie ist auch, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, der Deutschlands heute nicht weniger voran, als vor zehn und zwanzig Jahren.²⁾ Da Deutschland mit seiner Zollpolitik sich immer mehr zu einem teuren Land entwickelt, wird seine Konkurrenz der Volkswirtschaft Englands immer ungefährlicher. Es liegen verschiedene Anzeichen dafür vor, dass der Höhepunkt der Bedrohung Englands durch die deutsche Konkurrenz seit Jahren überschritten ist.

Die von den englischen Schutzzöllnern mit Fiebereifer betriebene Tarifreform-

²⁾ Nach den Angaben des *Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich* von 1908 berechnen sich Bevölkerung und Ausfuhrwert des Spezialhandels:

Deutsches Reich	1888	1898	1907
Bevölkerung (in Millionen Köpfen)	48,16	54,4	63,01
Ausfuhrwert (in Millionen Mark)	3,207	3,753	6,850
Ausfuhrwert pro Kopf (in Mark)	66,8	69	108,7

Eine Steigerung von 1888 auf 1907 um 47,7% pro Kopf der Bevölkerung.
Grossbritannien und Irland

Grossbritannien und Irland	1888	1898	1907
Bevölkerung (in Millionen Köpfen)	36,88	40,38	44,8
Ausfuhrwert (in Millionen Mark)	4,791	4,767	8,695
Ausfuhrwert pro Kopf (in Mark)	130,4	118	194

Eine Steigerung von 1888 auf 1907 um 48,8% pro Kopf der Bevölkerung.

Englands Ausfuhr war danach im Verhältnis zu seiner Bevölkerung noch etwas mehr gestiegen als die Deutschlands. Das Jahr 1907 ist das letzte Jahr, für das im *Statistischen Jahrbuch* Zahlen erbracht werden. Ich bemerke dies, damit man nicht meine, die Jahre seien hier willkürlich ausgewählt. Im übrigen gedenke ich die Frage der internationalen Handelsentwicklung in dieser Zeitschrift möglichst bald eingehender zu behandeln.

agitation hat daher keineswegs die durchschlagende Werbekraft, die man ihr auf grund einiger Siege der Konservativen bei den Nachwahlen zugeschrieben hat. Die Gegenagitation gegen das Schankstättengesetz und ähnliche Massnahmen der Liberalen haben mindestens ebensoviel mit jenen Wahlergebnissen zu tun. Auch liegt es in der Natur der Dynamik des englischen Parteilebens, dass, nachdem das Pendel im Jahre 1906 weit über das Erwarten der Liberalen selbst hinaus nach ihrer Seite herübergeschwungen hatte, es nun wieder zurückschwingt. - Indes war Balfour, der Führer der Konservativen, sich darüber klar geworden, dass er mit dem Lockmittel des Schutzzolls allein das Land nicht für seine Partei zurückgewinnen werde, und darum griff er, als Asquith in der verhängnisvollen Sitzung vom 16. März dieses Jahres das Haus der Gemeinen durch die Mitteilung vom beschleunigten Bau der deutschen *Dreadnoughts* überraschte, sofort zu, und jetzt arbeiten die Konservativen weit mehr mit der Bedrohung Englands durch Deutschlands Kriegsschiffe als mit der Bedrohung Englands durch Deutschlands Warenhandel. Ob diese Bedrohung reine Einbildung ist, wer will es mit Sicherheit behaupten? Wer kann voraussagen, welche Persönlichkeiten in einem Jahr in Deutschland das entscheidende Wort in der auswärtigen Politik sprechen werden? Keiner der Grossstaaten wird unter den heutigen Verhältnissen den Grad seiner Sicherheitsmassregeln nach den Beteuerungen guter Absichten bemessen. Es hängt von Deutschlands Tun ab, ob in England die Friedenspartei von der Kriegspartei abgelöst wird oder nicht. Darauf, dass England in der Rüstungsfrage an der Grenze seines Könnens angelangt ist, ist nicht zu rechnen. Was die finanzielle Seite betrifft, so brauchen wir bloss die Budgetdebatten im Haus der Gemeinen mit dem Jammer der deutschen Finanzreform zu vergleichen, um zu erkennen, dass sie für England kein Hindernis bildet. Und im Punkt der Mannschaften würde England im Notfall sich dadurch helfen, dass es immer wieder minderwertige Schiffe zurückstellt, um auf der Höhe der Technik stehende zu bemannen. Von dieser Seite her ist ein Ende der Rüstungen noch auf lange nicht abzusehen. Soll das Wettrüsten, das den Wohlstand der Völker untergräbt und die Mittel verschlingt, die zu sozialem Reformwerk gebraucht werden, ein Ende nehmen, dann muss die Partei der Klasse, deren Interessen am innigsten mit dem Frieden der Völker verbunden sind, ihm international bei jeder Gelegenheit, energisch und beharrlich, entgegen-treten.



INTERNATIONAL: in der Internationalität der Gegenbewegung der Arbeiterklasse gegen das Wettrüsten beruht ihr geschichtliches Recht und ihre sittliche Stärke. Sie wäre nichts, sie wäre unwirksam und verwerflich, wenn sie nicht international wäre. Dieser internationale Kampf ist aber nicht anders zu führen als dass jedes nationale Glied der grossen Arbeiterdemokratie der Kulturwelt im eignen Lande vor allem die heimischen Betreiber des Wettrüstens und der Völkerverhetzung bekämpft. Wir müssen in erster Linie und hauptsächlich vor der eigenen Tür kehren. Sobald wir von diesem Grundsatz abgehen, geben wir unsere Sache selbst preis.

Es soll damit die Blosslegung internationaler Ränke der Hetzer anderer Länder durchaus nicht verfehlt werden, es soll aber an die Pflicht erinnert werden bei Beurteilung von Bewegungen in anderen Ländern zu unterschei-

den. So ist es zum Beispiel durchaus in der Ordnung auch in der ausserlawischen sozialistischen Presse vor den Umtrieben der Panslawisten zu warnen, und ich will Leuthner verraten, dass ich schon vor mehreren Wochen in England über die Mitwirkung Moskauer *Bläser* beim Scharfmachen der englischen Regierung in der *Dreadnoughtfrage* meinen Verdacht geäußert habe. Aber jeden Russen, der im Streit Österreich-Ungarns mit Serbien die Partei Serbiens ergriff, für einen Panslawisten und Chauvinisten zu erklären, dazu bin ich nicht in der Lage. Der Panslawismus, dessen Schädlichkeit ich durchaus nicht unterschätze, wird zu einer zehnmal grösseren Gefahr als seiner inneren Kraft entspricht, wenn den Balkanslawen, als deren Beschützer er sich aufspielt, die Lebensmöglichkeiten vorenthalten werden, auf die sie nun einmal Anspruch haben, und wenn selbst die Arbeiterdemokratie Deutschlands und Deutsch Österreichs sich auf die Seite ihrer Bedränger stellt. Und noch mehr wird er zur Gefahr, wenn man ihm beim Werk der Verhetzung der westeuropäischen Kulturvölker Hilfe leistet. Was aber anders als die Geschäfte der Panslawisten besorgen heisst es, Genosse Leuthner, wenn Sie uns zur Pflicht machen wollen dahin zu wirken, dass »die englische Weltmacht und der Panslawismus als die treibenden Kräfte künftiger gewaltsamer Veränderungen der europäischen Landkarte erkannt werden«? Welche Sonderinteressen hat, nicht der englische Jingo, sondern »die englische Weltmacht« schlechthin mit dem Panslawismus in Europa gemein? Die englische Weltmacht ist wiederholt der einzige Faktor gewesen, der den Panslawismus tatkräftig entgegengetreten ist. Es war kein deutscher oder österreichischer sondern ein englischer Staatsmann, der den Mut fand den vom Panslawismus geächteten Mitgliedern der ersten, das heisst der demokratischen *Duma* zuzurufen: »Die *Duma* ist tot, es lebe die *Duma*!« Es ist ein Geheimnis der Lebenskraft der englischen Weltmacht, dass, wie gewaltsam sie auch zu aussereuropäischen Völkern sich verhält, sie sich den europäischen Völkern und deren transmaritimen Niederlassungen gegenüber zur Förderin der auf Selbstregierung gerichteten Bestrebungen entwickelt hat, und es ist der Fluch der deutschen Grossmacht, dass sie im Osten und Südosten Europas Eroberertraditionen aufrecht erhält. Ich halte es als deutscher Sozialdemokrat für national auf die Entfernung dieses Odiums vom deutschen Namen hinzuwirken.

Die Ära der gewaltsamen Einspannung von Völkerschaften in das Joch andrer ist für Europa vorüber und wird es selbst in Asien immer mehr. Wir sind in eine neue Epoche eingetreten, in die Epoche immer stärker sich geltend machenden internationalen Rechts. Schon heute ist, wie ich im *Labour Leader* schrieb, in Europa ein zweiter Napoléon I. eine absolute Undenkbarkeit, und ein zweiter Bismarck würde noch mehr als schon der erste auf unübersteigliche Hindernisse stossen, wollte er das Recht des Stärkern rücksichtslos geltend machen. Bei alledem sind wir freilich erst im Übergang zur Epoche der Alleinherrschaft des Vertrags im Bereich der Kulturwelt. Aber es gilt doch Stellung zu nehmen. Und für die Sozialdemokratie kann die Wahl nicht fraglich sein: Wir müssen streben für die schwierigen Probleme, die uns die Erobererpolitik als Erbstück hinterlassen hat, und deren Tragweite ich zuletzt unterschätze, Lösungen auf der Grundlage des neuen Rechts zu suchen. Dazu ist ein erstes Erfordernis, dass wir der Sprache und Be-

trachtungsweise, die uns die Eroberer vererbt haben, entschlossen den Abschied geben. Solche Sätze, wie *Unsere Nachbarn, die als Nachbarn auch in der Regel unsere Feinde sind*, sind in einem Lustspiel oder Intrigenstück als geistreiche Zynismen eines Diplomaten der alten Schule ganz nett, aber für die politischen Betrachtungen unserer Partei sind sie nicht am Platz. Unsere Aufgabe ist es, ohne die Augen den Gegenströmungen zu verschliessen, mit denen die Welt noch zu rechnen hat, diejenigen Momente in den Vordergrund zu stellen und für eine ihnen entsprechende Politik zu kämpfen, die die Völker vereinen und zu guten Nachbarn machen. Das ist keine Utopie. Denn es gibt keine Lebensfrage der Nationen mehr, die nicht auf friedlichem Wege gelöst werden kann.

Die Parteien der Arbeiterklasse sind noch in keinem Lande der Welt stark genug einen Krieg unmöglich zu machen. Aber sie sind in den führenden Kulturstaaten stark genug Kriege zwischen diesen zur grössten Unwahrscheinlichkeit zu machen. In diesem Bewusstsein und auf die Tatsache gestützt, dass sie eine international vereinbarte und international verfochtene Politik vertreten, müssen sie, jede in ihrem Lande, mit grösster Entschiedenheit im Interesse des Friedens für gerechte Beurteilung der Empfindungen und Bedürfnisse anderer Völker die Stimme erheben. Wir sind Sklaven des Wettrennens, solange wir die Frage ausschliesslich als Frage des nationalen Sonderrechts betrachten und behandeln. Sie international zu erfassen und zu behandeln ist keine Partei mehr berufen als die Sozialdemokratie, und keiner Partei ziemt es mehr als ihr die Vorurteile zu bekämpfen, die sich ihrer internationalen Lösung in den Weg stellen.

XX

MAX MAURENBRECHER · ENGLISCHE ODER PROLETARISCHE POLITIK?

FÜR einen Augenblick ist Stille in der internationalen Politik eingetreten; eine direkte Aktion, die die verschiedenen proletarischen Parteien im Augenblick beschäftigen müsste, ist nicht vorhanden. Solche Momente der Entspannung und des Atemholens soll man benutzen, um über Grundgedanken und Methode einer proletarischen auswärtigen Politik sich und anderen nach Möglichkeit eine grössere Klarheit zu schaffen. Genosse Leuthner hat in zwei Artikeln diese Aufgabe schon kräftig in Angriff genommen¹⁾; aber bei der Neuheit der Fragen ist es vielleicht kein Schaden, wenn ziemlich das selbe auch noch von anderer Seite mit etwas anderen Worten gesagt wird. Denn die Erörterung von Fragen der internationalen Politik ist für uns deutsche Sozialisten eine vollständig neue Sache. Wir haben keine politische Tradition über ausserpolitische Fragen. Die Probleme, die einst Lassalle und Marx und Schweitzer und Liebknecht beschäftigt haben, sind mit der Reichsgründung erledigt worden, wenn auch freilich nicht in der Genannten Sinn. Und dann hat für fast ein Menschenalter die breitere Masse der Partei jede eigene Fühlung mit auswärtigen Fragen verloren. Erst im letzten Jahrzehnt, stärker erst im letzten Jahrzehnt, hat der ernste Druck und Zwang der wirklichen

¹⁾ Siehe Leuthner *Herrnvolk und Pöbelvolk* und *Umlernen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 475 ff. und 558 ff.

Welt die Partei gezwungen drohenden Konflikten der Staaten gegenüber eine verantwortliche Stellung zu nehmen und damit von der Deklamation zur Politik überzugehen.

Man kann nicht sagen, dass dieser notgedrungene Übergang bereits zu einem logisch klaren, sachlich einheitlichen und propagandistisch wirksamen Ergebnis geführt hätte. Wir deutsche Sozialisten, die wir innerpolitisch in leidenschaftlichster Opposition zu unserer Regierung stehen, haben auch in der auswärtigen Politik zunächst begreiflicher Weise geglaubt, wir müssten leidenschaftlichen Lärm schlagen bei allem, was unsere Regierung tat oder nicht tat. Erst die Erfahrung hat uns belehrt, dass man dabei zuweilen unbewusst die Stellung der Regierung eines anderen Staates verstärken, die sachlich berechnete Stellung der eigenen Regierung aber schwächen kann. Wir alle haben es als einen Erfolg unserer französischen Genossen begrüsst, dass durch ihren Anstoss Delcassé fiel; wir haben darin mit Recht eine Bürgschaft für den europäischen Frieden gesehen. Aber ein Teil unserer Presse hat unseren französischen Genossen diese heilbringende Aktion nicht gerade erleichtert. Immer wieder konnte man lesen, die französische Regierung habe ein natürliches Recht Marokko zur französischen Einflussphäre zu stempeln: die Nachbarschaft von Algier, die alten Gedanken eines westafrikanischen französischen Kolonialreichs, die grössere Kapitalinvestierung und die grösseren Handelsbeziehungen und was sonst noch gäben, so las man, der französischen Regierung ein Recht zu den, von ihr offiziell geleugneten, Plänen der Annektierung Marokkos, und es sei eitel Friedensstörung, wenn unsere Regierung versuche diesen Plänen sich in den Weg zu stellen. So konnte man das merkwürdige Schauspiel erleben, dass deutsche Sozialdemokraten den Delcassé, Rouvier und Pichon grundsätzlich recht gaben, während unsere französischen Genossen die Ansprüche Bülow's für ganz berechtigt erklärten. Jede Partei stand eben in Opposition gegen ihre Regierung. Aber das Bild, das dabei herauskam, war ein Hohn auf die international einheitliche Aktion der organisierten Arbeiterklasse.

Natürlich hat es in der Partei der Dichter und Denker nicht an Menschen gefehlt, die auch für diese Erscheinung noch eine historisch-ökonomische Begründung und Notwendigkeit fanden: Es sei eben das Wesen des Klassenkampfes, dass in jedem Lande die Arbeiter in unversöhnlichem Gegensatz zur Regierung und zu den herrschenden Klassen ihres Landes stehen; und daher sei es bei internationalen Konflikten zweier herrschender Klassen gar nicht zu vermeiden, dass auch die Haltung der entsprechenden Arbeiterklassen sich kreuze. So aber kann seinen Beweis nur derjenige führen, dem die proletarische Politik sich in der reinen Opposition erschöpft, der positive Ziele einer international einheitlich gerichteten Arbeiterbewegung für die politische Praxis überhaupt nicht kennt. Für jeden, der die politische Aufgabe der Arbeiterbewegung darin erblickt Macht zu gewinnen, ist eine so zwiespältige Haltung zweier grosser Gruppen der proletarischen Internationalen ein Unding. Sie schwächt nicht bloss die Stosskraft jeder der beiden Parteien; sie gibt, und das ist das Schlimmste, jede von beiden einfach der Lächerlichkeit preis, wenn sie von ihren einheimischen Gegnern mit den Waffen der ausländischen Bruderpartei bekämpft werden kann. Dass hier schwere Schäden der internationalen Or-

ganisation zu tage traten, und dass man für die Zukunft Mittel und Wege vorheriger Verständigung und einheitlichen Vorgehens festlegen sollte, dürfte eigentlich keine Frage mehr sein.

Einen ähnlichen Zwiespalt haben wir eben wieder in der serbischen Frage erlebt. Unsere österreichischen Genossen traten den serbischen Ansprüchen entgegen; in deutschen sozialdemokratischen Blättern höhnte man die österreichische Politik und fand, nach englisch-französischem Muster, dass der Urgrund aller europäischen Provokation in Berlin sitze. Ohne es zu wissen und zu wollen, stiess man damit ins Horn derer, die den serbisch-österreichischen Konflikt zu einem Vorstoss gegen Deutschland benutzen wollten. Darüber hat Leuthner das Nötige bereits gesagt.

Aber es scheint, als wollten wir auch in der dritten grossen europäischen Frage in einen ähnlichen Fehler verfallen, nämlich in der Frage der deutsch-englischen Verständigung und der Beschränkung der Rüstung zur See. Und darüber muss man etwas ausführlicher sprechen. Es ist keine Frage, dass es das dringendste Lebensinteresse der Arbeiterklasse beider Nationen ist einen Krieg zwischen England und Deutschland hintanzuhalten. Die Arbeiterklasse beider Länder hat alle wirtschaftlichen und persönlichen Opfer des Krieges zu zahlen, gleichgültig, wie der Krieg ausgeht; sie kann durch die Aufpeitschung chauvinistischer Leidenschaften um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Die Arbeiterbewegung des besiegten Landes kann durch die Zerstörung des industriellen Fortschritts ihres Landes für immer verkümmern und verkrüppeln und aller Hoffnung auf Erlösung aus eigener Kraft beraubt werden. Die Erhaltung des Friedens ist die Vorbedingung jeder proletarischen Machterweiterung. Alle hierauf gerichtete Arbeit liegt in eminentestem Masse im Interesse der Arbeiterklasse. Und mit der friedlichen Verständigung über die Rüstungen liegt es ähnlich. Jede Sozialreform grossen Stils kostet Geld. Kann man an den Rüstungen sparen, dann kann man an der Arbeiterversicherung zulegen. Das ist so einleuchtend, dass der proletarische Instinkt in allen Ländern von Anfang an nach Einschränkung der Rüstungen geschrien hat.

Doch die Einschränkung der Rüstungen ist eine proletarische Forderung nur, wenn sie ein Mittel ist den internationalen Frieden auf die Dauer zu garantieren. Dieser Friede aber ist nur gewahrt, wenn eine ehrliche und offene Gleichberechtigung zwischen den industriell konkurrierenden Nationen garantiert ist. Wir wissen aus der Geschichte der letzten vier Jahrhunderte, dass grosse europäische Kriege im Zeitalter des Kapitalismus aus drei Ursachen entspringen können: Entweder will ein Konkurrent den andern verdrängen; oder eine bisher staatlich zersplitterte Nation will sich die Einheit geben, gegen die irgend ein Nachbar um seiner geschichtlichen Machtstellung willen widerspricht; oder eine siegreiche Revolution will sich gegen Üherrumpelungen seitens des Auslands schützen, wozu auch der Nebenfall gehört, dass ein auf dem Wege des Staatsstreichs zur Herrschaft gekommener Mann durch Ablenkung nach aussen die innere Opposition zu ersticken sucht. Von diesen drei Reihen von Gründen möglicher Kriege kommen zwischen England und Deutschland die zweite und dritte für absehbare Zeit nicht mehr in Frage; alle Möglichkeiten künftiger Kriege sind hier vielmehr in dem ersten Fall beschlossen. Aber sie sind behoben, sobald in den für die Leitung des Staats massgebenden Klassen entweder der Wille oder die Macht fehlt wirtschaftliche

Kämpfe durch politische Machtmittel zu entscheiden. Konkret gesprochen: Die Einschränkung der Rüstungen ist nur dann eine Garantie für dauernden Frieden, wenn sie zur Herstellung eines dauernden Zustands der Gleichheit und des Gleichgewichts der Kräfte führt. Im andern Fall ist gerade sie für den Minderstarken eine stete Bedrohung und Gefahr, für den Stärkeren ein verstärkter Anreiz zur brutalen Gewalt. Die proletarische Politik auf beiden Seiten des Kanals kann nur das Ziel haben die Entstehung gleich starker Mächte zu fördern, die die unerlässliche Vorbedingung einer zukünftigen europäischen Staatendemokratie ist.

Hier aber ist es, wo wir wieder einmal in Gefahr stehen, dass ein Teil unserer Presse aus blinder Opposition gegen die heimische Regierung die Linie proletarischer Politik verlässt und unbewusst die Geschäfte der herrschenden Klassen des Auslands besorgt. Die Frage der Einschränkung der Rüstungen ist in den letzten Jahren von der englischen Regierung mehrfach angeregt worden. Sie hat es getan, indem sie sich das liberale und humane Mäntelchen umhing, das für die englische Politik nun einmal Tradition ist. Ein marxistisch geschulter Politiker aber sollte sich dadurch nicht abhalten lassen den Pferdefuss des Interesses unter jedem noch so wallender Prophetenmantel zu suchen. Und das Interesse liegt hier für jeden Sehenden klar zu tage. Die englische Marineverwaltung hat von ihrem Standpunkt aus die grösste Dummheit von der Welt gemacht, als sie zum Bau von Riesenschiffen von 17- bis 19 000 Tons überging. Indem sie damit die anderen Nationen und namentlich die deutsche Regierung verführte ihr auf diesem Wege zu folgen, hat sie selbst die Überlegenheit zerstört, die sie früher zur See besessen hatte: sie hat alle älteren Schiffe entwertet, die vor 1904 gebaut worden sind, und damit den Vorsprung der grossen Zahl verloren, den sie früher besessen hatte. Die deutsche Regierung hatte es leicht formell im Rahmen des Flottengesetzes von 1900 zu bleiben, das ja über die Grösse der Schiffe nichts festlegt, materiell aber seit 1904 lauter 17- bis 19 000 Tons-Schiffe (*Dreadnoughts*) auf Stapel zu legen. Es hat einige Jahre gedauert, bis die englischen Politiker erkannten, was sie gemacht hatten. In diesem Winter aber hat die Regierung, und noch mehr die Opposition, den Tatbestand deutlich vor dem ganzen Lande enthüllt. Und der englische Premierminister hat dabei ausdrücklich erklärt, es sei selbstverständliche Voraussetzung der Einschränkungspläne, dass die Überlegenheit der englischen Flotte gewahrt bleibe. Mit anderen Worten: Die ganze Inszenierung der Einschränkungspropaganda hat nur den Zweck den Fehler der englischen Marineverwaltung wieder gut zu machen und die Überlegenheit der englischen Flotte dadurch zu behaupten, dass man die Konkurrenten hindert annähernd die gleiche Zahl von *Dreadnoughts* zu bauen.

Aber es ist klar, dass die deutsche Arbeiterklasse auch nicht das geringste Interesse hat dem englischen Flottenchauvinismus die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Darum wäre es auch nicht richtig in unserer Presse die englische Diplomatie bei ihren Versuchen unbesehen zu unterstützen. Wir dürfen nicht ohne weiteres zugeben, dass wohl der englische Kapitalismus eine grosse Flotte brauche, nicht aber der deutsche, wie man solche Ausführungen gelegentlich auch auf unserer Seite gemacht hat. Es gibt hier nur ein *Entweder-oder*. Entweder wir geben zu, dass möglichste

Macht zur See für j e d e n kapitalistisch-industriellen Staat eine Notwendigkeit ist; und dann haben wir kein Recht in Deutschland zu bekämpfen, was wir in England mindestens verständlich finden. Oder wir fordern, dass j e d e kapitalistische Klasse darauf verzichte ihre wirtschaftlichen Kämpfe gegebenenfalls durch Waffengewalt zu entscheiden; und dann müssen wir den englischen Flottenvorsprungsplan mindestens ebenso bekämpfen wie die deutschen Flottenbauten. Ja, solange die deutschen Schiffsbauten immer noch hinter den englischen zurückstehen, müssen wir erklären, dass der englische Flottenchauvinismus für den Weltfrieden gefährlicher ist als der deutsche. Jenem Wort des englischen Premierministers über die selbstverständliche Voraussetzung der englischen Überlegenheit müssen wir die Antwort entgegenstellen, dass eben diese Voraussetzung seine und unsere Pläne himmelweit scheidet. Das proletarische Interesse diesseits und jenseits des Kanals geht darauf hinaus eine Demokratie sich gegenseitig im Gleichgewicht haltender Staaten zu schaffen, weil nur so der für uns unerlässliche Friede auf die Dauer gewahrt werden kann. Eine solche Demokratie aber schliesst es aus, dass einer allein stärker ist als zwei andere zusammen. Die Einschränkung der Rüstungen, die die Arbeiterparteien erstreben, hat eben das zur Voraussetzung, was die englische Regierung mit ihrer Aktion verhindern will: nämlich den tatsächlichen Verlust und das bewusste Preisgeben des englischen Vorsprungs. Wir wollen international-proletarische und nicht englisch-kapitalistische Politik treiben.

Eine solche Scheidung hat durchaus die Tradition der Partei auf ihrer Seite. Nach dem grossen Wahlsieg von 1890 haben chauvinistische Kreise in Frankreich und Russland geglaubt, man könne bei einem etwaigen Konflikt vielleicht auf die Sympathie der deutschen Sozialdemokratie rechnen. Von Bebel in Berlin und von Vollmar in München ist damals in öffentlichen Versammlungen deutlich und klar den ausländischen Chauvinisten gesagt worden, dass diese Rechnung falsch sei, und dass die deutschen Arbeiter im Falle eines ausländischen Angriffs bis zum letzten Mann auf seiten ihrer Nation stehen würden.²⁾ Und Engels äusserte in einem Brief an Sorge die Absicht, er werde diesen Gedanken demnächst den Franzosen in ihrer eigenen Sprache auseinandersetzen.³⁾ Alle Richtungen der Partei haben es also damals einmütig abgelehnt, dass unsere innerpolitische Opposition gegen die Regierung je dazu treiben könne auch nur unbewusst Schleppenträger einer ausländischen Chauvinistengruppe zu werden. Und im Juli 1870 ist es nicht anders gewesen. Man möge bei Mehring die ausführliche Darstellung darüber nachlesen, wie isoliert Liebknecht und Bebel damals mit ihrer bekannten Stimmenthaltung bei der Kriegsanleihe standen, und wie auch der Historiker Mehring selbst diese Aktion noch nachträglich als schlechte Politik beurteilt. Alle Autoritäten der damaligen Arbeiterbewegung, nicht nur Schweitzer und die Lasselleaner sondern auch der sogenannte *Braunschweiger Ausschuss* (der Parteivorstand der *Eisnacher*), der Generalrat der *Internationalen* (Marx und Engels) und sämtliche Abgeordnete ausser Liebknecht und Bebel haben den Satz vertreten, dass Napoléon III. in diesem Fall der Störenfried sei, und

²⁾ Siehe von Vollmar *Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie*, 2. Auflage /München 1899/ pag. 8 ff.

³⁾ Siehe *Briefe und Aussüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietgen, Friedrich Engels, Karl Marx und anderen an F. A. Sorge und andere* /Stuttgart 1906/, pag. 371.

dass es im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung liege ihn zu beseitigen, also der deutschen Regierung die Mittel zu bewilligen, soweit und solange der Krieg nur diesem Zweck diene. Schweitzer hat dabei das treffende Wort geprägt, Deutschland müsse den Verteidigungskrieg als ein unvermeidliches Übel hinnehmen, es sei denn, dass der Angreifer, Napoléon III., rechtzeitig durch die französische Nation beseitigt werde.⁴⁾

Man kann dieses Wort als Leitwort auch für den heutigen deutsch-englischen Gegensatz nehmen. Soweit dieser Gegensatz sich je in einem Kriege entladen könnte, liegt alle Wahrscheinlichkeit vor, dass dieser Krieg von englischer und nicht von deutscher Seite gesucht wird. Mir scheint Leuthner die internationale Lage richtig zu beurteilen, wenn er im englischen Imperialismus die eine grosse aktive Kraft sieht, die die Probleme und Situationen schafft. Die deutsche Politik ist seit mindestens 10 Jahren, vom Brimborium des Chinafeldzugs vielleicht abgesehen, ganz defensiv gewesen; die englische aber hat in der selben Zeit, ob konservativ ob liberal geleitet, aus lauter Aktion und Unruhe bestanden. Sicher ist die Mehrheit des englischen Volks heute noch nicht kriegerisch gegen uns gesinnt; und je mehr die Arbeiterbewegung an Boden gewinnt, um so geringer werden die Aussichten auf Verwirklichung kriegerischer Pläne für die Imperialisten sein. Trotzdem bleibt der Satz richtig, dass der englische Imperialismus, und nicht der deutsche, zurzeit die Unruhe in der internationalen Uhr ist. Wir sollten uns hüten ihm Wasser auf seine Mühlen zu liefern. Grundsätzlich und taktisch scheint es mir richtiger zu sein, wenn wir sagen, dass wir jeden kriegerischen Chauvinismus bekämpfen, und nicht nur den deutschen, dass wir den englischen Anspruch auf einen Vorsprung in Flottenbauten als Gefährdung und nicht als Sicherung des Weltfriedens betrachten, dass wir natürlich eine Einschränkung der Rüstungen erstreben und, wenn wir international die Macht dazu haben, auch durchsetzen werden, aber eine solche, die auf der Basis von gleich und gleich berechnet wird, und dass wir, falls es den englischen Genossen nicht gelingen sollte ihres einheimischen Chauvinismus vorher Herr zu werden, im Falle eines direkten oder indirekten englischen Angriffs die selbe Haltung einnehmen würden, die 1870 und 1890 unsere Genossen eingenommen haben: Der Verteidigungskrieg würde auch die gesamte Arbeiterschaft an der Seite der übrigen Nation finden.

XX

RUDOLF WISELL · TÄUSCHUNG UND ÜBERTREIBUNG AUF DEM GEBIET DER UNFALLVER-SICHERUNG



N den letzten Jahren mehren sich die Versuche der sozialen Gesetzgebung schädigende Einwirkungen auf die Volkspsyche zuzuschreiben. In den verschiedensten Tonarten geschieht es, und die daraus gezogenen Schlüsse gipfeln dann zumeist in Vorschlägen zur Abänderung der bestehenden Gesetze: natürlich im Sinn ihrer notwendigen Einschränkung. Der gelindeste Vorwurf besagt immer noch, dass auf dem

⁴⁾ Siehe Mehring *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, 2. Auflage, 4. Band /Stuttgart 1904/, pag. 1 ff.

Gebiet der Arbeiterfürsorge des Guten schon zu viel getan sei. Von den Schattenseiten einer Überspannung des Versicherungsprinzips hat auch der damalige Staatssekretär Graf Posadowsky im Dezember 1904 im Reichstag gesprochen. Er meinte, es sei eine bedenkliche psychologische Erscheinung, dass manche Arbeiter im Vertrauen auf die Rente eine Schwäche, einen Mangel an Tatkraft bekunden, so dass sie es unterlassen ihre noch vorhandenen Kräfte zu sammeln und selbst um ihr Dasein zu ringen. Die Rente werde bisweilen geradezu eine fixe Idee.

Wenige Wochen zuvor schon hatte der *Ärztliche Zentralanzeiger* den Artikel eines Arztes, Dr. Franz Schröter, über die Simulation bei den Versicherungsanstalten zum Abdruck gebracht, in dem der Verfasser meinte, dass ein beträchtlicher Teil derjenigen, die krank waren, nicht wieder arbeitsfähig werden wollten. Es sei eine für das sittliche Empfinden unserer Zeit recht beschämende Tatsache, dass so viele Menschen den Wert der Arbeit nicht genügend schätzen gelernt hätten, dass sie nur arbeiteten, weil sie der Hunger treibe. Viele seien leider damit zufrieden ohne Arbeit eine kleine Summe als Rente zu beziehen, anstatt mit und durch die Arbeit wesentlich mehr zu verdienen. Heute komme es nicht mehr vor, wie vor der Versicherungsgesetzgebung, dass ein Verletzter mit zum Teil erheblichen Defekten noch volle Arbeit leiste. Dem Verstümmelten stehe die Rente in sicherer Aussicht, die um so geringer werde, je höher sich die Erwerbsfähigkeit wieder einstelle. Es fehle eben das, was noch immer neben der Liebe das Weltgetriebe regele, der Hunger oder vielmehr die Furcht davor, und so blieben naturgemäss die erzielten Ergebnisse einer Wiederherstellung hinter dem Ziel zurück, das mit diesem Antrieb erreicht worden wäre. Es sei auffallend, dass jetzt die früher so seltene Neurasthenie, wie überhaupt nervöse Erkrankungen, Mitursache des ganz unerwarteten Anschwellens der Krankenziffer sei. Um diese nervösen Erkrankungen zu heilen, bedürfe es des ernststen Willens der Patienten und zu diesem ernststen Willen wieder der häufig fehlenden Energie. Unter Umständen würden die Nervösen ohne die Versicherungsgesetzgebung die genügende Energie zur Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit in sich gefunden haben. Er zitiert den Ausspruch einer nicht angeführten Autorität:

«Wenn Bismarck vorhergesehen hätte, welche Fülle von Nervenschwäche und Nervenleiden bis zur Geistesstörung die soziale Gesetzgebung zur Folge haben würde, so hätte er sicher ihre Einführung unterlassen.»

Seit dieser Zeit ist das Thema der Übertreibung und Täuschung in der ärztlichen Literatur und der berufsgenossenschaftlichen Presse immer wieder erörtert worden. Wer seine Kenntnis über die Wirkung der sozialen Gesetzgebung aus diesen Quellen schöpft, muss geradezu meinen, dass Lug und Trug bei der Rentenerlangung in erschreckendem Mass zunehme. Dass in so vielen der zum Beweise einer Täuschung oder Übertreibung aufgeführten Fälle sich später die Tatsache herausstellt, nicht der Verletzte hat getäuscht sondern der Arzt sich geirrt, wird natürlich in der genannten Presse nicht berichtet. Auf diese Tatsache ist in den *Sozialistischen Monatsheften* schon mehrmals hingewiesen und an Fällen, die aus der Praxis des Lebens gegriffen wurden, gezeigt worden, wie den Verletzten manchmal durch falsche Beurteilung ihres Zustandes das bitterste Unrecht getan wird.¹⁾ Auch in den Berichten der deutschen Arbeitersekretariate

¹⁾ Siehe Schmidt *Der Streit um die Rente in den Sozialistischen Monatsheften*, 1905, 1. Band, pag. 419 ff. und *Simulation im Streit um die Unfallrente*, *ibid.*, 1908, 2. Band, pag. 878 ff.

ist viel Material zusammengetragen, das die Haltlosigkeit so vieler den Arbeitern gemachten Vorwürfe zeigt. Vielleicht ist dieses Material von der Arbeiterpresse einem weiteren Leserkreise nicht genügend bekannt gemacht worden, so dass sich die Ansicht über Täuschung und Übertreibung in der bürgerlichen Presse oft mit einer geradezu unglaublichen Unverfrorenheit breit machen konnte. Dies ist auch kürzlich erst wieder im *Kompass*, dem Organ der Knappschaftsberufsgenossenschaft, geschehen. Dort schrieb ein Bahnarzt, Dr. Möller in Kirchseeon, über die Simulation in der Unfallversicherung. Die Ausführungen dieses Herrn geben mir Anlass die Frage der Simulation auf dem Gebiet der Unfallversicherung hier noch einmal zu erörtern, weil sie in ganz besonders einseitiger Weise das Thema behandeln. Voreingenommenheit gegen die Versicherten spricht aus jeder Zeile. Die ganze Darstellung ist von dem Grundgedanken durchzogen, dass mehr oder minder alle Unfallrentenempfänger auf unlautere Weise in den Genuss ihrer Rente gekommen seien. Dieser Dr. Möller sagt nämlich:

„Die Häufigkeit der Simulation wird von kompetenten Beurteilern auf wenigstens 90 % aller Schadenersatzfälle veranschlagt. Ein Rentenbewerber, der seinem Begutachter in keinem Punkte etwas vorzutäuschen versucht, kann als weiser Rabe gelten. Die überwiegende Mehrheit der Simulation beschränkt sich allerdings auf Täuschungsversuche durch Aggravation.“²⁾

Wenn man nicht nach der ganzen Art seiner Darstellung auf diese Voreingenommenheit bei dem Verfasser schliessen müsste, bliebe nur die Annahme einer geradezu rabulistischen Schilderung der Dinge, und zwar speziell dort, wo anscheinend Tatsachen wiedergegeben werden. So sagt er nach der Erwähnung eines im Jahre 1896 von Professor Thiem veröffentlichten Falles angeblicher Simulation, dass ihm unlängst eine Schwangerschaft als Folge einer vor mehreren Jahren im landwirtschaftlichen Betrieb erlittenen Pfählungsverletzung hingestellt worden sei. Die Tatsache mag richtig sein, es liegt gar kein Grund vor daran zu zweifeln; aber sie selbst ist doch kein Beweis unlauterer, betrügerischer Absicht. Es erscheint mir nicht nur sehr wohl denkbar sondern durchaus wahrscheinlich, dass bei einer von solch schwerer Verletzung betroffenen weiblichen Person, namentlich wenn sie nervös veranlagt ist, die ersten Zeichen einer Schwangerschaft in durchaus gutem Glauben auf den erlittenen Unfall zurückgeführt werden. Um hier den Vorwurf der Simulation begründet erscheinen zu lassen, müsste doch die ganze Sachlage geschildert werden. Bei der Auffassung Möllers über die Häufigkeit der Simulation klingt seine Mahnung für die Erkennung und den Nachweis der Simulation streng objektiv und ohne Voreingenommenheit vorzugehen und sich vor Augen zu halten, dass der Mangel objektiver Symptome noch keine Simulation beweist, fast wie Hohn. Über zum Teil im Gesetz oder in der Rechtsprechung begründete Momente, die die Simulation begünstigen sollen, sagt Dr. Möller:

„Die Unterstellung eines ausserbetrieblichen Unfalls als Betriebsunfall käme nicht vor, wenn jeder Unfall entschädigt werden müsste, und kein Versicherter hätte Ursache eine Krankheit als betriebstraumatisch entstanden vorzutäuschen, wenn Krankheitsinvalidität und Unfallsinvalidität gleich bewertet würden. Auch dass nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts die Verschlimmerung eines bestehenden Leidens ebenso entschädigungspflichtig ist wie die Entstehung eines neuen Leidens, dann dass dem Verletzten ein Zeitraum von 2 Jahren gesetzlich zugebilligt ist, in welchem er seinen Entschädigungsanspruch noch anmelden kann, sind Momente, die die Simulation erleichtern. Begünstigt wird ferner der Rentenbetrug dadurch, dass

²⁾ Siehe Möller: *Die Simulation in der Unfallversicherung im Kompass*, 1909, pag. 30.

auch unerhebliche funktionelle Störungen oder blosse subjektive Beschwerden, die eine wirkliche Einbusse an Erwerbsfähigkeit kaum bedingen, mit einer Rente entschädigt werden. Dass nach der Absicht des Gesetzgebers der Verletzte ein Drittel des Schadens selber tragen sollte, ist für diese Fälle ganz in Vergessenheit geraten. Vor allem aber kommt die Kostenlosigkeit des Berufungsverfahrens dem Simulanten zu gute.³⁾

Als Mittel zur Sicherung gegen Simulation empfiehlt er systematische Nachuntersuchungen und genaue ärztliche Befundaufnahme alsbald nach Eintritt des Unfallereignisses und Ausgestaltung des vertrauensärztlichen Instituts. Die Hauptaufgabe im Kampf gegen das Simulantentum falle den Ärzten zu. Leider besäßen nicht alle Ärzte unerbittliche Unparteilichkeit, nicht alle eine scharfe kritische Beobachtungsgabe. Dem berufsgenossenschaftlichen Vertrauensarzt müsse jeder Unfallakt zur Begutachtung vorgelegt werden. Dann aber auch erscheine ihm der Vorschlag die Kostenlosigkeit des Berufungs- und Rekursverfahrens zu beseitigen durchaus annehmbar. Ferner sei auch die publizistische Verwertung der Schiedsgerichtsurteile von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Kampf gegen die Simulation:

•Typische Fälle von Simulation und Aggravation sollten zur Abschreckung auch in der Tagespresse veröffentlicht werden. Sie werden zugleich als Gegengift wirken gegen die Publikation einzelner Fälle scheinbar ungerechter Beurteilung der Verletzten, gegen jene geschickt zugestutzten Darstellungen, durch die die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse die Versicherten immer wieder gegen die Berufsgenossenschaften und deren Vertrauensärzte aufzureizen versucht.⁴⁾

Eines sei vorausgeschickt: Es würde töricht sein bestreiten zu wollen, dass tatsächlich Fälle von Simulation vorkommen. Sie kommen vor. Aber in welchen Schichten und Kreisen kämen nicht die Versuche vor ungerechtfertigte Vorteile zu erringen? Was aber ganz entschieden bestritten werden muss, ist, dass in der Arbeiterschaft im höheren Masse als in irgend welchen anderen Kreisen jene Elemente vorhanden wären, die in ganz allgemein als unlauter angesehener Weise sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen suchen. Solche Elemente gibt es in der Arbeiterschaft, wie sie in allen anderen Schichten der Bevölkerung vorhanden sind. Ja, es erscheint sogar zweifelhaft, ob es diese dort auch nur im gleichen Masse wie in anderen gibt. So heisst es zum Beispiel in einer Besprechung in der *Ärztlichen Sachverständigenzeitung*:

•Simulation und Dissimulation haben mit der Entwicklung des Versicherungswesens erheblich zugenommen, und zwar nicht nur in der arbeitenden Bevölkerung sondern auch in gebildeten Kreisen. Ja, das Raffinement ist um so grösser, je mehr Verständnis für den Zusammenhang der Dinge den Zweck unterstützt.⁵⁾

Und an anderer Stelle der selben Besprechung heisst es:

•Ledderhose hebt die Häufigkeit hervor, mit der die Folgen chirurgischer Erkrankungen in allen Gesellschaftskreisen übertrieben und vorgetäuscht werden.⁶⁾

Begehrlichkeit und Übertreibungssucht liegen nun einmal in der Menschennatur begründet. Wer sich darüber entrüstet und deshalb alle Unfallverletzte als Betrüger ansieht, weil er bei einzelnen Begehrlichkeit und Übertreibungssucht gefunden hat, übertreibt genau so wie die, die er kritisiert. Er kennt nicht die Menschennatur, obgleich er doch an sich selbst die beste Gelegenheit zu

³⁾ Siehe Möller, loc. cit., pag. 39.

⁴⁾ Siehe Möller, loc. cit., pag. 40.

⁵⁾ Siehe Körttings Besprechung des Ledderhoseschen Buches *Über Simulation und ihre Enttarnung in der Unfallchirurgie* in der *Ärztlichen Sachverständigenzeitung*, 1908, pag. 115.

⁶⁾ Siehe Körtting, loc. cit., pag. 116.

ihrem Studium hätte. Auch ein gut Teil Überhebung liegt in solcher Entrüstung. Wer sich über die Moral der Arbeiter entrüstet, mag erst einmal sehen, wie es in seinen eigenen Kreisen damit bestellt ist, und er wird finden, dass es dort sicher nicht besser aussieht. Manches wird ihm auch in einem ganz anderen Licht erscheinen, wenn er sich bemüht das Volk in seinem Wesen und seinen Gedanken zu verstehen. Vor allen Dingen aber mag er sich einmal im wirtschaftlichen Leben umsehen und dessen Wirkungen auf das Volk beobachten und studieren. Die Ergebnisse werden ihm die Dinge dann doch anders erscheinen lassen als vorher.

Die Zunahme der Klagen über Simulation steht in enger Verbindung mit dem Anwachsen der nervösen Krankheiten, die leider auch in der arbeitenden Bevölkerung einen immer grösseren Boden finden. Aber dieses Anwachsen der nervösen Leiden ist keine Folge der sozialen Gesetzgebung sondern eine indirekte Folge der ungeheuren wirtschaftlichen Entwicklung, die Deutschland in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen hatte. Man vergegenwärtige sich doch einmal diese riesenhafte Entwicklung und überlege, ob sie nicht auch einen Einfluss auf die Volksgesundheit gehabt haben muss. An nur wenigen Zahlen aus den wichtigsten Gebieten sei die ungeheure Ausdehnung des Wirtschaftslebens Deutschlands innerhalb eines Vierteljahrhunderts illustriert.

Im Stein- und Braunkohlenbergbau betrug:

im Jahre	die mittlere Belegschaft Personen	die Förderung in 1000 Tonnen	der Wert der geförderten Menge in Millionen Mark
1880	204 184	59 118	282,4
1890	295 636	89 201	587,8
1900	464 604	149 788	1064,6
1905	548 277	173 811	1172,2

Im Eisenhochofenbetrieb betrug:

im Jahre	die mittlere Belegschaft Personen	die Produktion in 1000 Tonnen	der Wert der Produktion in Millionen Mark
1880	21 117	2 692	157,6
1890	24 846	4 625	263,7
1900	34 743	8 470	544,7
1905	38 458	10 814	572,6

Der Betrieb der vollspurigen Eisenbahnen erstreckte sich im Jahre 1880 auf 33 645 Kilometer Bahnlänge und erforderte 284 558 Beamte und Arbeiter; im Jahre 1890 auf 41 818 Kilometer und 299 682 Personen; 1900 auf 45 203 Kilometer und 535 651 Personen; 1904 auf 53 822 Kilometer und 579 655 Personen. Im Personenverkehr wurden im Jahre 1880 6479 Millionen Personenkilometer geleistet, im Jahre 1890 11 224 Millionen, 1900 20 062 Millionen, 1904 23 825 Millionen, und in der Güterbeförderung gegen Frachtberechnung im Jahre 1880 13 039 Millionen, 1890 22 237 Millionen, 1900 34 699 Millionen und 1904 38 780 Millionen Tonnenkilometer. Der Gesamthandel Deutschlands betrug im Jahre 1880 8857,3 Millionen Mark, 1890 8387,6 Millionen, 1900 11 507,3 Millionen und 1905 13 997,4 Millionen Mark.

Die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des 21 jährigen Zeit-

raums, für den die Zahlen der Unfallversicherung vorliegen, kommt in ihnen deutlich zum Ausdruck. So waren beispielsweise bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahresdurchschnitt 1886 3 473 435 Personen versichert, deren Lohnsummen mit 2 228 338 465 Mark angenommen wurden, 1890 4 926 672 Personen mit 3 183 823 203 Mark, 1900 6 928 894 Personen mit 5 399 149 861 Mark, 1907 9 018 307 Personen mit 8 410 136 305 Mark als Lohnsummen.

Welch grosse Strukturveränderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung hat diese gewaltige Entwicklung zur Folge gehabt! Und naturgemäss hat all dieses auch auf die Menschen eingewirkt, hat die Gesundheit des Volkes beeinflusst. Bei dem Jagen und Hasten des heutigen Erwerbslebens, der wachsenden Unsicherheit der Existenz, der erhöhten Inanspruchnahme der Kräfte jedes einzelnen, der steigenden Intensität der Arbeit haben sich auch beim Arbeiter nervöse Leiden und Beschwerden eingestellt. Man blicke doch einmal in das ungeheure Getriebe unserer modernen Produktionswerkstätten hinein. Das Zurechtfinden in dem Rädergewirre der Maschinen und Transmissionen, vor dem der Laie im ersten Augenblick starr ist, das Hämmern und Pochen, das Kreischen und Rasseln, stellt Anforderungen an den Geist, an die Nerven, die auf die Dauer nicht ohne Wirkung bleiben können. Es würde geradezu ein Wunder sein, wenn der Arbeiter von diesen Wirkungen nicht erfasst worden, wenn seine Nerven von der unausgesetzten Überanstrengung nicht mitgenommen worden wären.

Man nennt die Nervosität das Leiden unserer Zeit. In allen Volkskreisen ist sie zu Hause. Beim Militär und bei der Marine mehren sich fast von Jahr zu Jahr die nervösen Erkrankungen. Bei der Pensionierung der Beamten spielt sie eine immer grössere Rolle. Und die Arbeiter in der Unsicherheit ihrer Existenz, bei der schweren Arbeit in all dem Getöse sollten von ihnen verschont sein? Es müsste eine recht dankenswerte und lohnende Aufgabe sein einmal die Wirtschaftsentwicklung in ihrer Einwirkung auf die Volksgesundheit in eingehender Weise darzustellen. Das Ergebnis würde sein, dass das für das Einzelindividuum Geltende auch für das ganze Volk gilt. Je grösser das Zusammenleben, je beschränkter der Raum, der dem einzelnen zur Verfügung steht, desto ungünstiger die Gesundheitsverhältnisse. Je grösser die Zusammenballung grosser Menschenmassen auf engem Raum, desto grösser auch die gesundheitlichen Schädigungen, desto dringender aber auch die Notwendigkeit von Massnahmen, die diesen schädigenden Einflüssen entgegenwirken. Solche Massnahmen, allerdings bei weitem noch nicht genügende, finden wir in der Arbeiterschutzgesetzgebung, zu der auch die Versicherungsgesetze zählen. Geht deren Tendenz auch dahin den schädigenden Wirkungen der Produktionsweise vorzubeugen, sie doch abzuschwächen, sie möglichst aufzuheben, so kann sie doch auch bis zum gewissen Grade zu deren Steigerung beitragen. Aber nicht in dem Sinne wie es die Leute Möllerscher Art meinen, sondern durch ihre Mängel und solche ihrer Einrichtung. Das trifft bei uns zu. Auf dem Gebiet der Unfallversicherung ist es namentlich die Organisation der Berufsgenossenschaften als Unternehmervverbände und das hieraus entspringende Bestreben die Rentenbelastung so niedrig wie nur möglich zu halten, die Schuld an der Entwicklung nervöser, neurasthenischer usw. Beschwerden trägt. Und das so viel besprochene Institut der berufsgenossenschaftlichen Vertrauensärzte, das Dr. Möller nun gar noch ausgedehnt wissen

will, hat auch nicht wenig dazu beigetragen das Mass voll zu machen. Durch ihre ganze Stellung sind die Vertrauensärzte dazu getrieben den Arbeiter möglichst frühzeitig zur Arbeit zu schicken. Sobald nur die körperlichen Folgen eines Unfalls beseitigt erscheinen, wird keine Rücksicht mehr auf seine psychische Wirkung genommen. Man scheint vielfach zu glauben, der Arbeiter habe Nerven wie Bindfaden. Durch die Art seiner Stellung fühlt sich der Arzt nur zu leicht als Angestellter der Unternehmer. Die immer wiederkehrenden Nachuntersuchungen, die er zu dem ausgesprochenen Zweck vornehmen muss, ob eine Rentenherabsetzung erfolgen könne, lässt ihn das von der Berufsgenossenschaft gewünschte Resultat leicht annehmen. Das Suchen nach einer Besserung lässt ihn häufig eine finden, die, wenn wirklich vorhanden, doch nicht im entferntesten eine Erhöhung der Erwerbsfähigkeit bedingte. Dabei spielt weiter eine menschliche Eigenschaft mit, die nur zu erklärlich ist. Jeder wertet seine Arbeit recht hoch, sicher keiner zu gering. Die Vertrauensärzte sind vielfach im Besitz medico-mechanischer Institute, und es ist daher kein Wunder, dass die dort erzielten Resultate von den Institutsleitern hoch bewertet werden. Die Erfahrung hat zwar gelehrt, dass die nach einer solchen Behandlung anscheinend erreichte Heilung vielfach nicht von Dauer ist; trotzdem aber wird die Rente nach dem bei der Entlassung vorhandenen Zustand bemessen, und zwar nach dem eben nur möglichen Mindestsatz. Die Wirkung eines solchen Vorgehens auf den Arbeiter habe ich in einem meiner früheren Arbeitersekretariatsberichte geschildert; ich führe daher das dort Gesagte hier an:

„Selbst wenn der Arzt im vollsten Bewusstsein strengster Objektivität zu handeln glaubt, die Folge der zu hohen Schätzung der dem Arbeiter verbliebenen Arbeitsfähigkeit, ein zu frühes Wiederaufnehmen der Arbeit, wird sein, dass infolge seines Schwächezustandes der Arbeiter seiner Arbeit nicht nachkommen kann. Nach einem missglückten Arbeitsversuch wird ihn aber der Arzt nur ungern wieder in seine Behandlung nehmen, er wird nicht eingestehen, dass er Ursache an dem verlorenen Versuch gewesen, sondern er wird sie in der Charaktereigenschaft des Verletzten suchen, in dessen fehlender Tatkraft und mangelnder Energie. Der schon früher häufig an den Befehlston des Kasernenhofes erinnernde Umgangston des Arztes wird eine weitere Verschärfung erfahren, und nun male man sich die Wirkung auf den noch kranken, geschwächten, wenig widerstandsfähigen Arbeiter aus. Das verbitternde Gefühl seine berechtigten Klagen nicht oder nicht genügend gewürdigt zu sehen und unberechtigte Vorwürfe über sich ergehen lassen zu müssen, ist dann der beste Nährboden, auf dem sich selbst bei einem zuvor gesunden Menschen Nervenschwäche, Nervosität und was alles damit zusammenhängt, entwickeln. Und wie viel mehr muss es der Fall sein bei Menschen, die zu den in Frage stehenden Krankheiten schon besonders veranlagt sind. Krankhafte, durch nichts zu besiegende Mutlosigkeit und hoffnungsleere Gemütsverfassung ist die Folge. Die Verletzten müssen bei einem gesunden haben, sie müssen ihr Herz einmal erschlossen haben, man muss graubärtigen Männern die Tränen über die Wangen haben rinnen sehen, ob der ihnen angetanen Behandlung, der ihnen gemachten Vorwürfe der Simulation usw., man muss ihr mutloses *Es nützt ja doch nichts* auf einen ermunternden Zuspruch gehört haben, und man muss vertrauensärztliche Gutachten kennen gelernt haben in allen ihren Abstufungen, von der durch unbewusste Voreingenommenheit bewirkten ungünstigen Darstellung der Beschwerden der Verletzten bis zur ausgesprochenen Parteilichkeit zu gunsten der Berufsgenossenschaft, dann erst versteht man es, wie bis zur ausgesprochenen Geistesstörung der Arbeiter getrieben wird.“¹⁾

So trägt alles dieses zu einem Anwachsen der nervösen Leiden bei. Es ist ja leicht und bequem diese nervösen Leiden, deren Ursache man nicht zu erkennen vermag, mit der Behauptung einer in gesteigerter Begehrlichkeit

¹⁾ Siehe den Bericht des Lübecker Arbeiterssekretariats für das Jahr 1904, pag. 41.

begründeten Täuschung und Übertreibung abzutun. Diese Erklärung liegt für den oberflächlichen Beurteiler um so näher als ja nervöse Erkrankungen Erscheinungen zeitigen, für die eine zutreffende Erklärung noch fehlt. Gewiss sind die Erfahrungen der medizinischen Wissenschaft in Hinsicht auf die Beurteilung der Unfallserkrankungen ganz ausserordentlich reich und gross. Ganz ungeahnte Einblicke in die Ursache, die Art, das Wesen, den Verlauf, die Folgen so mancher Krankheiten sind ihr erschlossen worden. So manches Rätsel, das Betriebsunfälle ihr aufgegeben, hat sie gelöst; aber manches Rätsel ist ihr heute noch zu schwer, harrt noch der Lösung. Gerade auf dem Gebiet der nervösen Erkrankungen ist das der Fall. Die schwersten offenbaren Gesundheitsstörungen treten auf, ohne anderen erkennbaren Grund als dass der Körper oder die Psyche des Betreffenden durch einen Unfall betroffen wurde. War der Unfall schwer, dann wird ja schliesslich auch ein Arzt ohne gereifte Erfahrung für die vom Kranken behauptete Erwerbsunfähigkeit die seelischen Faktoren mit in betracht ziehen, handelt es sich aber nur um einen leichten Unfall, und stehen die Angaben und das Verhalten des Verletzten mit allgemeinen Erfahrungen nicht im Einklang, dann werden so oft die Klagen des Verletzten mit der Behauptung von Simulation abgetan. Dann wird einfach behauptet, der Unfall kann nicht die Folgen gezeitigt haben, über die der Verletzte klagt. Dann liegt einer der Fälle vor, wo mit *unlauteren Mitteln ungerechtfertigter Rentengenuss* erstrebt wird. Dabei »gibt es gerade in der Reihe der Erscheinungen, welche dem dunklen Gebiet der Hysterie angehören oder sich nähern« — so sagt ein Obergutachten der medizinischen Fakultät der Berliner Universität über die Entstehung der traumatischen Neurose — »eine ganze Anzahl *scheinbarer Widersprüche*, das heisst phänomenologische Kombinationen, welche unsern geordneten, wissenschaftlichen Vorstellungen und Erfahrungen zuwiderlaufen, von denen wir aber dennoch das eine wissen, dass sie nicht *bewusst simuliert*, das heisst gegen besseres Wissen und Wollen in bewusster Weise fälschlich angegeben werden.«^{*)}

In den *Sozialistischen Monatsheften* hat Genosse Robert Schmidt in seinem oben bereits zitierten Artikel *Simulation im Streit um die Unfallrente* einige besonders krasse Fälle mitgeteilt, in denen die Verletzten der Simulation bezichtigt wurden, und in denen späterhin unzweifelhafte Geisteskrankheit als Unfallsfolge festgestellt wurde. Wie viele solcher Fälle, wenn auch nicht immer so besonders krasser Art, kommen uns Arbeitersekretären unter die Hand. Nur ein solcher sei hier kurz geschildert: Dem an einer Wirbelerkrankung leidenden früheren Hafenarbeiter N. B. in L. wurde die Vollrente auf $66\frac{2}{3}\%$ herabgesetzt, weil wesentliche Besserung der Unfallsfolgen eingetreten sein sollte. Anlass dazu hatte das Obergutachten gegeben:

»Der p. B. leidet an hochgradig gesteigerten Begehrlichkeitsvorstellungen und an einem gewissen Grade von Nervosität, den er sich auf der Jagd nach unberechtigtem Vermögenserwerb erworben hat.«

Innerhalb eines Jahres hatten sich diese »Begehrlichkeitsvorstellungen« so verstärkt, dass die Berufsgenossenschaft dem Manne ohne Streitverfahren wieder die Vollrente und später auch die volle Hilfslosenrente gewährte. Ja selbst dann nahmen die »Begehrlichkeitsvorstellungen« zu, und als der Mann dann boshafterweise gar daran starb, musste die Berufsgenossenschaft die Hinterbliebenenrente zahlen.

*) Siehe die *Amlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes*, 1897, pag. 474.

Und ähnlich liegen so viele, viele Fälle. In der schon erwähnten Besprechung in der *Ärztlichen Sachverständigenzeitung* war — und das mit Recht — gesagt, dass mangelhafte Untersuchung und Diagnose oft genug zum Übersehen krankhafter Veränderungen und zur Abweisung berechtigter Ansprüche führen. Weiter wird auch hervorgehoben, »je erfahrener und reifer im Urteil der Arzt wird, desto weniger Simulanten kommen ihm vor«. Völlige Simulation sei sehr selten, Übertreibung das gewöhnliche Bild. Genau so urteilt auch, um nur einen Arzt noch zu nennen, Professor Dr. Thiem:

»Es stellt sich immer mehr heraus, dass wirkliche Simulation, das heisst Erheuchlung eines gar nicht vorhandenen Krankheitszustandes ungemein selten, in dem Masse selten wie Übertreibungen gewöhnlich sind. Ich kann meine früher gemachten Angaben, wonach 10 % Simulanten herauskommen, nach neueren Erfahrungen nicht aufrecht erhalten.«⁹⁾

Damit vergleiche man die Behauptungen Dr. Möllers über 90 % und mehr Simulanten. Allerdings sollen ja die Fälle der Übertreibungen davon den grösseren Teil ausmachen. Auch nach Thiem sollen sie ja häufig vorkommen. In dem nun schon mehrfach zitierten Artikel der *Ärztlichen Sachverständigenzeitung* wird darauf hingewiesen, dass Übertreibung an sich ein Symptom gewisser geistiger Störungen sei, und dass bei den um die Rente kämpfenden Nervenkranken mit hauptsächlich subjektiven Beschwerden die Vortäuschung eng mit wirklichen Erscheinungen verbunden sei. Ausserdem aber könne durch psychische Irritationen, zum Beispiel durch die Untersuchung, ein Zustand hervorgerufen werden, der den Untersuchten der richtigen Überlegung beraube. Auch in dem angeführten Obergutachten der Berliner medizinischen Fakultät wird ganz besonders darauf hingewiesen, dass selbst wirkliche Widersprüche nicht ohne weiteres dem Verletzten nachteilig gedeutet werden dürften. Es müsse hervorgehoben werden, dass die Übertreibung nicht einfach als ein geringerer Grad der Simulation anzusehen sondern von dieser wesentlich verschieden sei. Das Bild der traumatischen Nervenerkrankungen sei vielfach kein reines, sondern zu der primären schädigenden Ursache gesellten sich oft noch weitere, aus den aktuellen Verhältnissen entspringende komplizierende psychologische Momente. Die ersten und hauptsächlichsten krankhaften Störungen beträfen die psychische Sphäre. Der Kranke habe das Unglück, dass ihm zu seinem tiefen Krankheitsgefühl die objektiven Korrelate fehlten. Nicht selten würde ihm infolgedessen Misstrauen entgegengebracht. Er sucht, um zu überzeugen, den Mangel erkennbarer Zeichen durch die Kraft seiner Schilderungen auszugleichen. Wenn es schon im Wesen derartiger psychischer Verstimmungen liege, dass die Betroffenen ihren Sensationen und inneren Zuständen mit besonderer Vertiefung nachgingen, so würden sie durch die oft wiederholten Schilderungen und das Bemühen eindrucksvoll zu schildern dazu geführt mit noch grösserer Aufmerksamkeit ihre eigenen Zustände zu verfolgen. Die grössere Hinlenkung vermehrt das Gefühl der Beschwerden, wie es umgekehrt durch Zerstreung und Ablenkung verringert werde. So komme es, dass die Kranken schliesslich die Störungen verstärkt fühlen. Aber auch bei der ärztlichen Prüfung der verschiedenen, in betracht kommenden Funktionsstörungen gelange der Kranke leicht dazu die wirklich vorhandenen Abweichungen von der Norm zu übertreiben: wieder in der Wahrnehmung, dass er anders nicht im stande ist seine seelischen Störungen zum überzeugenden

⁹⁾ Siehe Thiem *Handbuch der Unfallkrankungen* /Stuttgart 1898/, pag. 38.

Ausdruck zu bringen. Das alles wird vielfach von den begutachtenden Ärzten nicht beachtet. Und ebenso bietet auch hier wieder der Umstand, dass manches Krankheitsbild nicht richtig gedeutet wird, Anlass zur Annahme der Übertreibung. Muss Professor Thiem doch seinen Berufskollegen extra anmerken: „... Dass bei Überempfindlichkeit der Haut manchmal nur die oberflächlichsten Schichten betroffen sind, während tiefe Eindrücke, Aufheben und Quetschen einer ganzen Hautfalte manchmal schmerzlos ertragen wird. Oft führt dies zu Täuschungen und man liest dann, der Untersuchte simuliere, denn während er bei leichter Berührung angebe Schmerzen zu empfinden, liesse er sich bei abgelenkter Aufmerksamkeit derb drücken und die Haut in Falten emporheben, ohne zu zucken. Dieser Schluss ist nicht immer richtig. Die Ablenkung der Aufmerksamkeit kann sehr wohl benutzt werden, aber dann muss man bei abgelenkter Aufmerksamkeit nicht andere Arten der Untersuchung vornehmen.“¹⁰⁾

Aber von dem, was schliesslich nach all diesem als Simulation oder Übertreibung zurückbleibt, ist sicher noch ein Teil auf mangelnde Einsicht in den Zusammenhang der Dinge bei den Ärzten zu setzen. So gross auch die Fortschritte sind, die die medizinische Wissenschaft hinsichtlich der Erkenntnis von Unfallserkrankungen gemacht hat, sie steht noch nicht am Ende ihrer Erfahrungen; darunter müssen bedauerlicherweise heute noch die Arbeiter leiden, die die Opfer der Produktion geworden sind. Sie sehen sich nicht nur des Anspruchs ihrer Rechte verlustig sondern obendrein noch einer falschen Deutung ihres Charakters ausgesetzt. Dazu kommt noch die lange Reihe der Kranken, deren Leiden nach dem heutigen Stande der medizinischen Wissenschaft erkennbar wäre, wenn ihre Beurteiler auf der Höhe des heutigen Wissens ständen. Aus dem letzten Grunde lassen sich auch vielfache Klagen über Täuschung und Übertreibung erklären. Ja man könnte fast den Satz aufstellen, dass der angenommene Prozentsatz von Simulationen im umgekehrten Verhältnis zu der Höhe der wissenschaftlichen Erkenntnis stehe.

Fasse ich alles oben Gesagte kurz zusammen, so komme ich zu folgendem Ergebnis: Die riesenhafte Entwicklung Deutschlands hat die Zahl der nervösen Erkrankungen anschwellen lassen, und naturgemäss sind sie auch bei dem Arbeiter aufgetreten. Die nervösen Erkrankungen bieten vielfach Erscheinungen, die aus den verschiedensten Ursachen häufig nicht richtig gedeutet werden. Mangelndes Erkennen des Leidens und seiner Erscheinungen führt zur Annahme von Täuschungsversuchen und findet in lebhaften Klagen über Simulation Ausdruck, die sich jedoch lediglich gegen die Arbeiter richten. Diese Klagen sind bei den Arbeitern mindestens nicht im höheren Masse begründet als bei jeder anderen Gesellschaftsschicht. Es ist daher notwendig auf diese Tatsachen hinzuweisen und den lauten Ruf zu sagen, dass sie übertreiben, zum Teil sogar die öffentliche Meinung täuschen. Ich will jedoch nicht Gleiches mit Gleichem vergelten und ihnen deshalb gern zugestehen, dass sie in gutem Glauben handeln. Den aber sollten sie dann auch nicht den Arbeitern absprechen. Wenn jedoch die Unternehmerpresse diese Stimmen sammelt, so geschieht es vielfach nicht im guten Glauben. Sie sucht lediglich aus dem Ankläger der heutigen Wirtschaftsweise den Angeklagten zu machen, um einen mit Belastung der Unternehmer verbundenen Ausbau der sozialen Gesetzgebung vorzubeugen.

¹⁰⁾ Siehe Thiem, loc. cit., pag. 416.



HEDWIG DOHM · GESICHTSPUNKTE FÜR DIE ERZIEHUNG ZUR EHE



AEDIGLICH ein Gesichtspunkt für die Erziehung zur Ehe soll hier berücksichtigt werden. Ein Hauptpunkt. Jedermann ist davon durchdrungen, dass unlautere Ehemotive der Würde der Ehe zuwiderlaufen. Weitaus am häufigsten ist es das Motiv der Versorgung, das die Jungfrau in die Ehe lockt. Es gibt ein Mittel dieser moralischen Ungebühr zu begegnen. Brauche ich zu sagen, dass es die ökonomische Selbständigkeit der Frau ist? Die auf einen Ernährer angewiesene Frau reicht wohl dem ersten besten, von dem ihr Herz nichts weiss, ihre Hand. Dass bei der freieren, feineren Auslese, wie sie der wirtschaftlich Unabhängigen ermöglicht ist, Hand und Herz im Bunde sein werden, ist wahrscheinlich. Also: Soll die Frau im Hinblick auf die Ehe zu einem Beruf erzogen werden? Ja oder nein? Ich sage *Ja*. Aus tiefster Überzeugung sage ich *Ja*. Die Majorität sagt *Nein*. Wieder und wieder hören wir, und nicht nur von den Antifeministen, auch von Anhängern der Frauenbewegung, dass Familien- und Berufsleben unvereinbar seien. Die Frau soll dem Mann, dem Kind, dem Haushalt gehören. Alles andere ist vom Übel. Solange die Frau nicht zum Bewusstsein ihres Rechts als Mensch kam, nahm die Majorität der Frauen die Abhängigkeit als eine unabänderliche Schickung hin. Nun aber hat sich in den letzten Jahrzehnten mit der fortschreitenden Individualisierung des Kulturmenschen auch in der Frau das Bewusstsein der Persönlichkeit entwickelt. Darum muss die Erziehung zur Ehe heut eine andere sein als sie vor fünfzig Jahren war.

Der Hauptunterschied zwischen der alten und der neuen Ehe ist der, dass man früher — auch jetzt noch vielfach — das Mädchen erzog, damit es geheiratet werde, während man jetzt immer häufiger daran denkt das weibliche Kind für sich selbst zu erziehen, zu einem Eigenleben. Damit es geheiratet werde! Die Anweisung auf die Ehe ist allzu häufig, als wollte man ein Tier, das auf Grasfutter angewiesen ist, mit der Aussicht auf eine saftige Wiese so anbinden, dass es die Wiese nicht erreichen kann. Tantalusse im Kleinen: die traurigen, ledigen Frauen. Mit dem Stolz hohen Pflichtgefühls sagte oder sagt eine Mutter: Ich erziehe meine Tochter für den Mann. Sie versteht darunter die Ausbildung derjenigen Qualitäten, die dem Mann gefallen oder nützen, und die Vermeidung alles dessen, was dem Mann nicht gefällt und nicht nützt. Eine weltläufige Mutter weiss, was dem Mann gefällt, und trägt Sorge, dass die Tochter das Licht ihrer äusseren Reize nicht unter den Scheffel einer ungeschickten, zweckwidrigen Toilette stellt. Munterkeit, pikantes Wesen und jene schmeichelnde Koketterie, die Männerherzen — es brauchen nicht gerade Herzen zu sein — rührt und ihnen das Standesamt nahegelegt, versteht sie bei der Tochter diskret zu fördern. Meistens ist es gar nicht nötig. Töchterchen hat's schon gemerkt. Die Ausbildung von Geist und Charakter wird von der Mutter vielleicht gar nicht unterschätzt. Aber, um geheiratet zu werden, *quantité négligeable*. Der Schatten des määnerschreckenden Blaustrumpfs geht noch um. Ich erinnere mich nicht, welcher berühmte Dichter an eine Freundin schrieb: »Meine Frau ist ganz ungebildet, ich werde mich aber hüten sie zu bilden.« »Einer Frau den Verstand ausbilden, ihr Ideen und Geist geben,

das heisst ein Messer in die Hand eines Kindes legen«, sagt Taine. Allenfalls fassen die Eltern den wenig kostspieligen Beruf der Lehrerin ins Auge: als Notknecht, falls der erwartete Herr ausbleibt.

Was dem Mann und dem Haus nützt? Wirtschaftlichkeit der Frau. In meiner Jugendzeit war es Sitte, dass ein junges Mädchen nach der Verlobung einen Kursus im Nähen und Kochen nahm. Unter Heranziehung von Kaffee und Kuchen wurde er lustig absolviert. Was wir lernten, trug die Katze auf dem Schwanz weg. Die Säuglingspflege gehörte noch nicht in das Wissensrepertoire des jungen Mädchens. Vor der Zeit ihre Vorstellung mit dem Kind als Eheergebnis zu beschäftigen erlaubte die Prüderie einer Zeit nicht, die noch im Zeichen des Storches stand. Heutzutage bieten die Haushaltungsschulen eine ausgezeichnete Vorbereitung für die künftige Hausfrau. Die Zeit, die sie beansprucht, hindert das junge Mädchen an der Berufsausbildung ebenso wenig wie das Militärdienstjahr die des Jünglings hindert. Im römischen Recht galt der Satz *Oberstes Gesetz ist das Staatswohl*. Ein Vater wurde bestraft, weil er seinen durch Talent und Familientradition zu edlerer Tätigkeit bestimmten Sohn zum Landbau verwendete. Würde dieses Gesetz auch wegen der Tochter bei uns zur Anwendung kommen, wieviel Eltern müssten bestraft werden!

Einer unserer glänzendsten Stilisten und feurigsten Antifeministen hat ein ganzes Buch geschrieben, um das Berufsweib der Menschheit als Teufel an die Wand zu malen. Mit souveräner Sicherheit dekretiert er, dass jede Frau, die ein Talent ausübt, »bald ein unleidliches Zwittergeschöpf wird . . . Die Frau, die Künstlerin wird, verrenkt ihre Natur, macht sich künstlich männlich, zerstört die passive Einheit ihres Wesens.« Gar nicht auszudenken, wie furchtbar sie erst sein muss, wenn sie der Wissenschaft zu Leibe geht! Mit »Gefahr der Selbstvernichtung« bedroht er die Frau, die ihre Anlagen entwickeln will. Kein solider Weltökonom, der Schöpfer, der dem Weibe Talente anschuf, sie zu entwickeln ihr aber verbot. »Die Frauen [die berufssüchtigen] wollen Männer werden.« Ein Satz, den wir todsicher, wie in dieser, so in allen anderen Schriften unserer Gegner finden. Erstaunliche Unbefangenheit, diese Behauptung. Man verwechselt immer Männer und Menschen. Nicht Mann, vollberechtigter Mensch will sie werden. Und ebensoviel Bildung und ebensoviel Brot wie der Mann für sich in Anspruch nehmen. Der selbe illustre Schriftsteller nennt den Kampf der Frau um Gleichberechtigung kleinlich und kindisch. Welche Ungleichheit hat die Natur gewollt? Diejenige, die dem Mann alle Mittel gewährleistet, um sich durch eigene Kraft eine gewünschte soziale und materielle Existenz (inklusive der Befriedigung seiner idealen oder nicht idealen Erotik) zu schaffen, während die Frau, die keinen Ernährer findet, sozial, materiell und geschlechtlich zu verkümmern hat? Denn von der reizvollsten Passivität, der harmonischsten Wesensgeschlossenheit, den entzückendsten Instinkten kann die frugalste Frau nicht satt werden.

FLÜCHTIG nur streife ich die Hauptargumente, die sich gegen das Berufsleben der Frau richten. Man kommt sich auf dem Gebiet der Frauenfrage immer wie ein Wiederkäufer vor. Es liegt an der Taktik unserer Gegner, die wieder und wieder die selben Behauptungen aufstellen, unter absoluter Ignorierung unserer Widerlegungen, und uns damit nötigen das zehnmal Gesagte noch einmal zu sagen.

Der seichteste Einwand ist derjenige, der die Überanstrengung der Frau fürchtet. Sicher gibt es Frauen, die nicht im stande sind Berufs- und Familienleben zu vereinigen. Ziehen sie nicht selbst die Konsequenzen ihres Unvermögens, so haben die Vorgesetzten, die Pflichtversäumnisse nicht dulden, sie aus dem Amt zu entfernen. Schutz gegen Überanstrengung soll der Frau gewährt werden: in Fabriken, Staatsbetrieben usw., überall da, wo andere in der Lage sind ihre Kräfte auszubeuten. Treibt aber der Mensch aus freien Stücken Raubbau mit seinen Kräften, so kann nur die Warnung der Angehörigen oder eigene Vernunft ihn davor bewahren. Man kann die Frau auch vor Überanstrengungen bei Sports, Bergbesteigungen, bei Vergnügungsausschweifungen nicht schützen. Professor Eulenburg schreibt, dass »die Nervosität der Frauen nicht eine Folge ihrer physischen Natur sondern der überanstrengenden Tätigkeit in der Hauswirtschaft ist, denn die Frau pendelt den ganzen Tag über zwischen dem Kochtopf, dem Besen und dem Schulheft hin und her: es bleibt ihr kein Stündchen wirklicher Freiheit und Erholung.«

Erheblicher ist ein anderes Argument. Die Frau hat noch nie Kulturwerte geschaffen. Sie ist unfähig zu produzieren. Vollwertige Leistungen sind von ihr nicht zu erwarten. Richtig ist, dass die Frau im Schaffen von Kulturwerten sich bis jetzt nicht hervorgetan hat. Sie beginnt ja auch eben erst ihre Flügel zu regen. Warten wir ab, wie hoch sie kommen wird. Diejenigen, die ihr mannhaft die gefährlichen Flügel stutzen wollen, kommen mir wie die Weltfrauen vor, die böse werden, wenn andere Frauen ihre Kleiderfassons nachahmen. Sie meinen, dass ihre Kleider dadurch entwertet werden. So meint der Mann, die Wissenschaft würde entwertet, wenn die Frau sich daran beteiligt. Marcel Prévost ist sogar der Meinung, dass »man auf jede Frau, die einen männlichen Beruf wählt, einen entgleisten Mann rechnen müsse«. Der Ausspruch ist nicht sinniger, als wollte man sagen, dass auf jeden satten Mann eine hungrige Frau komme.

»Er [der Mensch] ist nichts als was die Erziehung aus ihm macht . . . Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so grosser Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen, dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben, und warum es anderen so leicht wird sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt usw., so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Dass der bei weitem grösste Teil der Menschen (darunter das schöne Geschlecht) den Schritt zur Mündigkeit, ausserdem, dass er beschwerlich ist, auch für sehr gefährlich halte, dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben. Nachdem sie ihr Hausvieh (die Frauen) zuerst dumm gemacht haben, und sorgfältig verhüteten, dass diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt ausser dem Gängelwagen, darin sie sie einsperrten, wagen durften, so zeigen sie ihnen nachher die Gefahr, die ihnen droht, wenn sie es versuchen allein zu gehen. . . .

Also sprach Kant. Manche Leute geben den Armen kein Geld, weil sie sich doch nur Schnaps dafür kaufen würden. So verweigert man der Frau die Mittel für ihren geistigen Aufstieg, in der Befürchtung, dass die Ausbildung ihrer Intelligenz als eine Art Schnaps ihre Gefühlswerte betäuben würde.

Noch einige *Beweise*: Im Jahre 1884 erwieh auf dem anthropologischen Kongress zu Breslau ein gewisser Herr Albrecht die grössere Tierähnlichkeit des Weibes aus 9 Gründen. Als einer dieser Gründe wurde der Umstand angeführt, dass die Frauen sich seltener einer Glatze erfreuen als die Männer. . . . Als

ein schlagender Beweis für die weibliche Unproduktivität wird unentwegt die Musik angeführt, die der Frau immer zugänglich gewesen, ohne dass sie je ein bemerkenswertes Talent, geschweige denn einen Mozart oder Beethoven hervorgebracht hätte. Ich weise durchaus nicht die Möglichkeit ab, dass die musikalische Begabung des weiblichen Geschlechts hinter der des männlichen zurückstehen könnte. Wie ich überhaupt weit davon entfernt bin seelische Verschiedenheiten von Mann und Weib zu leugnen. Nur bin ich der Meinung, dass sie für eine Berufsbildung nicht ins Gewicht fallen.

Die Antifeministen sind umgekehrte Don Quixotes. Sie halten geistig begabte Frauen für Mägde, ihre Freiheitsbestrebungen für Windmühlenspiele. Nur sind die Dons nicht klapperdürr wie der Ritter von der traurigen Gestalt, vielmehr feist, da sie mitverspeisen, was anderen zukommt. Und sie scheinen noch anzunehmen, dass die Jahrzehnte, denen sie ihre Gegenwart schenken, die einzig richtige Weltordnung repräsentieren. Als hätte der liebe Gott nun vor den revolutionären Umsturzideen der Neuzeit einen eisernen Vorhang fallen lassen. Die eisernsten Vorhänge aber sind Spinnweben vor dem Siegerschritt der Zeit. Die Evolution ist eine Himmelsleiter. Von Stufe zu Stufe geht's aufwärts bis zu einem vermeintlichen Himmel, über den dann wieder ein anderer vermeintlicher Himmel sich wölbt usw. Die mystischen 7 Himmel reichen nicht. Diejenigen aber, die Emporstrebende von der Leiter stossen wollen, das sind arg böse Buben.



HNE Ende scheint auch die Jeremiade, dass mit dem Berufsleben der Frau — besonders wenn sie damit die Wissenschaft behelligt — ihre weibliche Eigenart zu grunde gehen, und eine fürchterliche Gleichwerdung der Geschlechter »Europa verlangweilen und verhässlichen« würde (Nietzsche).

Weibliche Eigenart: ein Stichwort, das zähes Leben hat. Stich- und Schlagworte sind Raubtiere, die dem Hirn das Blut aussaugen. Oder, um mich weniger blutrünstig auszudrücken, sie fabrizieren falsche Heiligenscheine.

Der Männlichkeit soll die Frau verfallen, die in die Fallstricke eines männlichen Berufs gerät. Ich versichere unseren schreckhaften Antifeministen — lange Erfahrungen stehen mir zur Seite —, dass die sogenannten männlichen Eigenschaften: Energie, Konsequenz, Logik, Zielbewusstheit, Willens- und Tatkraft, schwerlich durch eine Berufstätigkeit von der Frau erworben werden, wenn sie die Anlagen dazu nicht mit auf die Welt gebracht hat. O Gott, wie gern wäre ich energisch und tatkräftig gewesen! Und wenn ich mich auf den Kopf gestellt hätte: unmöglich es zu werden. Ich blieb unwiderbringlich energielos, passiv, tatenfaul. Vielleicht, weil mein Vater ein so energieloser, passiver Mann war; denn meine Mutter, o, die war resolut, zu resolut. Nicht zu sagen, wie oft Mann und Frau — besonders in der Ehe — *Verwechselt das Bäumchen* spielen. Er sagt's ja selbst, der glänzende Stilist: »Die Natur der Frauenseele ist ewig.« Eben darum wird der Malpinsel, der Violinbogen oder die Feder ihren Seelen nicht gleich die Ewigkeit ausblasen. Waschfass, Kochherd und Nähmaschine tun's ja auch nicht. Ich möchte wohl wissen, bei welcher beruflichen Tätigkeit die straffällige Gleichwerdung der Frau mit dem Mann einsetzt. Etwa mit der hahnebüchernen Köchin, die ohne Gemütsbeteiligung Aal und Huhn abschlachtet, oder bei der Rednerin, die mit tiefinnerster Gemütsbeteiligung die Seelen ihrer Hörer erhebt? Die Antwort

unserer Widersacher ist selbstverständlich! Ein Hoch der Köchin, der Leibsorgerin, ein Preat der Seelsorgerin!

Nietzsche fällt das härteste Urteil über die Berufsfrau. Sein Ausspruch über das »bis zum Buch herabgekommene Weib« ist bekannt. In Wirklichkeit aber waren die einzigen Frauen, für die er — laut seiner Biographien — eine intimere Neigung empfand, zwei hervorragende Schriftstellerinnen. Die Jeremie sollen nur einen Blick in die Kultur- und Literaturgeschichte werfen. Schaudern werden sie wahrnehmen, dass es nimmer die lieben, einfachen Hausfrauen und Haustöchterchen waren, die von den Männern umschwärmt, bewundert, begehrt wurden. Es waren die ausserordentlichen Frauen, die in der Kunst, in der Literatur, in der Politik eine Rolle spielten oder durch Geist und Witz in die männliche Sphäre hineinragten. Von Aspasia bis zu Rahel Levin. Es waren die politischen Damen der Fronde, es waren die kühngesinnten, grosszügigen Frauen der Renaissance. Es waren die *grandes amourcuses*. George Sand, als Mannweib verschrieen, fesselte Musset mit so starken Liebesbänden, dass die unglückliche Liebe für sie ihn bis an sein Lebensende verfolgte. Und George Elliot, Elizabeth Browning, sie alle wurden intensiv geliebt. Soll ich noch die Studenten erwähnen, die neuerdings mit Zurücksetzung der Haustöchterchen nur noch für Studentinnen fühlen, auch für solche, die schon in einem längeren Semester Gelegenheit hatten sich ihrer weiblichen Eigenschaften zu begeben? In allen Jahrhunderten hat es einzelne berufstätige Frauen gegeben, nie aber hat man Ursache gehabt ihnen die weibliche Eigenart abzusprechen, falls es überhaupt eine weibliche Eigenart geben sollte. Der tief sinnige Arzt und Gelehrte Wilhelm Fliess soll ja nachgewiesen haben, dass jedes Weib mit mehr oder weniger männlichen, und jeder Mann mit mehr oder weniger weiblichen Elementen behaftet ist.

Entweder ist aus dem Gesagten zu schliessen, dass alle diese Frauen ihre charmante weibliche Eigenart bewahrten, oder dass die Männer nur so tun, als läge ihnen die charmante weibliche Eigenart am Herzen. Warum sie so tun: ich weiss es nicht.

PHYSIOLOGISCHER Niedergang der Rasse durch Zerstörung des Familienlebens: das ist das letzte und stärkste Argument der Berufsgegner. Ein Schreckgespenst, diese Zerstörung des Familienlebens, wo klare, taghelle Gründe fehlen, wie bei den Ärzten die Nerven des Patienten sich einstellen, wenn die richtige Diagnose sich ihnen versagt. Diesen beklagenswerten Umstand des Rassenniedergangs zieht einer unserer Nationalökonomien in betracht. Er sagt:

»Alles, was wir an Erfahrungen über die notwendigen Voraussetzungen einer sich physiologisch normal entwickelnden Rasse wissen, ist, dass in dem Rahmen einer solchen Entwicklung für das Menschentum der Frau kein Platz ist, dass vielmehr das Gattungsinteresse nicht mehr und nicht weniger fordert als dass die Frau zwischen dem 20. und 40. Jahr in Intervallen von je 12 Monaten sich der Schwangerschaft auszusetzen gewillt ist und dazu im stande bleibt. Unter diesem Minimum [1] von Leistung vermag sich der Genius der Gattung nichts herunterhandeln zu lassen.« Dieser Genius scheint mir eine habgierige Hebeamme zu sein. Wir sind doch keine Kaninchen. Mir scheint, der Herr baut allzu zuversichtlich auf die physischen Kräfte der Frauen und auf den Geldbeutel ihrer Männer. Wie mag er nur seine anderthalb Dutzend Kinder — ich nehme an, dass er seine Gattin mit gutem Beispiel vorangehen lässt, — standesgemäss erziehen und versorgen?

Freilich, ich kann nicht leugnen, dass meine eigene Mutter, wie auf ein Stichwort des Herrn Sombart, wahr und wahrhaftig 18 Kinder gebar. Davon aber bin ich überzeugt, dass 18 Kinder, bei der heutigen Gesellschaftsordnung, geeigneter sind ein Familienleben zu zerstören als es zu fördern. Welch ein Tohuwabobu! Und nur ein besonders gnädiger Gott kann Entgleisungen unter den 18 verhüten. Man weiss wirklich nicht, wie man es den Nationalökonomern recht machen soll. Die Chinesen sind ihnen nun wieder zu fruchtbar. Müssen als Exportware fremde Länder inkommodieren.

Möglich, dass es Herrn Sombart nicht passt, dass die Frau Mensch wird. Uns aber passt es ungemein. Wäre ich Theosoph und glaubte an Wiederkünfte, ich würde in Herrn Sombart einen der wiedererstandenen Kirchenväter vermuten, die auf dem Konzil zu Macon /585/ die Weiber für Nichtmenschen erklärten. Weiter schreibt der Genannte:

„Ja, ich möchte sagen, schon jedes Nachdenken über diese Dinge ist eine Dekadenzerscheinung. Das Beweismaterial für die Richtigkeit dieser Auffassung entnehmen wir dem Schicksal aller bisherigen Kulturnationen, die gerade daran zu Grunde gegangen sind, weil ihre Frauen Menschen wurden. . . .“

Vorzugsweise denkt dieser bittere Antifeminist wohl an den Verfall Roms. Sollten die römischen Frauen wirklich Mitschuldige an Roms Verfall sein, weil sie beruflich tätig sein wollten? Nicht eher, weil sie in schwelgender Üppigkeit ihre erotische Weiblichkeit überstark betonten? Messalinen als Telefonistinnen, Ärztinnen, Lehrerinnen kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen. Eine Dekadenzerscheinung wären die aufstrebenden Frauen unserer Zeit? Im Gegenteil. Da ist ein Aufschwung ohne Gleichen. Ein flügelwildes Hinauf aus Niederungen zu Gipfeln. Saft und Kraft. Sturm und Drang pulsieren in diesen Emporkömmlingen, ein strenger Wille zum Werden, Wachsen, Reifen.

Es ist hauptsächlich die Mutterschaft, die dem Weibe das Berufsleben wehren soll. Mit dem Beruf soll ihr zugleich mit der Mutterliebe die Lust Mutter zu werden abhanden kommen. In Zolas *Fécondité* sind es ganz andere Gründe als das Berufsleben der Frau, die die Geburtsziffern so beängstigend herabdrücken. Lasst doch die stete Sorge um künftige Menschheiten! Der Mensch wird ja voraussichtlich im Lauf der Jahrhunderte immer klüger: er wird schon einen Weg finden die Dezimierung oder das Aussterben der Gattung zu hintertreiben; er müsste denn — von einem heut noch ungeklärten Standpunkt aus — nichts dagegen einzuwenden haben. Weitere Ausführungen dieses Themas gestattet mir der Raum nicht. Nur so viel: Ich weise auf die Landerziehungsheime hin, auf die Kinderhorte. Allgemeine Zentralhaushaltungen, die Kindergärten, Kinderwartung und ärztliche Kontrolle einschliessen, würden sie überflüssig machen. Das alles wären Utopieen? Utopie ist ein Genius, der in der Luft schwebt, mit der Tendenz sich niederzulassen und auf dem Boden der Wirklichkeit zu verweilen. Utopieen tragen die Ankündigung einer Geburt in sich.

Denke weiter, du zärtliche Mutter, denke über die wenigen Jahre hinweg, in denen das Kind dir gehört, dir allein, als süssester, seligster Besitz! Ach, so bald gehört es den anderen, der Welt, sich selbst; oft genug in weiter Distanz, geistiger oder räumlicher, von dir. Ich sagte schon einmal:

„Immerdar ist die Mutterschaft von Illusion und Hoffnung begleitet. Die Antizipation künftigen Glücks ist eins ihrer Elemente. Immer hofft und wartet die Mutter auf etwas, das noch nicht da ist, auf ein Morgen, das noch schöner sein wird als

heute. Bei dem Säugling denkt sie: Wie wundervoll wird es sein, wenn mein Kindchen erst gehen kann und *Mama* sagen und meine Liebkosungen erwidern wird! Und kann es das alles, so wartet sie darauf, dass sie mit ihm wird ordentlich reden können, von Herz zu Herzen, von Verstand zu Verstand . . . Und während sie immer noch hofft und wartet, entgleitet ihr schon unmerklich der Sohn oder die Tochter und der goldene Ton der Hoffnung wird zum Grau der Resignation. Fast alle Mütter haben einen Niobidenzug. Tötet auch kein Apollo ihre Kinder, sie kommen ihnen auf die eine oder die andere Art abhanden. . . . Und selbst wenn nur heitere Lose ihren Kindern in den Schoss fallen, so rücken sie ihr doch allmählich ferner, weil aufsteigende und absteigende Linien sich nicht treffen. Die Tochter, die Mutter geworden ist, hört auf Tochter zu sein.

Kinder sind bewegliche Habe. Sie können dir verloren gehen. Schaffe dir Unverlierbares: sei selbst etwas!



ALLEN Frauen das selbe vorherbestimmende Schicksal oktroyieren heisst Stellung gegen den Gott nehmen, der sie verschieden von einander schuf, so ganz verschieden.

Treffliche, kluge Frauen gibt es, deren ganzer Lebensinhalt Mann, Kind und Haushalt ist. Gott segne sie!

Und treffliche, kluge Frauen gibt es, die allen hauswirtschaftlichen Interessen abhold, in künstlerischen, wissenschaftlichen oder irgend welchen anderen geistigen Betätigungen ihres Wesens Ausdruck suchen und finden, unbeschadet ihrer Liebe für Mann und Kind. Gott segne auch sie!

Und drittens kann es kluge und treffliche Frauen geben, die ihre Natur zum Zölibat bestimmte. Sexuell wertlos, können sie als Mensch von höchstem Wert sein, vielleicht fruchtbarer für die Allgemeinheit als eine Frau, die 12 Kinder zur Welt bringt. Gott segne auch diese jungfräulichen Frauen!

Jede kultivierte Frau hat recht, die ihrer Seele den Willen tut.

XX

ROSA MAYREDER · VERHÄNGNIS



R hielt das Schriftstück noch in der Hand, als er schon längst nichts mehr davon sah. Was waren das für rätselhafte Zeichen, die von der weissen Fläche herunterstürzten und durch seine Augen eindringen in sein Gehirn? Wie kamen sie zu der entsetzlichen Macht dort innen lebendig zu werden und solche Schmerzen zu erregen? Sie verbreiteten sich mit rasender Schnelligkeit in seinem ganzen Körper; sie jagten fieberhaft durch seine Adern, bis sie zu seinem Herzen gelangten. Dort bohrteten sie sich ein wie giftige Insekten und frassen es an, dass es sich zusammenzog in grimmiger Pein, die jede andere Lebensregung lähmte.

Und fortan wird das Schreckliche, das aus diesen Zeichen zu ihm redet, immer vor ihm stehen; es wird da sein, wenn er morgens die Augen aufschlägt, und wird ihn mit gespenstischer Gegenwart zu allen Stunden ängstigen und wird sich zwischen ihn und jede Freude stellen und wird nachts den Schlaf verscheuchen: und er kann es nicht mehr ungeschehen machen, nicht mehr ungeschehen.

Was für Tage und Nächte! Langsam kamen sie heran, eintönig schleichend, mit unbarmherziger, unstörbarer Stetigkeit Stunde an Stunde reihend, während er das Gefühl eines unergründlichen Schmerzes weiterschleppte. Stundenlang sass er in einem Winkel und starrte vor sich hin, ohne Empfindung

für die Zeit, die verstrich. Und wenn er aus diesem Brüten aufwachte, wusste er nicht, woran er gedacht hatte. War es ein Schuldgefühl, das ihn vernichtete? War es die Reue über das Geschehene, das er nicht mehr ändern konnte? Aber es schien ihm, dass es keinen Ausdruck gab, der das bezeichnete, was ihn erfüllte. Wie oft er auch den engen Kreis durchmass, in dem er mit seinem Denken und Erinnern herumtastete, er fand keine Klarheit; er fühlte sich in undurchdringlicher Finsternis von seinem Schmerz festgehalten wie von einer unsichtbaren, dämonischen Gewalt.

Wenn ihn seine Bekannten auf der Strasse begrüßten und ein freundlich-gleichgültiges Gespräch mit ihm anknüpften, fiel seine Last mit verdoppeltem Gewicht auf ihn. Etwas wie Hass und Verachtung gegen diese Freundlich-Gleichgültigen bemächtigte sich seiner, weil unter ihnen keiner war, dem er anvertrauen hätte können, woran er litt, weil keiner in die schwarze Einsamkeit eindrang, wo er allein mit seiner Qual war, wie ein Sterbender, der sich in den Katakomben verirrt hat.

Dann stieg in ihm die undeutliche Vorstellung eines Ortes auf, wo er nicht der einzige Leidvolle und Beladene war, sondern nur einer unter vielen, die aus den verschiedensten Erlebnissen herkommend, dennoch alle von der gleichen Last des Schmerzes erdrückt wurden. In der Dämmerung eines weiten Gewölbes sah er sie auftauchen; der Schatten mächtiger Pfeiler beschützte sie, die Stille unbeleuchteter Winkel umfing sie; sie drückten sich in die Nischen, sie schlichen lautlos über die Fliesen und verbargen ihre Gesichter in einer scheuen gebückten Haltung.

Er sah sich selbst unter ihnen, den Kopf auf die Brust gesunken, lautlos hingeleiten, als wäre er an einem Ort der Abgeschiedenen, in den das Leben, das furchtbare, lärmende, herzerreissende Leben nicht einbrechen kann. Er sah sich herumirren, ruhesuchend und schon halb eingelullt von der grossen Stille, bis er sich knieend fand, mit der Stirne eine steinerne Stufe berührend, ganz in sich zusammengekrümmt, als könnte so kein Eindruck aus der Aussenwelt mehr an ihn heran. Etwas Beschwichtigendes lag in dieser Vorstellung. Während er auf der Strasse ging oder über einem Buch sass, das seine Aufmerksamkeit nicht zu fesseln vermochte, knieté er heimlich an dem Ort seines Verlangens; und während der schlimmsten Anfälle, wenn die Verzweiflung ihn bis zur Vernichtung zerriss, bereitete es ihm eine Erleichterung in Gedanken seine Stirn an den harten, kalten Stein gepresst und seine Glieder zerbrochen durch die Müdigkeit der zerknirschten Gebärde zu fühlen, in der sein Körper aufgelöst war.

Er gab sich nicht Rechenschaft, welcher Ort es war, den sein Schmerz sich geschaffen hatte, noch ob irgendwo in der wirklichen Welt ein solcher Ort existierte. Aber als er eines Tages an der Stefanskirche vorüberkam, verschmolz das Bild, das er in seiner Einbildungskraft trug, mit einem bestimmten Eindruck, und er wusste, dass hier die Stätte war, von der er träumte. Unschlüssig stand er lange vor dem Eingang, verlockt und verscheucht zugleich. Er betrachtete die Menschen, die unablässig durch die Vorhalle kamen und gingen; er sah ihre ausdruckslosen Mienen, ihre eifertigen Bewegungen, in denen sich die Gleichgültigkeit des Alltäglichen spiegelte. Da beschlich ihn die Furcht, es könnte die Wirklichkeit des Ortes die Stimmung seiner Träume zerstören. Wenn er hier wieder allein mit seinem Schmerz gewesen

wäre, den Blicken gleichmütiger, gewohnheitsmässiger Kirchenbesucher ausgesetzt, so hätte er vielleicht die letzte Möglichkeit der Beschwichtigung verloren, die von dem inneren Bild einer Gemeinschaft des Leidens an einem Ort der Andacht ausging. Ja, war dieser Ort nicht bloss in ihm möglich, nicht bloss die räumliche Gestalt, die seine Einbildung dem ziellos schweifenden Gefühl ohnmächtigen Schmerzes verlieh? Zu Boden gestreckt durch das Unabänderliche, gelähmt und unfähig nur das Geringste wieder gut zu machen, konnte er sich nur noch als einen vor der unzugänglichen Gewalt des Schicksals in untätiger Hilflosigkeit Knieenden denken.

Dennoch kreisten seine Gedanken von jetzt an nicht mehr um den mystischen Ort der Einbildung sondern um die Vorhalle mit dem Gehen und Kommen derjenigen, die eine höhere Zuflucht besaßen. Er fühlte die Macht seiner eingebildeten Zuflucht nicht mehr wie früher. Und so geschah es eines Tags, dass er mit zögernden Schritten, scheu wie jemand, der im Begriff ist einer töricht-ten Schwäche nachzugeben, durch die Vorhalle eintrat.

Wie oft schon war er hier durchgegangen, gedankenlos in der flachen Hast des täglichen Lebens oder allenfalls ergriffen von einem ästhetischen Wohlgefallen an der Stimmung dieser hohen, dunklen Hallen mit ihrem Geflimmer von Vergoldung und Kerzenschein! Jetzt aber war es anders. Er sah nichts von alledem, was er früher gesehen hatte. Die Dämmerung schien ihn gleich einzuwickeln, als ob er unsichtbar geworden, als ob er untergesunken wäre in ein anderes Element. Mit noch grösserer Gewalt brach sein Unglück über ihn herein, kaum dass er eingetreten war. Unfähig sich weiterzuschleppen, blieb er nach wenigen Schritten stehen und barg sich in den Schatten der ungeheuren Wand, die neben ihm aufstieg. Von irgend woher, aus einer unerkennbaren Ferne, hörte er das eintönige Geräusch einer Litanei, die abgetebet wurde, eine schwache, einzelne Stimme, die anrief, und ein verworrenes Rauschen von vielen; die antworteten.

Ganz nahe neben ihm erhob sich ein dunkles Gestühl, das von einer Anzahl dunkler Gestalten umringt war. Geisterhaft lautlos standen sie wartend. Von Zeit zu Zeit entstand eine Bewegung unter ihnen; dann löste sich eine Gestalt von den übrigen los und verschwand in der Tiefe des Gestühls, aus dem ein anderer Schatten hinwegglitt.

Allmählich begann dieser geräuschlose Vorgang seine Aufmerksamkeit zu erregen. Ein Gedanke durchzuckte ihn mit einem Stich zum Herzen. War hier nicht eine Möglichkeit der Befreiung? Er brauchte nur in diesen Kreis zu treten und zu warten, bis die Reihe an ihn kam. Dann würde er im Schatten des Gestühls knien, um in das Ohr eines Unsichtbaren das Bekenntnis seiner Schuld zu flüstern und das Wort der Gnade zu empfangen, das den Bussfertigen und Zerknirschten dem aufrechten, frohen, vertrauenden Leben zurückgab. Was für ein unfassbares Glück: freigesprochen, wiederhergestellt, versöhnt mit sich selbst! Eine höhere Macht als das blinde Schicksal, das ihn zermalmt hatte, weil er zu schwach gewesen war vor auszudenken und alle Folgen seines Handelns zu überschauen, eine höhere Macht nahm ihn zu sich, zerriss die furchtbare Kette des Geschehenen, in die er hoffnungslos hineingeschmiedet war, richtete und urteilte mit der Barmherzigkeit der Allwissenheit, die verzeiht, weil sie versteht, und gewährte ihm einen Weg das Unabänderliche aus seinem Bewusstsein zu tilgen, indem er Busse dafür tat.

Er stellte sich vor, wie es wäre, wenn er nun wirklich dort kniete und die Stimme des Unsichtbaren durch das Gitter vernähme, die ihm befahl zu bekennen, was er gesündigt habe. Aber wenn er bekennen sollte, musste er vorher bei sich entscheiden, was der letzte Grund seiner Verzweiflung war. Würde er es über seine Lippen bringen, das furchtbare Wort, in dem die schauerliche Unabänderlichkeit seines Geschickes beschlossen lag, das Wort *Ich habe getötet*. . . . ?

Nein, so war seine Schuld nicht zu fassen. Er hatte nur Ursache gegeben, dass ein anderer Mensch sich tötete. Unabsichtlich, unwissentlich hatte er es getan, nur weil ihm der Gedanke, dass so etwas geschehen könnte, nicht im entferntesten gekommen war. Nur in der Empörung, die einen Menschen ergreift, an den allzulang Ansprüche gestellt werden, die über seine Kraft gehen, denen er nicht nachkommen kann, Ansprüche wie Peitschenhiebe, die aufstacheln und ermatten zugleich, die in der Seele Grimm erzeugen, weil sie ihr ihre Ohnmacht zu fühlen geben. Wer ist verantwortlich dafür, dass er nicht jene Empfindungen aus sich hervorbringen kann, die von ihm gefordert werden? Darf man mehr von einem Menschen fordern als die Erfüllung seiner Pflicht? Und war er nicht bereit gewesen seine Pflicht zu erfüllen? Freudlos, ja: aber das vermindert den Willen zur Pflichterfüllung nicht. Lieblos, ja: aber Liebe zu fühlen, das ist's, was nicht im Bereich des Willens steht.

»Ich werde mein Wort halten, denn ich anerkenne die Pflicht, die ich Dir gegenüber habe; aber ein Gefühl, das erloschen ist, lässt sich nicht wieder erwecken, durch Bitten und Flehen ebenso wenig, wie durch Fordern und Drohen oder durch verständige Auseinandersetzungen. Ich bin bereit Dich zu heiraten, weil ich es Dir versprochen habe. Aber die Liebe, die Du verlangst, fühle ich nicht mehr, daran lässt sich nichts ändern.« Das hatte er ihr geschrieben, frei und offen, mit jener Aufrichtigkeit, die immer zwischen ihr und ihm herrschte, und die er als einen besonderen Vorzug seines Wesens betrachtete. Inmitten der Verlogenheit, die alle menschlichen Beziehungen verunstaltete, war er immer wahrhaft gewesen und immer bereit lieber Nachteile und Schwierigkeiten zu ertragen, ehe er zu Verstellung und krummen Wegen Zuflucht nahm.

Sie aber ging hin und schoss sich eine Kugel durch die Brust, grausam unerbittlich in dem leidenschaftlichen Ungestüm ihres Willens, der keinen Widerstand duldete.

Und nun lebte er stärker an sie gebunden als je zuvor, an sie gebunden durch das Bewusstsein seiner Schuld, die keine Schuld war. Nein, keine Schuld. Hier vor dem Richterstuhl, wo die Sünden der menschlichen Natur geprüft und gewogen wurden, fühlte er's deutlich: etwas anderes, etwas Mächtigeres war es, das ihn vernichtete.

Getrieben von einem unwiderstehlichen Drang im Schmerzlichsten zu wühlen, zog er ihren Abschiedsbrief aus der Brusttasche, wo er ihn mit sich herumtrug, ohne dass er den Mut gefunden hätte ihn seit jenem schauerlichen ersten Mal wieder zu lesen. Ihre klaren, festen Schriftzüge, an denen kein Zittern das Bevorstehende verriet, traten noch in der Dämmerung lesbar hervor. Und er las die Stelle wieder:


»Damit hast Du mich getötet: dass Du mich so wenig kennst, dass ich Dir nach dieser langen und innigen Gemeinschaft so fremd geblieben bin. Wenn

ich nicht in Dir leben soll, wie ich bin, nach der Wahrheit meines Wesens, dann will ich gar nicht leben, dann lebe ich schon nicht mehr. Unfähig mich dem Herzen dessen zu offenbaren, der mir das Teuerste auf der Welt ist, in seinen Augen der armselige Schatten eines Wortes, hinter dem keine Empfindung mehr leuchtet, ein Schemen, mit dem ihn nur eine äussere Verpflichtung verbindet: nein, lieber gar nicht sein! Wie? Konntest Du wirklich einen Augenblick lang glauben, ich würde Dich durch ein Versprechen an mich binden, dessen Erfüllung nicht zugleich die Erfüllung der Liebe ist? Wusstest Du wirklich nicht, dass ich nie ein anderes Band zwischen Dir und mir anerkennen würde als die Liebe? Du liebst mich nicht mehr: also bist Du frei von mir und frei von allen Versprechen, die Du gabst, als Du mich liebtest. Ich aber liebe Dich: deshalb muss ich sterben. Ich gebe Dich frei: aber ich will selbst auch frei werden. Und frei von der Liebe macht nur der Tod . . . «

Er faltete den Brief zusammen und steckte ihn wieder in die Tasche. Jetzt wusste er, woran er litt. Kein Gefühl von Schuld, die gebüsst werden sollte, lag mehr auf ihm. Die Vorstellung, dass er sich durch Bekenntnis und Busse davon befreien könnte, hatte nichts Verlockendes mehr. Vor ihm stand das Bild der Toten, unzugänglich, abweisend, entrückt. Und sie, die ihn als Lebende durch die Vorwürfe und Ansprüche ihrer übermässigen Liebe immer weiter von sich weggedrängt hatte, weil sie beständig um Erwidderung warb, zog ihn aus der unerreichbaren Ferne, in die sie vor ihm geflohen war, wieder mit der magischen Gewalt der ersten Liebe an sich. Als er sie mit trotzigen Widerstreben zurückwies, als es ihm eine Art Genugtuung bereitete sie für ihre immerwährenden Annäherungen zu peinigen und zu strafen, hatte er geglaubt, alle diese Antriebe der Abwehr seien in ihm erwacht, weil er sie nicht mehr liebe. Nun schien es ihm, als sähe er in sich hinein wie in einen bodenlosen Abgrund. Aus der Nacht verworrener, einander widerstreitender Empfindungen leuchtete grell seine Liebe und ihr Verhängnis hervor. Diese zerfressende Verlangen nach etwas Unerreichbarem, dieses niederschmetternde Gefühl der Ohnmacht sein Verlangen zu befriedigen, dieses verzehrende Herumirren eines hoffnungslosen Verlangens unter vergeblichen Anstrengungen, an denen die erschöpfte Seele verblutet: das alles hatte sie erlebt, als er sich ihr hartnäckig fern hielt; und jetzt musste er es erleben, unerlösbar, ohne Sühne und Gnade, ein Verdammter der Liebe. Und er drückte sich tiefer in den Winkel und weinte.

XX

WILHELM HAUSENSTEIN · HANS VON MARÉES

 N seiner *Entwicklungsgeschichte der modernen Kunst* erzählt Meier-Graefe, der erste Franzose, dem er kümmerliche Abbildungen Maréesscher Werke gezeigt habe, sei in den Ruf ausgebrochen: »Tiens, Cézanne! Das scheint bis zum Wahnsinn paradox. Aber ist es nicht. Versteht sich, dass der Kolorist hier nicht in Frage steht. Trotzdem bleiben endgültige formale Übereinstimmungen. Meier-Graefe spricht von dem gemeinsamen Streben beider Künstler nach Synthese, nach einem Zusammenschluss der Erscheinungen, von ihrer gesteigerten Empfindung für das *Maassige*. In der Tat, was Cézanne in grossen, positiven Farben aussprach, ist das selbe, was Marées mit seinen besonderen, mehr skulpturalen Mitteln er-

fassen wollte; das Lapidare der sichtbaren Welt. Aber die äusserste Analogie müsste vielleicht noch anders formuliert werden: es ist das Verhältnis der unbrochensten Unmittelbarkeit zur Erscheinung.¹⁾

Marées schreibt einmal: »Ich erinnere mich noch ziemlich genau, wie mir in meinem fünften Jahre die Welt erschien, und wie ich auch gleich diesen Eindruck bildlich zu resumieren versucht war. Von diesem Zeitpunkt an begannen auch die Störungen. Denn kaum erweckt man Aufmerksamkeit, so stellt sich auch der Einfluss ein, der sich, wenn auch wohlgemeint, doch in den meisten Fällen als eine Mauer zwischen Individuum und Offenbarung stellt.« Das ist es. Zwischen Marées' Kunstwerk und der Natur steht in der Reife nur er selbst. Kein Granchen ungeprüfter Überlieferung. Jeder künstlerische Akt ist auf seine Wesensbedeutung zurückgeführt, ist bewusst, ist persönlich. Ebenso Cézanne. Darum verstehen wir Allzubildeten diese Künstler zuerst so schwer. Sie tun unserer Zivilisation den Tott das zu meinen, was sie sagen. In diesem Verhältnis zum Sichtbaren liegt zugleich ein seltener menschlicher Vorzug. Man nennt ihn auch in der Umgangssprache *Ehrlichkeit*. Aber man weiss nicht, wie viel dies Wort umschliesst.

Marées stand den nackten Dingen nackt gegenüber. Die überlieferte Phrasologie der Kunst war ihm zuwider. Die Zeit verlangte von den Malern allerhand Fassliches. Historisches Pathos, damit sich die leere Gegenwart an der grösseren Vergangenheit erlabe. Genreszenen. Allenfalls dekorativen Schmiss. Und wenn die naturalistischen Doktrinäre moralisch kräftiger waren — weil sie auf den Rechten der eigenen Zeit bestanden —, so waren sie doch künstlerisch eng genug. Zola verlangte von Corot, er solle die fatalen Nymphen weglassen. Die Epigonen Nicolais in dem ewig klugen Berlin erklärten noch vor kurzer Zeit, solange wollten sie Pane und Satyre nicht in Bildern dulden als sie solchen Wesen nicht mittags Unter den Linden begegnet seien. Kokett standen sie selber Modell: *Nous voilà*. Und wenn die sanftere Gironde die Rückkehr zu den alten Meistern predigte — sie meinte die Nachahmung der Tournüre —, so mangelte der Bergpartei der Glaube an die herrliche Gewalt des Schöpferischen, an die festliche Gebärde der verbindenden Hand, als sie der zeitgenössischen Kunst ein technisches Eigenleben zubereiten wollte. Marées

¹⁾ Aus der Maréesliteratur sei hervorgehoben: zuerst Fiedlers vornehmer Aufsatz über Marées in den *Schriften über Kunst* (Leipzig 1896/); dann von Fiedlers hochwichtige Schrift, die ins Detail Maréescher Komposition und Technik einführt, *Aus der Werkstatt eines Künstlers* (Luxemburg 1908/); der sehr angenehme Vortrag Schubringa im *Elberfelder Museumsverein Hans von Marées* (Elberfeld 1904/); das Kapitel über Marées bei Meier-Graefes, der uns demnächst ein 3bändiges Maréeswerk schenken wird; das Kapitel über Marées in Gurlitts viel zu wenig gelesener, ganz vorzüglicher Arbeit *Die deutsche Kunst des 19. Jahrhunderts* (Berlin 1907/); die ältere Arbeit Wölfflins *Hans von Marées in Lützows Zeitschrift für bildende Kunst*, 1892. Für das Biographische seien genannt Meier-Graefes Geleitwort zum Katalog der Münchener Winterausstellung 1908-1909, das fast gleichlautend in die auch durch einen Beitrag Winklers über Marées und Schack und durch gute Reproduktionen bemerkenswerte *Kunst für Alle* vom 1. März 1909 überging. Das Maréesreproduktionswerk Fiedlers (*Bilder und Zeichnungen von Hans von Marées* (München 1899/)) erschien nicht im Buchhandel, wurde jedoch von Fiedler an Sammlungen und Bibliotheken geschenkt. Als Kuriosum mag hier der Maréesartikel in der *Allgemeinen deutschen Biographie*, 52. Band (Leipzig 1906/ erwähnt sein. Muther sagt über Marées nichts Wesentliches, doch Besseres als Rosenberg, dessen Urteil geradezu öd ist. Gutes sagt über Marées auch von Wasielewski in seiner Monographie über Arthur Volkmann (München 1908/). Maréesausstellungen fanden zu Lebzeiten des Künstlers bei Fritz Gurlitt in Berlin, nach Marées' Tode im Jahre 1891 (München), 1904 (Elberfeld), 1905 und 1909 (Berlin) und 1908-1909 (München) statt. Um die Pflege Maréescher Originale machte sich Tschudi verdient, der viele Originale in die *Nationalgalerie* brachte, und Bayerdorfer, der ehemalige Konservator der Schleissheimer Galerie, der Fiedler die Hauptmasse der Marées geschenkt hat.

begriff das nicht. Die Historie erschien ihm als moralische Belastung, die programmatische Pflege eines stofflichen Naturalismus als etwas künstlerisch Irrelevantes. Altmeisterliches Malen galt ihm unreeller Aneignung fremden Verdienstes gleich; impressionistische Skizzenkunst, die er beherrschte, war ihm Anfang, nicht geruhige Vollendung.

Mit den Nachweisen und Forderungen der landläufigen Kunstgeschichte kommt man hier nicht aus. Es ist Unsinn, wenn Adolf Rosenberg behauptet, Marées sei bewusster Nachahmer der Meister des Cinquecento. Unsinn, wenn der kundige Thebaner Hyacinth Holland, der sich bemüssigt fühlte Marées in bübischem Tone zu bewitzeln, erklärt, Marées habe sich damit befasst »Schopenhauersche Revelationen in artistische Praktik zu übersetzen«. Unsinn, wenn man, wie noch jüngst Max Osborn im *Morgen*, Marées eine romanteske Note anempfiehlt und von der »Sehnsucht nach fernen, heiligen, erträumten Schönheitswelten« redet. In Marées war kein Atom von Sentimentalität, kein Atom vom Träumer. Der Verdacht ist geradezu eine Beleidigung für ihn. »Sehen lernen ist alles.« Unsinn ist es, wenn man das pathologische Moment so sehr urgiert, als ob es das Wesentliche auch nur einigermaßen erkläre. Töricht, wenn man in einer ungefähren Vorstellung vom Wesen der Dekorationsmalerei annimmt Marées' Oeuvre aus dekorativen Absichten restlos zu verstehen. Dafür hat es viel zu viel konzentriertes Eigenbewusstsein. Und zu einem höchsten Begriff von dekorativer Malerei ist unsere Zeit sozial und ästhetisch nicht reif. Der grösste und darum beliebteste Unsinn aber ist es, wenn man *a papa male informato ad papam melius informandum* appelliert und grossmütig den älteren Marées zu gunsten des jüngeren verleugnet. Es ist auch deplaciert von Marées Leistungen zu fordern, die gar nicht in der grossen Fluchtlinie der Logik seines künstlerischen Wollens liegen. Holland vermisst natürlich »Lichteffekte und Stimmungen«. Sehnsüchtig denkt er mit einem Gefolge guter Kunstvereinsbürger an Andreas Achenbachs lebenswürdige Mondnächte. Mit peinlichen Gefühlen sucht er nach dem beliebten *Individuellen*, das auch von ihm gemessen werden könnte. Marées' Figuren sind ihm »alltäglich leere, nichtssagende, träge Gestalten«. Die Gesichter, obwohl archaisch, können nicht einmal »äginetisch« lächeln. Und unser Bötter kommt zu dem Schluss, dass man den Werken der Reife den Kollektivtitel geben müsse: *Die Langeweile des goldenen Zeitalters oder das lederne Elysium*, und dass man in Marées eine »jener eigentümlich gewickelten Naturen« zu erblicken habe, die »ihr Talent mit höchstem Fleiss und rein verlorener Mühe ahnungsvoll und traumverloren auf ideale Verbesserungen und weitschüssige Unternehmungen zersplittern, die ausser ihrer Erreichbarkeit und Sphäre liegen«. Was bewundern wir mehr? Die Tiefe dieses kritischen Geistes? Die Noblesse dieser Empfindung? Den Adel dieser deutschen Prosa? Sehr flach urteilen endlich jene, die das Werk der Reife männlich als einen Verlust am Konto des nationalen Geistes buchen und die romanistische Entgleisung sehr bedauern. Aber Marées war kein *Italianisant* wie die Vlāmen des 16. und 17. Jahrhunderts oder wie die deutschen Romfahrer vom Ausgang des 18. und vom Anfang des 19. Oder jene, die sich über die von allen Rezensenten so sehr missbilligten Farbkissen immer aufs neue alterieren und den kritischen Zeiger auf diesen Hauptfehler festnageln, damit sie das Beste nicht merken. Ihnen sagt Schubring mit Recht: »Hätte er sich auf Fertigkeiten geworfen, so wäre die Hauptabsicht weniger deutlich.« Nein, so kommen wir mit dem

hohen Maréesproblem nicht weiter. Wir müssen uns schon die Unbequemlichkeit zumuten uns sehr sorgfältig einzustellen. Schliesslich will Kunstgenuss nicht wie ein beliebiger Hauskomfort das Leben *verschönern*.

Marées war bildender Künstler im allerelementarsten Wortsinn. Er wollte die Fülle dessen, was da ist, auf das Wesentliche der Erscheinung zurückführen und das Notwendige bildend nachschaffen. Aber ohne Mittlerschaft. Er stand der Aufgabe mit protestantischer Immedietät gegenüber: wir zwei, ich und du. Er glaubte nicht an die Fürsprache der Heiligen und an die stellvertretenden Verdienste der Bewährten. Er wollte sich selber schaffen. Nicht, dass er die Grossen der Vergangenheit verachtete. Niemand verehrte sie so ernst. Er respektierte sie so sehr, dass er sich schämte sie zu benutzen. Die Dynamik ihres Künstlerdaseins, die wollte er lernen: ihre grosse Freiheit gegenüber Ding und Mensch. Er fragte nach Ursachen, nicht nach Wirkungen. Das war eine bis in die Knochen revolutionäre Persönlichkeit. Sie sagen, er sei politisch konservativ gewesen. Mag sein: äusserlich. Aber er hatte drunten den aristokratischen Instinkt, der auch die Seele des gesunden Volkslebens ist.



MARÉES' Name (de Marées, Maresius) trägt eine breite Ahnengeschichte. Die Familie ist alt. Die de Marées fanden sich im 16. Jahrhundert in den spanischen Niederlanden. Die calvinistische Familie entfloh vor Albas Nachstellungen ins Ausland. Ein Teil geriet an den deutschen Niederrhein, einer nach Stockholm. Anfang des 18. Jahrhunderts kam auch der schwedische Zweig nach Deutschland. Der Stockholmer Theologe Abraham de Marées war in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts Prediger in Dessau. Seine Nachkommen folgten ihm im Amt. Teilweise Herren von behaglichster Sinnlichkeit: Simon Eberhard Ludwig de Marées hatte von 2 Gattinnen 23 Kinder. Am Ende dieser Ahnenreihe steht der dünnblütige, feinnervige Spross Hans von Marées, dem das Geschlechtliche zeitweilig ferngeblieben zu sein scheint. Georg de Marées war kurbayerischer Hofmaler im 18. Jahrhundert. Heinrich Ludwig de Marées, ein Pädagoge, dichtete um die Wende des nämlichen Jahrhunderts Oratorientexte. Der Vater unseres Malers verliess Dessau und bekleidete hohe Justizämter in Elberfeld und Koblenz. Er heiratete eine Jüdin von hoher Bildung. Marées hat die Eltern sein Leben lang verehrt. Französisches, schwedisches, deutsches und jüdisches Blut: eine Rassenmischung, eine Zufallsauslese eigenster Art. Sie erklärt viel: jene menschliche Tiefe, die extreme Sensibilität des Nervenlebens, die Zartheit der Empfindung, die rationalistische Helle des Bewusstseins, die Meier-Graefe Marées' *galische Klarheit* nennt, und, wenn man das Alter der Familie in betracht zieht und die metaphysisch-intellektualistischen und ästhetischen Überlieferungen nicht vergisst, die feine sexuelle Anästhesie des Künstlers.

Marées kam am Weihnachtsabend 1837 zu Elberfeld zur Welt. Im Fünfjährigen regte sich die Kraft künstlerischer Anschauung. Der Bestimmtheit des Willens dankte Marées die väterliche Erlaubnis zur Malerei. 1853 kam er zu Steffek — der übrigens auch Liebermanns Lehrer gewesen ist — nach Berlin. Man kennt das Bild, das darstellt, wie General Reille dem König Wilhelm Napoléons Brief bringt. Es ist ein Steffek. Er malte mehr derlei brandenburgische Historien und exzellierte in Pferden. Er hatte bei Delacroche und Vernet gelernt. Mit dem rechten Instinkt, dass diese

Berliner Sachen eher Allotria als Kunst seien, verlegte sich der frühreife, überlegene Marées auf Bêtisen. Die technischen Griffe, die er bei Steffek lernen konnte, hatte er bald weg. Übrigens hat Marées von seinem Lehrer dankbar gesprochen.

Nach dem Militärjahr ging er nach München. Dort blieb er von 1856 bis 1864. Piloty beherrschte die Mode. Das war immerhin eine Wendung zur Farbe. Stiller schuf die Gruppe um Lier, der von Dupré kam und Barbizoner Anregungen in München sehr glücklich verwertete. Der Einfluss dieser Landschaftler trieb Marées ins Freie. Er malte sehr gute Freiluftstudien. Ein feines Beispiel hat man an dem Mann, der einen Schimmel führt, einer sonnigen Pleinairskizze von 1860 mit braunen Flischteilen und blauen, festen Schatten. Aber Marées litt Not. Der Vater hatte schwere Vermögensverluste erlebt. Historien nach Berliner Art, doch farbiger, dienten dem Gelderwerb. Ein *Tod Schills*, eine *Flucht Platens* kamen dem Publikum entgegen. Unter diesen Militärhistorien ist jedenfalls eine von hervorragender malerischer Auffassung: eine Biwaks-kizze von 1862. Von grosser Bedeutung war das Studium der alten Meister. Charakteristisch, dass Marées sich an Rembrandt hielt. Rembrandtstudien verdanken wir das herrliche Porträt von 1862, das den Kopf des Vaters mit dem blühenden, rosigen Fleisch vor einen dunkelglänzenden Fond stellt und mit dem majestuoson Vortrag dem Rembrandtschüler alle Ehre macht. Einflüsse niederländischer Koloristen vereinigen sich mit Diaz in dem *Bad der Diana* und der *Schwemme*. Die Bilder stammen aus den Jahren 1863 und 1864. Walddämmerungen, in denen volle Farben aufleuchten: das strahlende Weiss eines Pferdes, das Blau und Rot der Gewänder, der blonde Leib einer Göttin. Aber gleich weit ist Marées von der etwas spizen Gourmandise der niederländischen Koloristen entfernt wie von dem Illustrativ-Porzellanmalermässigen, das sich im Werk des Diaz doch nicht verleugnet. Marées schrieb bald eine freie, grosse Hand, die hohe Möglichkeiten ahnen liess. Die Freunde bewundern ihn. Wenn sie nicht wissen wie, dann kommt der *Feldscher*, nimmt den Pinsel und renkt den Bruch spielend ein.

Dann kam Italien. Lenbach empfahl den Freund, den er von den Geldsorgen befreien wollte, dem Baron Schack. Der gab Kopieraufträge, ein Stipendium — und den beiden den diskreten Auftrag sich wechselseitig zu kontrollieren. Natürlich kam das der Unbefangenheit des Verkehrs zwischen den Malern nicht zu statten. Indes, ein tiefstes Verhältnis zwischen beiden war ohnedies ausgeschlossen. Lenbach reklamierte eine Art von Lehrverhältnis. Davon kann ernstlich nicht die Rede sein. Das köstliche Doppelporträt von 1863 gibt einen sehr zart pointierten Aufschluss. Dies Lächeln auf Marées' Lippen hat einen sorgfältig ausgewogenen Feingehalt verbindlich malitiösen Selbstbewusstseins, mit dem etwa der Edelmann den nicht ganz mondainen Hofmeister erträgt. Meier-Graefe macht sich dies Lächeln zu eigen und meint, das Lehrverhältnis wäre geeignet gewesen Lenbach eine gewisse Berühmtheit zu sichern.

Unter Marées Kopieen in der Schackschen Sammlung ragt der Philipp IV. des Velasquez hervor. Sie atmet den Geist der Selbständigkeit. Marées hat sich dem Vorbild nie sklavisch unterworfen sondern sich selber immer vor die Existenz des Originals zurückversetzt. Das Kopieren scheint ihm so wenig wie das Malen überhaupt eine Sache des Handwerks. Er will es auf das »Glück« ankommen lassen, wenn er einen »Versuch« macht auch nur Salvator Rosa zu

kopieren. Er will auf »haarscharfe, penible Nachahmung« verzichten und sich immer zu einer »freien Reproduktion« erheben. Das ist nicht der Ton des historischen Sammlers, nicht der Ton des ästhetischen Archivarius. Marées wird deutlich, und Schack bedenklich: »Ich sehe wohl ein, Herr Baron, dass ich Sie durch eine Anzahl regelrechter Kopieen für den Augenblick mehr befriedigen würde; aber wo wird mich das zuletzt hinführen? Ich werde nur immer mehr aus mir selbst herausgerissen. . . . Im andern Falle jedoch, dass Sie mir nämlich . . . freie Hand lassen, werde ich in viel kürzerer Zeit dazu kommen wieder etwas Eigenes zu machen. . . . Gegen meine Überzeugung kann ich nicht handeln; wer das tut, muss sich schliesslich in Unwahrheiten verstricken, und da wäre es besser gar nicht zu existieren . . . «

Diese Sprache war dem Amateur an der Briennerstrasse sehr problematisch. Sie war eine Auflehnung gegen die von Gott gesetzten ästhetischen Obrigkeiten, zu denen der vom Mäcenatenbewusstsein der bayrischen Ludwige geschwellte Geist sich selber zählte. Schacks Notizen über Marées sind von einer bezaubernden Einfachheit des Tons. 1868 sandte Marées eine eigene Komposition an den Gönner, von der die Kunsthistoriker sagen, sie erinnere an Giorgione. Es war die *Römische Landschaft* der Schleissheimer Galerie. Marées bat den Baron den guten Willen zu sehen, aber das Bild nicht aufzuhängen. Der tat mehr. Er entzog dem Künstler die bescheidene Subvention. Uns interessiert das Bild als Station auf dem Weg, der sich dem Künstler in Italien auftrat. In offener, dämmeriger Landschaft Jünglinge, Mädchen und Kinder in romantischer Tracht: still, sinnend, von einer sanften, fast vegetativen Beschaulichkeit, nur nach bildnerischen Rücksichten im Raum verteilt, ohne starken thematischen Zusammenhang. Das Ganze ein wenig linkisch und spröde. Aber der spätere Marées kündigt sich an. Eine tiefe Beschämung hatte sich des Malers bemächtigt. Man kann sich denken, dass der Maler der *Römischen Landschaft* vor den grossen Italienern über seine Vergangenheit errötete. Das virtuose Gebaren der früheren Zeit schien ihm verächtlich. Italien — als Landschaft, als Leben, als kunstgeschichtlicher Boden — hatte ihn überwältigt und zu einer Selbstbesinnung getrieben, für die die Evangelisten das hohe Wort *μετανοία* nicht zu hoch geschätzt hätten. Wir müssen uns erinnern, dass Feuerbach, der andere, als er zum ersten Mal die Uffizien betrat, die heftigsten Tränen vergoss. Marées' Temperament hatte festere Zügel. Aber sein Erlebnis mag nicht schwächer gewesen sein, als er Florenz und Rom erkannte. »In Rom angekommen, war ich von allem, was ich sah, schier erdrückt, so sehr, dass ich fast an meinem Beruf zur Malerei verzweifelte.« Und wenn Feuerbach seit jenem Moment die Franzosen seiner Zeit, denen er so viel verdankte, als *Spachtelmalers* erschienen, so nannte Marées die Maler der Zeit Repräsentanten eines »impotenten Epigonentums«, eines »unüberlegten Virtuositentums«; die verachtete er nun so sehr, dass er die blosser Erinnerung als »absolut verlorene Zeit« beklagte. Das Programm, die Richtung ist grossartig. Marées wollte alles vergessen und alles von Grund auf neu lernen, und dies in einer Art, die weit über das künstlerische Vermögen der Hand hinauswies. Freilich konnte eine gewaltsame Steigerung nicht helfen. Das Selbstvertrauen des Ringenden sank tief. Der Rückzug des Barons schien ein neues peinliches Argument. Die Lage komplizierte sich durch die äusserste materielle Not. Damals begannen die Nerven sich zu zermürben. Die Katastrophe war vollkommen. Da halfen Hildebrand und Fiedler. Sie wussten, dass Grosses in ihm war. Sie

richteten ihn moralisch auf. Fiedler, der Sohn eines wohlhabenden sächsischen Industriellen und Gutsbesitzers, chargierte sich mit dem Rest, ohne ein Recht zu ästhetischer Bevormundung abzuleiten, ganz Delikatesse, die nicht nur den chevaleresken Menschen sondern auch den gewählteren Kunstfreund offenbart. Er, der den schönen Weg von der Jurisprudenz zur Kunst gemacht hatte, nahm Marées nach Spanien und Frankreich. In Paris fand sich Marées durch das Edelste angezogen, was in dieser Stadt verborgen ist: Michelangelos *Gefesselte Sklaven*. Nie ist so viel Gewalt mit so viel Bildung verbunden worden. In Spanien mag Marées dem Velasquez aufs neue nahe getreten sein. Das Bildnis der Frau Schäuffelen lässt uns nach dieser Richtung denken. Der Erfolg der Reise war so glücklich wie möglich. In den nächsten Jahren wurde mit hinreissender Produktivität geschafft. 1869 und 1870 entstand die *Abendliche Waldszene*. Ein nackter Mann mit braunem Fleisch sitzt am Tisch einer blonden Frau gegenüber, die ihre Linke zärtlich auf seine Schulter legt und ihm ins Gesicht sieht. In den Mittelplan ragt das breite Profil eines Pferdes, das von einem nackten Knaben und einem kostbar gekleideten Jüngling geführt wird. In den Hintergrund teilen sich ein gedämpfter Himmel und einige schwere Baum-silhouetten. Das ganze Bild liegt in feiner, beruhigender Dämmerung. Da webt ein Zug von Genesung und Sammlung. Man räumt dem wundervollen Bild gern eine ausserordentliche menschliche Bedeutung ein, auch wenn man Marées gegen den Vorwurf des Lyrismus verteidigt. Es ist, als ob sich der Meister ansichle sein Schicksal zu vollenden, das ihm bereitet liegt. Um dieses Bild gruppiert sich eine Fülle herrlicher Farbenskizzen und Bildnisse. *Philippus mit dem Kämmerer* ist ein Juwel Maréescher Koloristik. Ein Geschmeide in des Wortes reinsten Bedeutung. Die *Römische Vigna* ist ein blauer Traum, in den ein scharfes Zinnoberrot zugleich erschreckend und befreiend hineinfährt. Wenig später entsteht das unsagbar vornehme Bildnis des Bruders und das Doppelporträt, das Hildebrand und Grant in jener an metaphysische Notwendigkeit gemahnenden echt Maréeschen Kompositionsart zusammenbringt. Begrifflich ist es gar nicht zu sagen, wo der Zauber sitzt. Keinerlei sachliche Beziehung zwischen den Dargestellten. Es ist der bildnerische Preis der Tatsache, dass zwei Menschen beisammen sind. In jene Zeit gehört auch eine ganze Reihe von Selbstbildnissen. Dies Heft bringt das Bild des schlanken, fast sagt man: steilen Aristokraten, das *mutandis mutatis* von Leibl sein könnte, wenn es nämlich, technisch gesprochen, weniger trocken wäre, mehr Saft, mehr sinnliche Feuchte hätte. Und vieles andere entstand in jenen Jahren. Da erhält Marées den ersten und letzten Auftrag seines Lebens eine dekorative Arbeit zu leisten. Er geht wieder nach Italien und malt den oberen Stock der zoologischen Station in Neapel — eines deutschen Instituts — mit Fresken aus. Dies Werk zeigt Marées im vollen Besitz seiner grossen technischen Sicherheit, die nur kindischer Unverstand ihm absprechen kann. In wenigen heissen Monaten wird die Arbeit vollbracht. Marées spricht von einer Improvisation und bedauert den Auftrag so früh bekommen zu haben.

Wenn man bereit ist ihm auf die Höhe seiner künstlerischen Logik zu folgen, dann wird man ihm mit blutendem Herzen Recht geben. Diese Ruderer, diese Netzträger: grösste Monumente der einfachsten, grundlegenden Form menschlicher Arbeit, denen wir uns frei hingeben. Sicher, wir preisen uns glücklich, dass wir diese Werke dauernd besitzen, wie sie der schöpferische Augenblick

zeugte. Sie gehören in die Nähe der *Medea* Feuerbachs, zu den ganz grossen Werten, deren Tafel uns das Gesetz ist. Und doch kann der Gedanke nicht rasten, dass das Absolute hier noch nicht erreicht wurde.



A, das Absolute. Denn nun begann Marées sich zu jener unbedingten Höhe zu erheben, als deren klingendes Symbol der Name umläuft. Zu jener Grösse, in der das künstlerische Sehen und Wollen vieler Jahrhunderte wieder einmal bedeutende Gestalt gewann. Die Kunst wird wieder die letzte, schlichte Formel des menschlichen Daseins. In ihr wird der objektive Geist entbunden. Die äusserste aller Tatsachen wird begriffen, gefasst, angeschaut: die so brutale und so erhabene Tatsache des einfachen Daseins. Kränken wir uns, dass der künstlerische Ausdruck Ecken hat, wenn die gewandtere und bequemere Philosophie, als sie Letztes bezeichnen wollte, in ästhetischer Ohnmacht und doch festen Tones vom *Schlechthinigen* oder von dem *wesentlich Seienden* reden musste? Wie banausisch ist man doch, wenn man einem dem Höchsten zugewandten Geist zuruft, er solle seine gute Erziehung und namentlich seinen guten Geschmack nicht vergessen!

Nun malte Marées jene Bilder, die wir immer zuerst mit seinem Namen assoziieren werden, und die jetzt im Begriff stehn in das Bewusstsein der künstlerisch Interessierten als etwas ganz Grosses hineinzutreten. Er arbeitete stetig. Als er sich dem ersehnten Ziel, der vollendeten Kunstsprache, nahe glaubte, verschied er in Rom an einer empörend äusserlichen Krankheit: an den Folgen eines lässig behandelten Karbunkelgeschwürs. Es war der 5. Juni 1887.

Voll Sehnsucht die Kunst alles Unwesentlichen zu entkleiden, wandte sich Marées in seiner letzten Epoche typischen Stoffen zu. Als die hellenischen Tragiker ihr Grösstes geben wollten, nahmen sie die Stoffe, die dem Volksbewusstsein am nächsten lagen. Sie griffen in den Schatz der Mythologie und galten deswegen noch keineswegs als langweilig. Ihr Werk verlor so das Inkommensurable, das die Dichtung leicht an sich hat. Man hatte einen sehr feinen Instinkt, als man Euripides ablehnte. Und wir wissen, weshalb der *Faust* uns so sehr am Herzen liegt. Wenn man preziös sein wollte, könnte man sagen, die Trivialität des Stoffes sei ein fundamentales ästhetisches Erfordernis. Solange wir nicht lernen ein paar Äpfel von Schuch höher zu schätzen als eine pathetische Aktion Stucks, haben wir nicht die erste Sprosse der Leiter erstiegen, die zum Wesen der Malerei führt. Und die Aufgaben der Plastik sind verkannt, wenn wir meinen, Adam und Eva seien nun allmählich erledigt.

Als Marées zu dieser Reife des künstlerischen Bewusstseins kam, malte er den Georg, den Hubert, den Martin. Wer bewundert nicht die unmessbare Feinheit der farbigen Wirkung im grossen Martinsbild, dieses unheimliche Weinrot am schwarzblauen Winterhimmel, das fahle Weiss des Schnees, das Schwarz der Krähen und den rembrandtesken Glanz der Metallteile? Die unausgesprochene, zeitlose Demut in der Haltung des Bettlers, den Puvis' armer Fischer im *Luxembourg* nicht erreicht? Die schlichte Macht der Gebärde des Drachentöters und die Durchsichtigkeit der blassgrünen Frühlingsmondnacht, deren göttliche Geheimnisse den rauhen Jäger überwand, damit er zum Patron frommer Schützen werde? Und doch ist das alles noch nicht die Sache selbst, sondern bloss Wirkung. Marées sagte einmal: »Da, wo die Natur am nachdrücklichsten wirkt, tritt sie bei näherer Untersuchung äusserst bescheiden auf.« Und er zitiert den Hamlet: »Die Natur ist immer be-

scheiden. Ein Wort, das viel gegen die Gegenwart und ihren Lärm beweist. Übrigens hätten van Gogh, Cézanne und Gauguin es unterschrieben.

Marées fühlte es wie eine sittliche Pflicht noch einfacher zu werden. Im Ausdruck wie im Stoff. Ein Rest von Illuminieren musste noch verschwinden. Die Bewegungen konnten noch anspruchsloser, die Räume noch grösser werden. Und er malte die Hesperidenbilder. Dass er es tat, war nicht ein Quodlibet psychologischer Entwicklung sondern Leistung, rechnende Arbeit, Tat. Selten hat sich einer dermassen über sich erhoben. Selten hatte einer diese Kultur. So persönlich die Leistung aber erscheint, sie hatte geschichtliche Wurzeln. Marées verkehrte mit der Antike und der Renaissance. Er war freilich nicht von jenen Humanisten, die hyperboreischen Barbarismus mit akklimatisierten Fragmenten des Südens schmücken wie der famose Propyläenkönig, in dem die ruchlose Griechenromantik entsetzlich schöne Pläne reifte. Marées hat die Antike und die Renaissance nie ausgebeutet, um eigene Armut an Erfindung zu decken. Er war unfähig detaillistenmässig für das venezianische Blond oder für die primitive Grazie der Botticelli und Gozzoli zu schwärmen. Wie jammerbar erscheint da doch der kulturhistorische Diebstahl der Prärafaeliten! Marées sah das, was alle grossen Zeiten macht, in der Politik wie in der Kunst: die Freiheit der Persönlichkeit gegenüber dem Ding. In diesem allgemeinsten Sinn war Marées Humanist, Anhänger der Antike, Klassiker. Diese Relation ist so innerlich wie allgemein. Der feine Gurlitt gibt dem Kapitel, das er mit Marées eröffnet, mit Recht den stolzen Titel *Die Kunst aus Eigenem*. Unser Humanismus ist gut, wenn er so ist; dann ist er sogar das kostbarste Erziehungselement, das die Menschheit besitzt. Was haben die Pädagogen angerichtet!

Dies Verhältnis geradliniger Unmittelbarkeit zu den Dingen war bei Marées ein spezifisch künstlerisches Verhältnis. Das ist wichtig genug, um eigens gesagt zu werden. Marées lehrt das Selbstverständliche ehren. Als Mensch war er von antiker Integrität und Einfachheit des Wesens. Nicht minder als Künstler. Beides war ihm eins. Und was tut der Künstler? Nicht analysierend und vernichtend steht er der Welt gegenüber sondern zusammenhaltend, zusammenschaffend, ein gewaltiger Anschauer. Das ist ein Kulturprogramm, das über die einzelne künstlerische Tat hinausführt. Es enthält die Erlösung vom Intellektualismus der Zeit, von der Monotonie der wissenschaftlichen Abwicklung des Daseins, deren Symbol die langweiligen Parzen sind. Aber nicht von blödem Ästhetisieren ist hier die Rede, nicht vom üblen Feinschmeckertum gewisser Formalisten. Kunst ward in Marées zur Arbeit κατ' ἐξοχήν. Ist der, der es gelernt hat die Dinge zu nehmen wie sie sind, nicht der wahre Sohn unserer Zeit? Marées Kunst hat nichts mit dem Transzendenten zu tun. Ich sehe die Kommentatoren kommen, die uns beweisen werden, dass der Leser der *Paralipomena* notwendig dazu kommen musste ästhetische Symbole des Nirwana zu erfinden. Die *Hesperiden*, die *Lebensalter*, die Tafeln des *Goldenen Zeitalters* und wie die Bilder heissen mögen, auf denen menschliche Figuren sich einfach der Tatsache des blossen Daseins hingeben, sind aber keine metaphysischen Bilder. Sie wollen Nachschaffungen des Wirklichen sein und sich auf diese Arbeit begrenzen. Die blosser Konstatierung des Daseins ist eine Aufgabe, die länger ist als der Atem unseres Lebens. Goethe oder Flaubert, Cézanne oder Marées — wen man eben will — würde es bezeugen.



OKRATES meint, der Anfang der Philosophie sei das *θαυμάζειν*. Dieser Erkenntnis voll wendet sich Marées dem Studium der nächsten Tatsachen zu. Die gewöhnlichsten Funktionen des physischen Daseins werden hochproblematisch. Banale statische Tatsachen wie Liegen, Stehen und Sitzen werden ein Quell von tausend bildnerischen Entzückungen. Das alles ist noch so verwirrend reich, dass man es auf einfachste Formeln bringen muss. Und Pidoll erzählt, wie Marées den Kopf immer die *Kugel*, Beine und Hals immer *Säulen*, die Brustwölbung aber den *Korb* nannte, der an der Wirbelsäule aufgehängt sei. Ist so der Leib des detaillierten Modelés entledigt, dann haben wir die grossen Grundformen, die man den Stilkomplex unseres sinnlichen Daseins nennen muss. Und weiter gilt es in diesem Zusammenhang zu sehen, wie sich die geschlossene Form des Körpers mit dem Raum auseinandersetzt, der über das Volumen der menschlichen Gestalt hinausträgt. Auch da ist Gesetz, ist Typik, ist ein beruhigendes Prinzip der Wiederkehr und Ordnung, eine wohlthätige Eurhythmie, die das Leere organisiert, indem sie es füllt, indem sie die grossen Gleichgewichte findet, die uns das wohlthuende Bild einer sicheren Balance geben. So nur retten wir uns vor dem hastigen Verlorensein an das Einzelne, Unbekannte und Momentane, so nur gelangen wir von dem immanenten Widerspruch jenes ästhetischen Sensualismus, den man Impressionismus heisst, zum Gefühl eines festen Stands.

Die vertikale und die horizontale Linie, die Breite, die Höhe und zumal die Tiefe werden bewusst als die grossen Formen genossen, in denen sich die Macht des Räumlichen offenbart. Das volle Bewusstsein des Räumlichen wird zur letzten Aufgabe künstlerischer Selbstverständigung über die Dinge. Alles muss diesen Relationen dienen. Das Licht muss formenbildend und raumklärend wirken. Marées kennt — gross in seiner Beharrlichkeit, auch wenn er irrt — nicht das formenauflösende Licht, von dem schon Rembrandt wusste, als er die *Geburt Christi* malte. Auch die Farbe hat ihm nur Bedeutung als Unterscheidung plastischer Massen. Sie büsst ihr Übergewicht, ja ihre Parität ein. Alles ist Raum. Alles ist hohe kosmische Mathematik. Und sie beginnt zu tönen. Sie wird kontrapunktische Musik. Darf ein Malerleben an diesen Problemen verbluten? Wahrlich ja. Wie leicht wird es jetzt von technischen Fehlern abzusehen! Wie frei wird der Geist! Überall ist doch das Zeichen des magistralen Schaffens eingeprägt. Wir sehen nicht Geschöpf sondern Schöpfer und Schöpfung. Wir sehen den Maler, wie er den Griffel, den Pinsel am äussersten Ende fasst und, von der spiegelglatten, weissgeigipsten Holztafel Distance hält. Er übersieht die Ebene. Die Vorstellung quillt. Die Studien nach der Natur liegen am Boden. Er steht darauf. Kein Modell hindert jetzt das souveräne Spiel der Einbildungskraft. Und die Fläche wird dreidimensional beim dritten Strich mit der Kohle. Nun sagt jeder neue Strich ein neues Wort. Da ist kein Abdämmern: alles ja, ja; nein, nein; was darüber oder darunter wäre, wäre vom Übel. So zeichnet er, so malt er auch. Er weiss die Wirkung der Lasuren. Jeder Strich mit Deckweiss macht Licht und Form. Er hat die Skala der Valeurs genau im Kopf: »Im Helldunkel ist Gelb höchstes Licht und Grün allemal Dunkel. . . . Jede satte Farbe hat schattigen Charakter. Also ist das offene Licht der Natur immer Helldunkel. . . . Sonne kann man nicht malen, wenn man es auf klare Formendarstellung ab-

gesehen hat. Denn wenn man Sonne malen will, gehen alle Mittel der Palette auf den Sonneneffekt, der die Form zerreisst. Sonnig wirkt dagegen jedes gut dargestellte Helldunkel. . . .« So hatte Marées sich einen ganzen Kodex innerer Farbenvorstellungen zurechtgelegt, durch unablässige Beobachtung, denn Farbenskizzen hat er in der Reife nicht gefertigt, so eifrig er im Aktzeichnen war. Es ist klar, dass in der doktrinären Ablehnung der Farbenskizze das Moment gegeben ist, das Marées' Einseitigkeit und Irrtümer begründet. Dass ihm seine Begabung diese Begrenzung auferlegte, ist nicht wahr. Sie erklärt sich nur aus einem skulpturalen Gesicht.

Und während Marées zeichnet, austuscht und malt, gebraucht er leidenschaftlich und dennoch mit der bewussten Verstandessicherheit, fast lateinisch in der Durchsichtigkeit seines Denkens, seine glänzende Beredsamkeit. Die Schüler lauschen und sehen, und sie wissen, was die Kunst will. Das rein emotionelle Verhältnis zur Welt genügt nicht: und wenn man der gemütlichen Erregung bedarf, um zu schaffen, so soll doch niemals die Herrschaft des Verstandes über die blosser Empfindung verloren gehn. Was in Marées an Gefühls-
potenzen wirksam ist, wird sachlich der Macht des rechnenden Gestaltungs-
vermögens zugeleitet. Aber der Meister, der so sehr die Gewalt über sich und die Dinge fordert, dass er sogar das leiseste Überwuchern des Emotionellen verurteilt und den Vorteil verschmäht, den das Korn der Leinwand dem malerischen Ausdruck gewähren kann, steigert sein Souveränitätsbedürfnis ins Ungemessene. Das pathologische Moment wird wirksam. Beharrung wird Zelotismus; das Alleinsein verhängnisvolles Anachoretentum. Die kritischen Worte der Unbefangenen werden nicht gehört. Das herrliche Ansteigen wird nervöser Übereifer und die Ruhe zur Maske der Ermüdung. Die herrlichen Wirkungen der Tempera gehn durch die Übermalung mit der fettschweren Ölfirnisfarbe zu grunde. Reliefmässige Häufung des Malmaterials stört die Reinheit der Zeichnung, die uns in einigen Kartons so hell entgegenleuchtet. Marées leidet. Aus der tiefsten Verzweigung wirft ihn die Suggestion der grossen Augenblicke zur Höhe kühner Illusion. Er glaubt das Ziel zu erzwingen. Vielleicht war diese krankhafte Steigerung temporär. Wer weiss es? Er hatte sich moralisch nicht aufgegeben, als er starb. Oder wäre ihm nur der freiwillige Tod erspart worden, den sein in gleichen Ringen verzehrter Schüler Pidoll wählte? Und alle diese Gewalttätigkeit war nur der Ausfluss der erhebendsten Bescheidenheit. Nicht jener Bescheidenheit, die Puvis de Chavannes bewog mit seiner Kraft jenen so weisen wie sympathischen Kompromiss zu schliessen, als dessen Ergebnis die schönen — technisch immerhin einer Fälschung gleichzusetzenden — *Panthéon*fresken uns erquicken. Auch nicht jener Bescheidenheit, die Böcklin einem nicht immer unverdächtigen Kultus des Phänomenalen zutrieb. Sondern jener Bescheidenheit, die nichts Geringeres will als das Einfachste restlos und endgültig aussprechen.

Gurlitt sagt über Marées das feine Wort: »Neben ihm bildeten sich nicht Schüler sondern Menschen.« So sehr zum Beispiel Arthur Volkmann im einzelnen von Marées abhängen mag, trifft dieser Satz doch zu. Dieser Aufsatz sollte zeigen wieso. Wir müssen Marées so gegenüberstehen, wie er seinen Vorbildern: persönlich.

Ich sehe, während ich dies schreibe, von meinem Fenster über die Felder hinweg, auf denen dunkle Wolkenschatten lagern, auf das Schloss von Schleiss-

heim. Blendend weiss: ein Stern des Tages im Licht der Märzsonne. Ein Gefühl der Weite und Einsamkeit dehnt sich leise und dankbar dem Gedächtnis des Mannes entgegen, der uns ein Lehrer zur Wahrheit, zur Arbeit und zur Persönlichkeit gewesen ist.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Generalkommission der Gewerkschaften Im *Korrespondenzblatt* veröffentlichte die *Generalkommission* den Bericht über ihre Tätigkeit für das Jahr 1908. Zunächst wird darin der Entwurf des *Arbeitskammergesetzes* behandelt, weil dieser für die Gewerkschaften von Bedeutung ist. Die Forderungen, die der *Kölner Gewerkschaftskongress /1905/* stellte, sind von den Gewerkschaftsvertretern, die der sozialdemokratischen Fraktion angehören, im Reichstag vertreten worden. Die Reichstagskommission, der auch 3 sozialdemokratische Abgeordnete angehören, die an leitender Stellung der Gewerkschaftsbewegung stehen, hat zurzeit die 2. Beratung erledigt und wird demnächst dem Reichstags Bericht erstatten.

Eine andere für die Gewerkschaften wesentliche Frage, die den Reichstag in der gegenwärtigen Session beschäftigt, ist die *Regelung der Heimarbeit*. Die *Generalkommission* hat dem Reichstag eine umfangreiche Denkschrift über die Heimarbeit in Berlin zugestellt (siehe weiter unten, pag. 663), die eine Antwort auf die Denkschrift der Berliner Handelskammer vom Jahre 1906 darstellt.

Erwähnt wird in dem Bericht ferner die Beteiligung der *Generalkommission* an der Friedensdemonstration am 20. September 1908 sowie an der Organisation zur Erziehung der Jugend, der Organisation der Hausangestellten und der Gründung eines Landarbeiterverbandes. Weiter wird über die Agitation, über Unterrichtskurse, Statistik, Arbeiterinnensekretariate sowie über das *Korrespondenzblatt* und über das italienische und das polnische Gewerkschaftsblatt berichtet.

Der Kassenbericht weist trotz der Krise in der Einnahme ein Mehr von 27 957,36 M. gegenüber dem Vorjahr auf. Davon entfallen 23 404,82 M. auf die von den Verbänden geleisteten Beiträge. Die Aus-

gabe ist gegen 1907 um 14 202,21 M. gestiegen; das Vermögen beträgt 433 405,46 M.

Am 22. und 23. März fand die diesjährige Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände im Berliner Gewerkschaftshaus statt. Eine Reihe von Anträgen und Fragen, die der Konferenz sowohl vom Hamburger Gewerkschaftskongress als auch von der vorigen Vorstandskonferenz zur Erledigung überwiesen war, stand auf der Tagesordnung. Eine längere Debatte führte die Streitfrage herbei, ob die Gewerkschaftskartelle befugt seien für den Bau und die Unterhaltung von Gewerkschaftshäusern eine Erhöhung der regelmässigen Kartellbeiträge eintreten zu lassen oder Extrabeiträge obligatorisch zu erheben. Ein Beschluss wurde in dieser Sache nicht gefasst; vielmehr wurde die *Generalkommission* beauftragt der nächsten Vorstandskonferenz eine genaue Aufstellung über die Rentabilität der Gewerkschaftshäuser an den einzelnen Orten und über die Höhe der Beiträge der Gewerkschaften zu solchen vorzulegen.

Als eine Neuerung respektive Erweiterung der Aufgaben der *Generalkommission* ist noch zu erwähnen, dass diese nach einem Beschluss der Konferenz eine besondere Abteilung zur Sammlung von Materialien über Arbeiterschutz einrichten wird. Die *Generalkommission* ist ermächtigt schon jetzt die nötigen Einrichtungen zu treffen, die nötige Anzahl der Beamten anzustellen und der nächsten Vorstandskonferenz einen Arbeitsplan für diese Abteilung vorzulegen.

Am 28. März tagte eine Konferenz der Lederarbeiter und der Handschuhmacher, auf der die Vereinigung dieser beiden Verbände zum 1. Juli beschlossen wurde. Die Handschuhmacher treten an diesem Tage unter

Anerkennung ihrer erworbenen Rechte zum Lederarbeiterverband über. In den grösseren Verwaltungstellen können die internen Berufsangelegenheiten in besonderen Branchenversammlungen beraten werden. Die beiden Beamten des Handschuhmacherverbandes werden übernommen; der bisherige Vorsitzende Eitlinger als Sekretär, während der Redakteur und Kassierer Gilek die Redaktion der *Lederarbeiterzeitung* übernimmt. Infolge der starken Arbeitslosigkeit im Jahre 1908 erforderte die Arbeitslosenunterstützung der Handschuhmacher allein eine Ausgabe von 100 162,56 M. Dazu kamen noch 2593,30 M. Reiseunterstützung, 7645,80 M. verschiedene Unterstützungen an weibliche Mitglieder und 8045,25 M. Streikunterstützung. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 137 356,04 M., während die Einnahmen nur 73 278,37 M. betragen. Das Verbandsvermögen, das sich infolge dieser Mehrausgaben um 64 077,67 M. verminderte, betrug Ende 1908 nur noch 13 851,20 M.

Der Hoteldienerverband hat auf seiner Generalversammlung, die in der Woche nach Ostern in München abgehalten wurde, mit 37 gegen 2 Stimmen beschlossen sich dem Gastwirtsgehilfenverband mit allen zurzeit vorhandenen Aktiven und Passiven anzuschliessen. Die Hoteldiener bilden besondere Verwaltungsstellen des Gastwirtsgehilfenverbandes. In der Hauptverwaltung und im Ausschuss erhalten sie eine ihrer Mitgliederzahl entsprechende Vertretung. Auf dem Verbandstag sollen die Hoteldiener nach der Stärke ihrer Mitgliederzahl vertreten sein. Die Beamten werden vom Verband der Gastwirtsgehilfen übernommen. Obligatorisches Organ aller Mitglieder ist *Der Gastwirtsgehilfe*. Der Verbandstag erörterte ausserdem noch die Arbeitslosenunterstützung, Tarifangelegenheiten und die Schutzgesetzgebung im Gastwirtsgewerbe. Der Hoteldienerverband zählte am 31. Dezember 3234 Mitglieder und hatte einen Kassenbestand von 38 776,65 M.

Zur gleichen Zeit tagten die Sattler und Portefeuller in Köln, um die Verschmelzung ihrer Verbände endgültig zu vollziehen und gemeinsam über das neue Statut zu beraten. Die neue Organisation beginnt ihre Wirksamkeit am 1. Juli unter dem Namen *Verband der Sattler und Portefeuller*. Bemerkenswert ist, dass die Portefeuller vor 10 Jahren noch dem Buchbinderverband an-

gehörten, aus diesem austraten, als dort die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wurde, und ihre eigene Organisation gründeten, die sich, obgleich die Hausindustrie in dieser Branche vorherrscht, verhältnismässig gut entwickelt hat und auch finanziell gut fundiert war. Der Sattlerverband konnte dagegen zu Ostern schon auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Mit 950 Mitgliedern und einem Vermögensbestand von 4 M. schloss er das Gründungsjahr 1889 ab, und heute zählt der Verband 6839 Mitglieder, und der Vermögensbestand ist auf 69 993 M. angewachsen. Eine internationale Konferenz der Sattler und Portefeuller schloss sich diesem Verbandstag zu Köln an.

Die baugewerblichen Hilfsarbeiter haben auf ihrer Generalversammlung, die vom 11. bis zum 17. April in Köln abgehalten wurde, über die Verschmelzung mit dem Maurerverband respektive über die Schaffung eines Verbandes aller baugewerblichen Arbeiter verhandelt. Die zwischen den Verbandsvorständen vereinbarten Grundlagen der Verschmelzung sind einstimmig angenommen worden. Abgesehen von den statutarischen Bestimmungen ist ein Arbeitsplan zur Durchführung der Verschmelzung vereinbart worden. Danach halten beide Verbände im Jahre 1910 zu gleicher Zeit und an dem selben Ort ihre Verbandstage ab, die sich mit der Verschmelzung der Verbände beschäftigen werden. Wird diese beschlossen, dann treten die beiden Verbandstage zusammen und konstituieren den gemeinsamen Verband. Als Termin für den Zusammenschluss ist der 1. Januar 1911 in Aussicht genommen. Einen Statutenentwurf für den gemeinsamen Verband sollen die Vorstände ausarbeiten und den Mitgliedern bis zum 1. Oktober vorlegen. Die Mitglieder sollen dann sowohl zur Verschmelzungsfrage als auch zu dem neuen Statut Stellung nehmen. Der *Grundstein*, das Organ der Maurer, begrüsst diesen Beschluss als erfreulichen Fortschritt.

Die *Stukkateure* hielten vom 12. bis zum 16. April in Kassel einen ausserordentlichen Verbandstag ab. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, die eigentlich schon auf dem letzten Verbandstag in Nürnberg beschlossen war, hatte so viel Widerspruch gefunden, dass die Tagung notwendig geworden war. Dieser ausserordentliche Verbandstag sprach sich wieder für die Erwerbslosenunterstützung aus, beschloss jedoch sie

von einer Urabstimmung abhängig zu machen, und sie am 1. April 1910 einzuführen, wenn 60 % der Abstimmenden sich dafür erklären. Der Errichtung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes wurde im Prinzip zugestimmt, jedoch hielt der Verbandstag ein Eingreifen seines Verbands für nicht angebracht, da diese Frage nur dann gelöst werden könne, wenn die grösseren Organisationen des Bauberufs dieser Frage nähertreten. Die Entwürfe der beiden Hauptvorstände der Maurer und der Stukkateure zu einem Kartellvertrag wurden an die Vorstände zurückverwiesen.

Die Zimmerer hielten ihre Generalversammlung vom 19. bis zum 24. April in Stuttgart ab. Sie beschäftigte sich eingehend mit den Lohnbewegungen und dem Abschluss von Tarifverträgen. Eine darüber angenommene Resolution spricht sich für kollektive Arbeits- respektive Tarifverträge auf lokaler Grundlage aus. Werden zentrale Verhandlungen von anderer Seite veranlasst, so sind Zentralvorstand und Verbandsausschuss berechtigt aus ihrer Mitte Vertreter daran teilnehmen zu lassen. Handelt es sich dabei um die Erledigung von örtlichen Differenzen, so sollen auch Vertreter aus den beteiligten Lohnbezirken herangezogen werden. Der Verbandsbeitrag wird ab 1. Juli um 5 Pf. pro Woche und ab 1. März 1910 wieder um 5 Pfg. pro Woche erhöht und dafür die Arbeitslosenunterstützung besser ausgebaut.

Der Verbandstag der Glaser, der gleich nach Ostern in Nürnberg tagte, hat nach 7 stündiger Verhandlung in namentlicher Abstimmung die Verschmelzung mit den Holzarbeitern mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Der Antrag mit den Verbänden des Baugewerbes zwecks Gründung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes in Unterhandlung zu treten wurde ebenfalls abgelehnt. Beim Punkt Tarifverträge empfahl der Verbandstag den Verbandsfunktionären bei eventuellen Lohnkämpfen die Lohnverhältnisse ausschliesslich auf korporativer Grundlage zu regeln.

× Metallarbeiterverband × Die Abrechnung des Metallarbeiterverbandes für das Jahr 1908 weist eine Mitgliederzahl von 362 073 gegen 362 204 im Jahre 1907 auf. Der Mitgliederrückgang betrug also trotz der Krise nur 131 oder 0,03 %. Der Verband hatte ausser den Einnahmen der Lokalkassen eine Einnahme von 11 778 716,78 M. Die Aus-

gaben überstiegen indes die Einnahmen beträchtlich, so dass das Verbandsvermögen sich um 660 173,95 M., von 4 033 471,49 M. auf 3 373 297,54 M. verminderte. Die Ursache liegt in der gewaltigen Steigerung der Ausgaben für Unterstützung. Die Reiseunterstützung stieg von 294 997,82 M. im Jahre 1907 auf 401 607,39 M., die Unterstützung in Krankheitsfällen in der selben Zeit von 2 152 565,20 M. auf 3 049 747,57 M., die Arbeitslosenunterstützung von 952 820,50 M. auf 3 093 559,20 M. Zurückgegangen ist dagegen die Streikunterstützung, und zwar von 1 767 927,84 M. auf 816 648,14 M. Auffallend ist dabei die gewaltige Steigerung der Arbeitslosenunterstützung, worin die Wirkung der Krise am markantesten zum Ausdruck kommt.

× Tarifbewegung × Vom 20. bis zum 22. März fanden in Frankfurt a. M. zwischen den Hauptvorständen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Schneidergewerbe Schlichtungsversuche zur Erledigung der diesjährigen Lohnbewegungen statt. Anwesend waren 122 Personen, und zwar 50 Arbeitgeber, 48 Vertreter der Schneidergewerkschaft, 13 Vertreter des christlichen Schneiderverbandes und 11 Vertreter des Hirschdunckerschen Gewerkvereins. Es wurden für 26 Orte neue Tarifverträge auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, die bereits am 1. April in Kraft getreten sind. Sämtliche neu abgeschlossenen Tarife werden von den Hauptvorständen übernommen und können nur von diesen, aber einzeln, mit gegenseitiger vierteljährlicher Kündigungsfrist gekündigt werden. Am 19. April fand abermals eine Sitzung der Hauptvorstände in München statt, um den Streik der Hamburger Damenschneider beizulegen; eine Einigung wurde jedoch nicht erzielt.

× Kurzer Chronik × Der Vorstand des Buchbinder verbands hat beschlossen zum 25jährigen Jubiläum der Verbandsgründung eine Geschichte der deutschen Buchbinderbewegung herauszugeben. Mit dieser Arbeit ist der Verbandsvorsitzende Genosse Emil Kloth betraut worden. × Die süddeutschen Eisenbahner halten ihre 3. Generalversammlung vom 20. bis zum 22. Juni in Karlsruhe ab. Die Tagesordnung umfasst nur interne Organisationsangelegenheiten. × Der Vorstand des Maler verbands veröffentlichte ein Re-

gulativ für die fakultative Einführung der Arbeitslosenunterstützung. X An einer Urabstimmung, die der Schneiderverband über die Einführung der Arbeitsrespektive Erwerbslosenunterstützung veranstaltete, beteiligten sich 12 263 oder 31 % der Mitglieder. Von diesen stimmten 8733 dagegen und nur 3413 dafür. Das Votum für die Einführung wurde von 29 % der an der Abstimmung Beteiligten, das sind indes nur 9 % der Gesamtmitglieder, unterstützt. X Die Böttcher halten ihre 17. Generalversammlung am 12. Juli in Mainz ab. X Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beruft seinen 7. Kongress auf den 18. Juli nach Köln ein. Ausser dem Ausschussbericht steht unter anderem noch die gesetzliche Sozialreform in Deutschland sowie das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung auf der Tagesordnung.

X Literatur

Am Anfang meiner Rundschau erwähnte ich bereits die Denkschrift der *General-Kommission*, die unter dem Titel *Die Heimarbeit in Berlin* erschien und eine Antwort auf die Denkschrift der Berliner Handelskammer vom Jahre 1906 über den gleichen Gegenstand darstellt. Die vorliegende Broschüre wendet sich vor allem gegen die Methode, mittels deren die Handelskammer seinerzeit ihr Material zusammenbrachte, um es so darzustellen, als ob die Resultate der Berliner Heimarbeitsausstellung /1906/ in Hinsicht auf die Verhältnisse in Gross Berlin nicht einwandfrei gewesen seien. Die *General-Kommission* hat nunmehr unter Mitwirkung der Gewerkschaftsvertreter aller beteiligter Industriegruppen reiches Tatsachenmaterial zusammengestellt, das die Konfektionsindustrie, Herren- und Knabengarderoben-, Wäschefabrikation und -konfektion, Hut- und Mützenfabrikation, Schuhindustrie, das Lithographiegewerbe, die Stockindustrie, Goldleistenfabrikation, Tabakindustrie, Blumen- und Federnindustrie umfasst. In dem letzten Kapitel, das die Heimarbeit als Gegenstand der sozialen Gesetzgebung behandelt, werden die Forderungen der organisierten Arbeiterschaft zum Schutz der Heimarbeiter und -arbeiterinnen begründet und verteidigt. X Unter dem Titel *Bergarbeiterschutz, Massengräber Radbod* hat der Vorstand des *Deutschen Bergarbeiterverbandes* den Bericht des letzten Bergarbeiterkongresses in

Berlin nach der stenographischen Niederschrift herausgegeben. In dem Geleitwort dazu heisst es: »Was die Bergarbeiter auf ihrem Kongress vortrugen, das hat der Fachmann voll zu würdigen und muss den Sozialpolitiker veranlassen ernstlich zu prüfen, ob die Dinge so weiter ihren Lauf nehmen dürfen. Gewiss haben die Arbeiter auch Unwesentliches mitgeteilt, aber demgegenüber steht eine erdrückende Masse von aufgedeckten lebensgefährlichen Werksmissständen. Das Kongressprotokoll ist eine möglichst getreue Wiedergabe der vorgebrachten Arbeiterklagen. Auf Ausfeilen und Glätten der Satzgefüge ist verzichtet worden, um die Arbeiteraussprache mit ihrer schlichten Art wirken zu lassen.« Die kleine 112 Seiten umfassende Schrift ist sehr lesenswert und kann auch Nichtbergleuten zum Studium empfohlen werden. X Eine kurze Geschichte seiner Organisation gibt *Die Entwicklungsgeschichte des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands*, der ein Anhang über die Lebenshaltung und über die Arbeitsverhältnisse der Bauhilfsarbeiter sowie über die bis Ende 1907 vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge hinzugefügt ist. Das Buch ist selbstverständlich in erster Linie für die Verbandsmitglieder geschrieben. X Die Sattler und Portefeuller haben ihre Vorstandsberichte diesmal in Voraussicht der Verschmelzung gemeinschaftlich herausgegeben. Der Vorstand des Sattlerverbandes gibt in der Einleitung eine kurzgefasste Übersicht über die Entwicklung der Organisation in den 20 Jahren ihres Bestehens.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Württembergisches Gemeindepogramm Am 4. April tagte eine Landeskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler Württembergs. Sie hatte die Aufgabe das Gemeindeprogramm einer Revision zu unterziehen und es sowohl mit der württembergischen Gemeindegesetzgebung wie mit dem allgemeinen Gemeindeprogramm der Partei in Übereinstimmung zu bringen. Die Revision des Programms war insbesondere durch den Erlass eines Gemeindesteuergesetzes im Jahre 1903 und einer Gemeindeordnung im Jahre 1906 notwendig geworden. Die beiden Abschnitte des Programms, die sich auf die Gemeindeverfassung und das Gemeindesteuerewesen bezogen, mussten gründlich umgearbeitet werden. Beginnen wir mit dem Finanzwesen. Das

Gemeindebesteuerungsgesetz von 1903 war die Wirkung der staatlichen Steuerreform gewesen. Durch die Einführung einer staatlichen Einkommensteuer und die Herabsetzung des Ertrages der Realsteuern auf Grund, Gebäude und Gewerbe hatte sich das staatliche Steuersystem in seinem Charakter wesentlich geändert. Auch das Gemeindesteuerverwesen konnte daher nicht in seinem alten Bestand erhalten bleiben sondern müsste seinerseits mit dem staatlichen in Übereinstimmung gebracht werden. Der Hauptfortschritt bestand darin, dass die Gemeinden das Recht erhielten ihrerseits Zuschläge zu der staatlichen Einkommensteuer zu erheben, wenn auch die Vorbedingungen, an die die Erhebung geknüpft wurde, das Recht ziemlich stark beschränkten. Der Maximalbetrag der kommunalen Zuschläge wurde auf 50 % der staatlichen Einheitssätze festgesetzt. Er darf erhoben werden, wenn die Ertragssteuern mit 7 % belastet sind. Dagegen dürfen bei Belastung der Ertragskataster mit 3 % nur 10 %, bei einer solchen mit 4 % 20 %, bei einer mit 5 % 30 % und bei einer 6prozentigen 40 % der staatlichen Einkommensteuersätze erhoben werden. Im Vergleich zu anderen Bundesstaaten blieben also auch nach der Reform die württembergischen Städte in der Belastung der Einkommensteuer sehr beschränkt. In der Hauptsache sind sie nach wie vor auf die veralteten Ertragssteuern auf Grund, Gebäude und den Gewerbebetrieb angewiesen. Irgend eine Grenze, über die hinaus die Gemeinden die Ertragsobjekte nicht heranziehen dürfen, ist nicht gezogen. Wie bei der staatlichen Besteuerung ist auch bei der Gemeindebesteuerung ein gleichmässiger Steuersatz für das Grund-, das Gebäude- und das Gewerbekataster festzusetzen. Nur ausnahmsweise kann mit besonderer Genehmigung des Ministeriums des Innern von dieser Regel abgewichen werden. Einen Schuldenabzug oder eine Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit kennt das bestehende Ertragssteuersystem nicht. Ferner brachte die Gemeindesteuerreform von 1903 den Gemeinden eine Bauplatzsteuer und eine Warenhaussteuer. Die Bauplatzsteuer wollte die Grundstücke, die als Bauplätze zu betrachten sind, durch Zuschläge zum Grundsteuerkapital stärker heranziehen. Soweit die 3prozentige Rente des Verkaufswerts den $1\frac{1}{2}$ fachen Betrag des Steuerkapitals übersteigt, kann in Prozenten dieses Mehrbetrags ein Zuschlag zum Steuerkapital

erhoben werden, der aber 100 % des Mehrbetrags nicht übersteigen darf. Die Höhe des Zuschlags wird von den bürgerlichen Kollegien in ihrer Steuerordnung bestimmt. In Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern kann die Bauplatzsteuer ohne weiteres erhoben werden, in den kleineren Gemeinden bedarf ihre Einführung der ministeriellen Genehmigung. Die Steuer ist bisher in keiner Gemeinde benutzt worden. Die Formulierung war so unglücklich gewählt, dass sich ihrer Einführung die grössten Schwierigkeiten in den Weg stellten. Als Finanzsteuer ebenso bedeutungslos war die Warenhaussteuer. Alles in allem brachte also die Gemeindesteuerreform vom Jahre 1903 den Gemeinden nur eine geringe Verbesserung ihrer Finanzlage. Die durch sie neu erschlossenen Steuerquellen reichten in keiner Weise aus das stets wachsende Geldbedürfnis der Gemeinden zu decken. Es war daher auch nicht überraschend, dass trotz der Befristung des Fleischoktrois bis zum Jahr 1909 nur sehr wenige Gemeinden diese indirekte Steuer aufhoben und ihren Ausfall durch die Erträge der neuen Einkommensteuer deckten. Aus diesen Verhältnissen ergab sich als Hauptforderung für das neue Gemeindeprogramm die Fortführung der im Jahre 1903 begonnenen Reform in den folgenden Punkten: 1. stärkere Heranziehung der Einkommensteuer für die Zwecke der Gemeinden, 2. Ersatz der veralteten Ertragssteuern durch a. eine staatliche Vermögenssteuer, die von der Gemeinde mit Zuschlägen belastet werden kann, b. besondere kommunale Ertragssteuern, die den Änderungen in der Ertragsfähigkeit der besteuerten Objekte zu folgen vermögen, c. Einführung der Wertzuwachssteuer. In Übereinstimmung mit dem allgemeinen Programm verlangt das neue württembergische die stärkere Heranziehung des Staates zu Zuschüssen für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, der Armenpflege und des Wegebbaus und stellt ferner den Grundsatz der Unentgeltlichkeit der Benutzung bei allen Instituten des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens auf. Abweichend verlangt es dagegen die Übernahme sämtlicher Schulden auf den Staat, während auch hier das allgemeine Programm sich auf die Forderung staatlicher Zuschüsse beschränkt. Grössere Änderungen des Programms wurden, wie bereits erwähnt, durch den Erlass einer neuen Gemeindeordnung im

Jahre 1906 notwendig. Auf dem Gebiet des Wahlrechts brachte die Gemeindeordnung für die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern das Proportionalwahlrecht für beide Kollegien, Gemeinderat und Bürgerausschuss. Ausserdem wurde die Bürgerrechtsgebühr für den häufigsten Fall der Erwerbung des Bürgerrechts, nach 3jähriger Ansässigkeit, von 5 M. auf 2 M. herabgesetzt. Dadurch wurde die Erwerbung des Bürgerrechts wesentlich erleichtert, was namentlich der Arbeiterklasse zu gute kam. Ausserdem beseitigte die Gemeindeordnung die bisher bestehende Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher und gab den Gemeinden das Recht den Mitgliedern der Gemeinderäte für ihre Tätigkeit Diäten zu zahlen. Davon blieben indes die Bürgerausschussmitglieder ausgenommen. Der Regierungsentwurf hatte auch in der Organisation der Gemeindekollegien tiefgreifende Änderungen vorgeschlagen. Er wollte für die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern durchweg das zweite kontrollierende Kollegium, den Bürgerausschuss, aufheben, der sich bisher nur durch seine Bedeutungslosigkeit ausgezeichnet hatte. In den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sollte zwar das Zweikollegialsystem beibehalten werden. Es war aber eine wesentliche Verschiebung in dem Verhältnis der beiden Kollegien zu einander beabsichtigt. Der Bürgerausschuss sollte als die Vertretung der Gemeinde nicht nur die Kontrolle der Verwaltung ausüben sondern ihr auch Ziel und Richtung geben. Ihm gegenüber hätte der Stadtrat im wesentlichen die Rolle eines Verwaltungsausschusses gehabt. Leider scheiterten diese Vorschläge der Regierung an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien, von denen namentlich die Volkspartei eine Schädigung ihrer politischen Machtstellung, besonders in Stuttgart befürchtete. Die zurzeit geltende Gemeindeverfassung ist für die grösseren Städte absolut unzulänglich. Namentlich in Stuttgart hat sie sich als Hemmnis einer glatten Erledigung der Geschäfte erwiesen. Der Vertretungskörper, der Bürgerausschuss, ist hier viel bedeutungsloser als vor der neuen Gemeindeordnung von 1906, obwohl ihm durch die Neuregelung gerade eine wesentlich einflussreichere Stellung gegeben werden sollte. Der Stuttgarter Bürgerausschuss ist ein gänzlich dekoratives Organ, das nicht einmal im stande ist die Kontrolle der gemeinderätlichen Verwaltung auszuüben.

Auch in dem Verhältnis zwischen den staatlichen Aufsichtsbehörden und den Gemeinden brachte die neue Gemeindeordnung nur geringe Abänderungen. Von einer Befreiung der letzteren aus dem bisherigen Subordinationsverhältnis ist keine Rede. Auch jetzt noch ist der Einfluss der staatlichen Aufsichtsbehörden ein so grosser, dass von Selbstverwaltung nur in sehr bedingter Weise geredet werden kann. Alle wichtigeren, namentlich finanziellen Handlungen der Gemeinden bedürfen der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde, die nach freiem Ermessen gegeben oder versagt werden kann.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgänge wurde der erste Abschnitt des Programms, Gemeindevorfassung, in der folgenden Weise gestaltet: Die Verwaltung aller Gemeindeangelegenheiten soll ausschliesslich Aufgabe eines einzigen, von der Wählerschaft gewählten Kollegiums (Gemeinderat) sein. Dabei:

- a. Aufhebung des Bürgerausschusses. Solange diese Körperschaft besteht, Gewährung von Tagegeldern auch an ihre Mitglieder;
- b. Festlegung des Charakters des Gemeinderats als eines politischen Selbstverwaltungskörpers (Aufhebung des Disziplinarverfahrens gegen seine Mitglieder);
- c. Übertragung der Ortspolizei und der örtlichen Geschäfte der allgemeinen Staats- und Bezirksverwaltung auf den Gemeinderat zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit;
- d. Aufhebung der Bestätigungsrechte der Aufsichtsbehörden gegenüber Organen, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung bestellt sind;
- e. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Kenntnisnahme und Beanstandung, Prüfung der Gesetzmässigkeit der beanstandeten Verwaltungsakte der Gemeinden durch die ordentlichen Gerichte, Aufhebung der administrativen Befehlsgewalt der staatlichen Behörden gegenüber den Gemeinden.

Die übrigen Abschnitte des Gemeindeprogramms waren gleichfalls nach den verschiedensten Richtungen hin abzuändern. Die rasche Entwicklung der Gemeindeverwaltung, namentlich auf ihren Hauptgebieten, Volkshygiene und Sozialpolitik, hatte zahlreiche neue Bildungen und Einrichtungen gebracht. So war beispielsweise in den 9 Jahren, die seit Erlass des ersten württembergischen Gemeindeprogramms vergangen waren die Säuglingsfürsorge als ein Gebiet kommunaler Tätigkeit neu ent-

standen und namentlich in den letzten Jahren sehr stark in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten. Mit den verschiedenartigsten Mitteln sucht man die Säuglingssterblichkeit zu bekämpfen. Ihre Beurteilung ist jedoch keineswegs abgeschlossen und einheitlich. Konnte also das neue Gemeindeprogramm an diesen Bestrebungen nicht vorübergehen, so musste andererseits die Formulierung der Forderungen vorsichtig sein und die richtige Abschätzung der verschiedenen Mittel gegen einander vornehmen. So erhielt denn der betreffende Abschnitt die folgende Formulierung: Untergeltliche Geburtshilfe und Bereitstellung von Hauspflege durch die Gemeinde, Einrichtung von Wöchnerinnenheimen; Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit durch Gewährung von Unterstützungen an hilfsbedürftige Schwangere und Wöchnerinnen, insbesondere auch zur Förderung des Selbststillens; Einrichtung von Säuglingsfürsorgestellen und Säuglingsheimen sowie von Milchküchen zur Abgabe von Säuglingsmilch.

Ebenso vorsichtig ist auch die Formulierung des Abschnitts, der die Übernahme der Produktion und des Verkehrs von Nahrungsmitteln verlangt, die Kommunalisierung aber nur auf einen solchen Umfang beschränkt, dass dabei eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist. Etwas zu kurz ist hier die Bekämpfung des Alkoholismus behandelt worden. Mit dem Verlangen, dass die Gemeinde Speisehäuser einrichten soll, ist noch nicht alles gesagt, wünschenswert ist ein energisches Eingreifen der Gemeinden zum Beispiel in das Konzessionswesen durch die Reichsgewerbeordnung sehr enge Schranken gesetzt sind.

Auch die übrigen Abschnitte des Programms haben durchweg zum Teil recht eingreifende Änderungen erfahren. Überall ist die neueste Entwicklung berücksichtigt worden. Man vergleiche beispielsweise die Abschnitte über die Anlage von Ortschaften und Wohnungswesen, Sozialpolitik usw. Dabei ging das Bestreben offenbar dahin soweit als möglich an das alte Gemeindeprogramm anzuknüpfen. Dadurch ist eine wertvolle Kontinuität erreicht worden.

×
Bodenreformer Die 19. Hauptversammlung
 der *Bundes deutscher Bodenreformer* fand am 12. und 13. April in Nürnberg statt (siehe

darüber auch die Rubrik *Staatssozialismus*, pag. 668 ff.). Aus seinen Verhandlungen kommen hier speziell in Betracht die Vorträge des Professors Schmidt-Bonn *Die Bedeutung ausreichender Spiel- und Sportplätze für unsere Jugend* und des Professors Stier-Somlo-Bonn *Die Haupteinwände gegen die Wertzuwachssteuer*. Professor Schmidt wies in seinen Ausführungen speziell auf den engen Zusammenhang zwischen dem Wohnungselend und der körperlichen Entartung unserer Jugend hin. In den Mietskasernen ist die heranwachsende Jugend grossen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Hiergegen muss ein Gegengewicht geschaffen werden, das in dem Spiel in freier Luft vorhanden ist. Spiel und Sport aber brauchen grosse, freie, sonnige Plätze, für die von den Stadtgemeinden schon bei der Aufstellung von Plänen für die Stadterweiterung zu sorgen ist. Als Mindestmass für eine Stadt von etwa 100 000 Einwohnern sind 5 ha an Spielplätzen vorzusehen, die so zu verteilen sind, dass möglichst alle Stadtteile berücksichtigt werden. Für einen der Plätze muss ein besonders grosses Mass vorgesehen sein, um ihn für Veranstaltungen geeignet zu machen, die unseren Volksfesten einen höhern Inhalt geben können.

Professor Stier-Somlo beschäftigte sich in seinem Vortrag mit den Einwänden, die gegen die Wertzuwachssteuer erhoben werden. Eingehender behandelte er die Einwände, dass die Wertzuwachssteuer den Anforderungen an eine Steuer zu stellenden Anforderungen der Allgemeinheit und der Gleichheit nicht entspreche, dass die Forderung der Zuwachssteuer sozialistisch sei, dass sie auf andere abgewälzt werden könne und so ihren Zweck verfehle, und schliesslich die Hauptforderung der Gegner, dass auch für die Verluste an Grundwert Entschädigung zu leisten sei, wenn der Staat den Wertzuwachs besteuere. Mit Recht wies er gegenüber dem letzten Einwand darauf hin, dass keine einmal erhobene Steuer zurückbezahlt wird, weil sich später vielleicht die Bedingungen geändert haben, unter denen sie seinerzeit erhoben wurde. In dem Moment, wo die Wertzuwachssteuer erhoben wird, ist auch der Wertzuwachs vorhanden. Wenn er später aus irgend welchen Gründen verschwindet, so haben sich die Bedingungen der Steuererhebung verändert, und die Steuer wird dann nicht erhoben, und kann nicht erhoben werden, wenn ein Besitzwechsel ein-

tritt. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Teilnahme an einem früheren Wertzuwachs für den Staat oder die Gemeinde die Verpflichtung konstruieren soll für spätere Minderung des Wertzuwachses Ersatz zu leisten. Es würde das darauf hinauslaufen, dass die Allgemeinheit für eine bestimmte Höhe des Grundwertes Garantie zu leisten hätte.

× **Kurze Chronik** Der Münchener Magistrat hat beschlossen die obligatorische Trichinenschau einzuführen. × Mit einer Stimme Mehrheit beschloss der Stadtrat von Ludwigs hafen, vorbehaltlich der Genehmigung der Bürgerschaft, die Einführung der rechtsrheinischen Magistratsverfassung. × Die städtischen Strassenbahnen in Dresden ergaben im Jahre 1908 einen Überschuss von 767 343 M. × Die Stadtverordneten von Meerane beschlossen den Ankauf der privaten Gasanstalt, deren Konzession erst 1917 abläuft. × Die städtischen Kollegien in Kassel beschlossen eine Erhöhung der Schulgeldsätze in den höheren und mittleren Schulen, um die bedeutenden Mehraufwendungen für die Besoldung der Lehrer wenigstens teilweise decken zu können.

× **Literatur** Vor kurzem ist unter dem Titel *Staat und Stadt als Betriebsunternehmer* /Berlin, Heymann/ die Übersetzung eines Buches des Lord Avebury, des früheren Sir John Lubbock, erschienen, das Professor Ehrenberg mit einem Geleitwort versehen hat. Der bekannte Bankier und Naturforscher macht in diesem Buch einen Ausflug in ein nationalökonomisches Gebiet, und zwar in ein sehr schwieriges. Er will nachweisen, dass die Übernahme und der Betrieb wirtschaftlicher Unternehmungen durch Staat und Gemeinde schädliche Wirkungen gehabt hat, und daher möglichst eingeschränkt werden sollte. 5 Gründe führt Lord Avebury für seine Ansicht an: 1. Die Städte haben so zahlreiche und schwierige andere Pflichten zu erfüllen, dass sie zur Übernahme wirtschaftlicher Betriebe keine Zeit haben; 2. ist damit eine ungeheure Zunahme der städtischen Schuldenlast verbunden; 3. werden die Stadtverwaltungen dadurch in Arbeiterkämpfe verwickelt; 4. wird der städtische Betrieb mit Verlust oder mit einem grösseren Aufwand als der private Betrieb arbeiten; 5. ist er ein

ernstliches Hemmnis des Fortschritts und der Erfindung. Der Ausführung dieser Thesen sind die verschiedenen Kapitel des Buches gewidmet. In der Einleitung hebt der Verfasser noch ein sechstes Bedenken hervor, die grosse Gefahr der Korruption, und verweist dabei als warnendes Beispiel auf die amerikanischen Städte. Schon diese Gründe zeigen, dass Lord Avebury alles Material, das gegen die städtischen Betriebe zu sprechen scheint, ziemlich kritiklos zusammengetragen hat. Dazu kommt, dass der Verfasser auch nicht den geringsten Versuch gemacht hat die Gründe, die für den städtischen Betrieb sprechen, darzustellen, geschweige denn zu würdigen. In einseitigster Weise wird gegen die städtischen Gewerbebetriebe zusammengehäuft, was der Verfasser irgendwo gelesen oder erfahren hat. Diese Einseitigkeit setzt den Wert des Buches an und für sich schon sehr herab. Ausserdem besitzt der Verfasser auf einigen der von ihm behandelten Gebiete, so auf dem des ausländischen Eisenbahnwesens, nur recht mangelhafte Kenntnisse. Er stellt Behauptungen auf, die durch die Sicherheit, mit der sie vorgetragen werden, nichts an Zuverlässigkeit gewinnen. Als ein Stimmungsbild dafür, wie es in den Kreisen der englischen Antimunicipalisten, das heisst also der Eisenbahngesellschaften, der grossen Gas- und Elektrizitätsunternehmungen, der grosskapitalistischen Unternehmerverbände und ihrer Finanzmänner aussieht, mag das Büchlein inmerhin lesenswert sein. Irgend welchen wissenschaftlichen Wert als ein ernsthafter Versuch der Würdigung der wichtigen Probleme des Staats- und Municipalsozialismus hat das Buch nicht.

Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

Arbeitsverhältnisse an Staatsbahnen Der Bericht über die Betriebsergebnisse der preussisch-hessischen Staatsbahnenverwaltung im Jahre 1907 ist dem Landtag in dieser Session zugegangen. Er enthält auch beachtenswerte Mitteilungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Eisenbahndienst beschäftigten mittleren und unteren Beamten und Arbeiter. Hiernach waren im mittleren und unteren Eisenbahndienst beschäftigt im Jahre 1898 alles in allem 323 314 Personen, im Jahre 1908 hingegen 457 365 Personen. Gewiss ist für diese 10 Jahre eine Besserung festzustellen, aber viel Rühmens kann von der sozialen Fürsorge des preussischen Staats nicht ge-

macht werden. Die Mehrzahl der Angestellten hat ihren verantwortungsvollen Dienst 9 bis 11 Stunden zu versehen; bei den Personen mit noch längerer Arbeitszeit handelt es sich wesentlich um Angestellte im Lokomotiv- und Zugdienst, im unteren Bahnbewachungs- und Bahnunterhaltungsdienst und im unteren Bahnhofsdienst. Merkwürdige Gegensätze treten zu tage, wenn wir die Arbeitszeit der Eisenbahnangestellten mit der in den Militärwerkstätten zu Spandau vergleichen, die bekanntlich dem Reich unterstellt sind. Hier ist seit dem 1. April allgemein die 9stündige Arbeitszeit eingeführt worden, weil, wie es in dem Anschlag heisst, mit der verkürzten Arbeitszeit an Sonnabenden bisher schon gute Erfahrungen gemacht worden sind. Prüfen wir mit diesem Massstab die im preussisch-hessischen Eisenbahnbetrieb übliche Arbeitszeit, so ergibt sich folgendes: Im Jahre 1898 arbeiteten 68 282 Eisenbahnangestellte, also 21,1 % aller Angestellten, bis zu 9 Stunden täglich. Im Jahre 1908 hatten 123 149 Arbeiter, das sind 26,9 %, eine Arbeitszeit bis zu 9 Stunden. Ähnlich langsam ist der Fortschritt, wenn wir bescheidener eine Arbeitszeit bis zu 10 Stunden als Mittelmaass heranziehen; dann arbeiteten im Jahre 1898 163 313 Eisenbahnangestellte, also 50,5 %, im Jahre 1908 hingegen 261 508 oder 57,2 % aller Angestellten bis zu 10 Stunden. Wenn die Zustände in Reichsbetrieben etwas besser sind, so ohne Zweifel in Rücksicht auf die von sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag ständig geübte Kritik und Kontrolle.

Verhältnismässig niedrig sind auch die Gehälter und Löhne der im Eisenbahndienst tätigen Angestellten und Arbeiter. Folgende Tabelle ermöglicht eine Vergleichung der Gehälter der Jahre 1895 und 1907:

	1895	1907
Es erhielten durchschnittlich	M.	M.
Technische Bureaugehilfen, Bau- aufseher etc.	5,34	6,90
Hilfskräfte im innern Dienst . .	2,80	3,49
Hilfskräfte im untern Bahnüber- wachungsdienst	1,64	2,50
Hilfskräfte im Lokomotiv-, Ma- schinen- und Wagenmeisterdienst	2,52	2,94
Hilfskräfte im Zugdienst	1,92	2,69
Arbeiter im innern Dienst	2,53	3,21
Betriebsarbeiter	2,32	3,15
Bahnunterhaltungsarbeiter . . .	1,99	2,66
Hilfskräfte im untern Werkstät- tendienst	2,71	3,63
Hilfswerkführer	4,06	4,56

Werkstättenhandwerker		
a. im Tagelohn	2,99	4,12
b. im Stücklohn	3,95	4,60
Handwerksmässig ausgebildete Werkstättenarbeiter		
a. im Tagelohn	2,44	3,36
b. im Stücklohn	3,49	4,28
Sonstige Werkstättenarbeiter		
a. im Tagelohn	2,33	3,17
b. im Stücklohn	3,22	3,82
Tagewerklöhne sämtlicher Klas- sen der Bediensteten einschliess- lich Werkstatthelflinge	2,39	3,18

Das sind Löhne, die zum guten Teil nur dadurch begreiflich sind, dass den Eisenbahnangestellten mit eiserner Hand gewehrt worden ist selber durch gewerkschaftliche Organisation die Besserung ihrer Lage vorzubereiten, wie dies in Privatbetrieben geschieht.

Zum Schluss meiner Darstellung möchte ich noch ein paar Zahlen bringen, die die Gefährlichkeit des Eisenbahnbetriebs kennzeichnen. Es wurden getötet im Jahre 1906 512 und im Jahre 1907 526 Bahnbeamte und Bahnarbeiter. Verletzt wurden 1906 951 und 1907 1044 Personen.

× Bodenreformer Der 19. Bundestag der Bodenreformer war in der Osterwoche in Nürnberg versammelt. Über die Referate Dr. Schmidts-Bonn und Professor Stier-Somlos-Bonn ist bereits berichtet (siehe auch die Rubrik *Kommunalpolitik*, pag. 666 ff.). Von weiteren interessanten Referaten seien hervorgehoben das des Direktors der *Volkshochschule* in Albersdorf, H. Lembke, *Bauernprobleme im Lichte der Bodenreform*, in dem er für die Ländarbeiter ein klein wenig Land, verlangte, damit ihnen ein Arbeiten in Hoffnung möglich sei.

Über die Gartenstadtbewegung sprachen der Generalsekretär der *Deutschen Gartenstadigesellschaft* Hans Kampffmeyer und der liberale bayerische Landtagsabgeordnete Hübsch. Beide wollten durch Modellgemeinschaften Vorbildliches leisten, während andere Redner den Baugenossenschaften für die Gesamtheit nur wenig Wert beimassen. Wirklich praktische Arbeit, so sagte A. Damaschke, liege auf die Dauer nur in der Umgestaltung der Anschauungen und der Rechtsordnung. Wenn er die Wahl habe die geplante Gartenstadt in Nürnberg für 2000 Menschen durchzuführen oder aber für die Stadt eine vernünftige Zonenbauordnung zu erreichen, die dafür Sorge, dass wenigstens in den

Aussenbezirken das Einfamilienhaus, Luft und Licht gesichert werde, so würde er als vernünftiger Bodenreformer die vernünftige Zonenbauordnung zweifellos für den grösseren Gewinn ansehen. In der Debatte, die sich an den Vortrag des Professors Stier-Somlo über die Wertzuwachssteuer anschloss, trat der Oberbürgermeister von Posen Dr. Wilms für eine Reichswertzuwachssteuer mit der nur zu beachtenswerten Begründung ein, dass es bei dem Hausbesitzerprivilegium in den Gemeinden fast unmöglich sei erfolgreiche Zuwachsteuern durchzusetzen.

Schliesslich plädierte Legationsrat Dr. A. von Schwerin in einem Referat über die süddeutsche Kanalfrage dafür, dass durch eine Wertzuwachssteuer die Mittel zum Kanalbau beschafft werden. Der Redner wies darauf hin, dass der Wert des Bodens am Teltowkanal, je ein Kilometer von beiden Ufern, vor dem Bau 100 Mill. M. und nach dem Bau 500 Mill. M. betragen hat. Der Bau selbst hat 40 Mill. M. gekostet.

Beschlüsse werden auf den Tagungen der Bodenreformer in der Regel nicht gefasst; auch diesmal sah man von Resolutionen ab.

In der *Kölnischen Zeitung* vom 21. April teilte der Leiter der Bewegung, A. Damaschke, mit, dass dem *Bund der deutschen Bodenreformer* 455 Organisationen und 52 Gemeinden als körperchaftliche Mitglieder angehören.

× **Diamantenfelder in Südwestafrrika** ×

In Lüderitzbucht waren bei der ersten Belegung von Diamantenfeldern (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 522) infolge von Bestimmungen in den Schürfscheinen der *Deutschen Kolonialgesellschaft*, die sich den unerwarteten Funden nicht genügend anpassen, Zweifel über die Schürf- und Beleihungsberechtigungen etc. aufgetaucht. Die Interessenten in Lüderitzbucht haben daher eine Abordnung nach Berlin gesandt, mit der das Reichskolonialamt, wie die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* vom 9. April mitteilte, jetzt ein Übereinkommen abgeschlossen hat. Die wesentlichsten Bestimmungen des Vertrages lauten:

1. Einwendungen wegen unrichtig aufgestellter Schürfpfähle werden von keiner Seite erhoben. Wo infolge unrichtiger Stellung Schürfkreise über einander schneiden, hat jeweils der ältere vor dem späteren für den überschrittenen Teil

das Vorrecht. Über Streitigkeiten betreffend des Termins, an welchem die Pfähle gesetzt wurden, entscheiden die ordentlichen Gerichte.

2. Statt der Beleihung mit höchstens 8 ha pro Schürffeld, welche in der Bergbauverordnung vorgesehen sind, haben die *Kolonialgesellschaft* und ihre Rechtsnachfolgerin, die *Deutsche Diamantengesellschaft*, eingewilligt, dass gegen eine gleiche Abgabe, wie sie die erstere von den früher beliehnen Schürfern erhebt jedes Schürffeld 314 ha (Flächeninhalt eines Kreises von 1 km Radius) betragen soll und sich daher mit dem Schürfkreis deckt.

3. Allen Schadenersatzansprüchen, die mit der Erteilung von Schürf- oder Abbaurechten im rechtlichen oder tatsächlichen Zusammenhang stehen, sowohl unter einander wie gegenüber dem Fiskus, der *Kolonialgesellschaft* und der *Diamantengesellschaft*, wird entsagt. Die Abgabe an den Fiskus von denjenigen Feldern, welche bisher keine Schürfabgabe an ihn bezahlten, wird auf 5 % vom Veräusserungswert festgesetzt.

× **England: Altersrenten** ×

In Grossbritannien ist am 1. Januar das Gesetz über Altersrenten in Kraft getreten, nach dem jedermann ohne Unterschied des Geschlechts, der seit mindestens 20 Jahren britischer Staatsangehöriger ist, keine Armenunterstützung bezieht und sich vergeblich bemüht hat für seinen und seiner Angehörigen Unterhalt zu sorgen, unter bestimmten Einkommensverhältnissen vom 70. Lebensjahr ab eine Staatspension bezieht. Diese Pension hat die Eigentümlichkeit, dass sie um so höher ist, je niedriger zuletzt das Einkommen des Rentners war. Sie beträgt 5 s wöchentlich bei einem Jahreseinkommen von höchstens 21 Lstrl. und fällt allmählich um 1 s, bis sie bei einem Einkommen zwischen 28 Lstrl. 17 s 6 d und 31 Lstrl. 10 s nur noch 1 s wöchentlich beträgt. Wer mit 70 Jahren noch über 31 Lstrl. 10 s Einkommen hat, erhält keine Rente.

Nachdem das Gesetz 3 Monate in Wirksamkeit war, haben sich verschiedene Überraschungen ergeben. Bei der Budgetberatung 1908 nahm die Regierung an, dass in den ersten 3 Monaten 1 200 000 Lstrl. als Betrag für die Renten genügen würden. Nunmehr hat sich aber gezeigt, dass in Wirklichkeit 2 110 000 Lstrl. erforderlich sind. Bei 43 500 000 Einwohnern beträgt die Zahl der Rentenempfänger

ger 614 000. Sehr seltsam berührt es auf den ersten Blick aber, dass England und Wales mit 34 000 000 Einwohnern 340 000 Pensionäre aufweisen, während Irland mit nur 4 500 000 Einwohnern deren 177 000 zählt. Es werden für diese Erscheinung verschiedene Gründe angeführt. Zunächst fällt ins Gewicht, dass in England und Wales die obligatorische Geburtsanmeldung seit dem 1. Januar 1837 besteht, während sie in Schottland und Irland erst viel später eingeführt ist. So kommt es denn, dass sich hier sehr viele Leute als bezugsberechtigt gemeldet haben, die in Wirklichkeit noch nicht 70 Jahre zählen. Aber selbst wenn man hierfür nach der allgemein angenommenen Schätzung 27 000 Personen abzieht, so kommt doch in Irland schon auf je 30 Personen, in England aber erst auf je 100 Personen ein Pensionär. Eine Korrespondenz in der *Wiener Arbeiterzeitung* vom 10. April glaubt die Aufklärung darin gefunden zu haben, dass die junge Generation Irlands jährlich in grossen Scharen auswandert, so dass sich die Einwohnerzahl der grünen Insel in den letzten zwei Generationen auf die Hälfte verringert hat. Aber müsste denn nicht gerade der Umstand, dass die Auswanderung schon mehrere Menschenalter andauert, einen Ausgleich geschaffen haben? Vielleicht, dass ausser der *Mogelerei* erstens Irlands Eigenschaft als Agrarland und zweitens der Umstand eine Rolle spielt, dass in England der Industrieproletariat, falls er nicht schon vorher der Armengesetzgebung verfallen, auch mit 70 Jahren vielfach noch mehr als 630 M. im Jahre erwirbt und aus diesem Grunde kein Anrecht auf Staatspension hat.

× **Kurze Chronik** Das Reichskolonialamt hat mit der *O t a w i b a h n* gesellschaft in Südwestafrika

Ende April einen Vertrag auf Verstaatlichung abgeschlossen. Als Preis für die Überlassung der Bahn wurden vorläufig 22 Mill. M. angesetzt. × Am 1. Mai ist die *G o t t h a r d b a h n* (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, I. Band, pag. 194) in den Besitz des schweizerischen Bundesstaats übergegangen. Aus diesem Anlass wurde am 20. April zwischen dem Deutschen Reich und Italien einerseits und der Schweiz andererseits ein Vertrag abgeschlossen, der die in früheren Verträgen zugestandenen Tarifvergünstigungen auch für die Zukunft sichert. Auch hat

die Schweiz die finanziellen Rechte der Subventionsstaaten aus dem im Jahre 1869 abgeschlossenen Vertrag durch weitere Zugeständnisse auf tariflichem Gebiet abgelöst. Ferner hat sich die Schweiz bereit erklärt die Beamten und Arbeiter deutscher und italienischer Staatsangehörigkeit, die bei der Übernahme in Diensten der Gotthardbahn standen, zu übernehmen, ohne ihnen die Erwerbung der schweizerischen Staatsangehörigkeit aufzuerlegen. Endlich verpflichtet sich die Schweiz, im Falle der Elektrifizierung der Gotthardbahn, die Materiallieferungen auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung zu vergeben und damit die ausländische Industrie zum Wettbewerb zuzulassen. × Durch Beschluss des Reichsrats ist im März eine umfassende Verstaatlichung österreichischer Eisenbahnen durchgeführt worden. Zu dem staatlichen Eisenbahnnetz im Umfang von 15 000 km sind nun rund 3000 km böhmische Bahnen hinzugekommen. Jetzt sollen die Eisenbahntarife vereinheitlicht werden, ebenso erstrebt man eine Reorganisation der Verwaltung. Da die neuverstaatlichten Bahnen (Staatsbahn, Nordwestbahn und südnorddeutsche Verbindungsbahn) bisher eine, wenn auch nicht gerade hohe, Dividende abwarfen, wird auch auf eine bessere finanzielle Gestaltung des österreichischen Eisenbahnwesens gerechnet. Die jetzt verstaatlichten Bahnen brachten zuletzt 4 bis 6 % Dividende, während die Staatsbahnen sich nur mit 2¼ % verzinnten. Da die Anleihen zu Eisenbahnzwecken mit 4 bis 4½ % verzinst wurden, erforderten die Staatsbahnen einen jährlichen Zuschuss von 60 Mill. K. aus den Staatseinnahmen. Für die Reorganisation der Eisenbahnverwaltung wurde Preussen im österreichischen Herrenhaus als Muster hingestellt.

× **Literatur** In der Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ ist eine Abhandlung W. von Kalcksteins *Das Erbbaurecht* erschienen. Der Verfasser, der sich an dieser Sammlung schon mit verschiedenen kleinen Schriften über Wohnungswesen und Bodenpolitik beteiligt hat, lässt die historische und juristische Seite des Gegenstandes im wesentlichen ausser betrachten und behandelt die Frage rein von der praktischen Seite. Er setzt auseinander, dass der Erbbaurecht zwar nicht für den rechnenden Privat-

mann, wohl aber für Baugesellschaften von Belang ist. Als eigentliche Propagandaschrift kann die Broschüre nicht betrachtet werden, wohl aber bietet sie Gesellschaften, die sich im genossenschaftlichen Bauwesen betätigen wollen, durch Beispiele von Verträgen und Statuten schätzbare Handhaben. X Im 14. Jahrgang erscheint jetzt die vom staatlichen Arbeitsamt in Brüssel alle 14 Tage herausgegebene *Revue du Travail*. Das mir vorliegende 4. Heft enthält ausgedehnte Übersichten über den Stand des Arbeitsmarktes im Lande, ferner eine Tabelle über den Stand der Streiks und ein Verzeichnis der staatlich anerkannten Arbeiterunterstützungskassen. Weiter finden sich in der *Revue* Übersichten über Arbeitsverhältnisse und soziale Gesetzgebung verschiedener Länder, desgleichen sozialpolitische Gerichtsentscheidungen und amtliche Veröffentlichungen. Alles in allem ähnelt das amtliche Organ also unserm Reichsarbeitsblatt. X Das 2. Heft der hier bereits genannten Zeitschrift Edgard Milhauds *Les Annales de la Régie directe* (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 194) stellt durch die Vielseitigkeit seines Inhalts der Redaktion ein ehrenvolles Zeugnis aus. In einem Artikel *L'organisation du controle du public* behandelt der Pariser Abgeordnete Marcel Sembat in einer ansprechenden Betrachtung das Wirken zweier privater Schutzgesellschaften. Emile Vinck schreibt über die städtischen Speisehallen in Belgien, Dr. Enscli, der Leiter des Gesundheitsamtes in dem Brüsseler Vorort Schaerbeek über kommunale Milchversorgung und öffentliche Gesundheitspflege.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Werttheorie Das *theoretische System von Marx* betitelt sich ein Buch Boudins, eines in Amerika lebenden russischen Genossen, das jetzt in deutscher Übersetzung, von einem Vorwort K. Kautskys eingeleitet, im Dietzschens Verlag erschienen ist. Der Verfasser hat sich die Doppelaufgabe gestellt eine zusammenfassende Darlegung der in amerikanischen Parteikreisen weniger bekannten Marx'schen Wert- und Mehrwerttheorie wie der materialistischen Geschichtsauffassung zu geben und die von bürgerlicher oder revisionistischer

Seite gegen die Schlüssigkeit des Systemerhaltenen Einwände zu widerlegen. Dass er damit Erfolg hat, wird man nicht behaupten können. Die positive Entwicklung der Marx'schen Theorie kommt über der Polemik zu kurz, und diese verpufft in Weitschweifigkeiten, ohne es in einem der entscheidenden Punkte zu bündig überzeugender, die Angriffe entkräftender Gegenargumentation zu bringen. Von dem starren, überraschend naiven Dogmatismus, der sich in dieser Apologetik vielfach kundgibt, mögen folgende dem 3. Kapitel Boudins entnommene *philosophische Orakelsprüche* eine Vorstellung geben: »Reiner Idealismus, wie ihn zum Beispiel Hegel darstellt, ist nämlich ein logisch unantastbares Gebäude. Er ruht auf falschen Grundlagen, gibt man aber seine Voraussetzungen zu, ist sein logischer Aufbau unantastbar. Nicht so die moderne *Philosophie*. Sie ist idealistisch ohne die Logik des vollendeten idealistischen Gebäudes. Was aber schlimmer ist, sie ist reaktionär, was nicht immer ein Attribut des Idealismus sein muss. Da sie die logischen Konsequenzen der philosophischen Entwicklung vermeiden will, nach der auf das Hegelsche idealistische System unfehlbar der Marx'sche Materialismus folgen muss, so ist ihr Stichwort *Zurück* . . .« Ein paar aus Engels' Schriften über Feuerbach zusammengesetzte, in der Originalform bei aller Irrtümlichkeit immerhin anregende Aphorismen sind offenbar die Inspiratoren dieser auch nicht durch den leisen Schatten einer Sachkenntnis getrüben, dafür indes um so hochfahrenderen Abrechnung gewesen.

Nach dieser Probe nimmt es nicht weiter wunder, dass Boudin den bekannten, in Wahrheit unüberbrückbaren Widerspruch zwischen dem Ausgangspunkt der Marx'schen ökonomischen Deduktionen und der bei Unterstellung freier Konkurrenz notwendigen, aus dem Gewinnstreben der Unternehmer notwendig resultierenden Preisbildung einfach wegdekretiert. Der Ausgangspunkt im 1. Band des *Kapitals* war die ganz allgemein und ohne Einschränkung hingestellte These, dass das Austauschverhältnis zweier Waren stets in einer Gleichung darstellbar sei, in einer Gleichung, die besagt, »dass ein Gemeinsames von der selben Grösse in den ausgetauschten Dingen existiert«. Nicht durch eine Reflexion auf Bedingungen, denen jede entwickelte Warenproduktion und Warenaustausch mit offenkundiger Evi-

denz funktionell notwendig unterworfen wäre, begründet Marx sein Wertgesetz, er deduziert es einfach als Gesetz der Arbeitsäquivalenz aus jener beweislos mit dem Anspruch auf axiomatische Geltung aufgestellten These. Nämlich mit der — die Richtigkeit des Obersatzes einmal zugeben — allerdings einleuchtenden Beweisführung, dass jene Grössengleichheit, die jedes Austauschverhältnis angeblich impliziert, nur eine Grössengleichheit der in den ausgetauschten Waren enthaltenen Arbeitsmengen sein kann. Die ganze weitere Deduktion, sofern sie das Wertgesetz zu gründe legt, basiert mithin auf einer als Axiom maskierten Hypothese, einer unbewiesenen Antizipation, die erst nachträglich, wenn alle Folgerungen aus ihr gezogen sind, mit der wirklichen Austauschregulierung der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft daraufhin verglichen und konfrontiert werden kann, ob sie eine Formel darstellt, der sich die reale Austauschregulierung der Tendenz nach auch wirklich fügt. Die von Marx selbst im 3. Band vorgenommene Konfrontierung zeigt, ohne Vorurteil betrachtet, dass von einem solchen Sichfügen tatsächlich nicht die Rede sein kann, dass vielmehr die in dem Wesen der kapitalistischen Konkurrenz unmittelbar kausal und funktionell notwendig begründeten Gesetze, da sie auf eine in allen verschiedenen Produktionsbranchen tendenziell gleiche Profitrate hinarbeiten, eine mit jenem hypostasieren Grundgesetz im Prinzip schlechthin unvereinbare Regelung der Preise hervorufen. Jeder Versuch die Geltung des Wertgesetzes als des grundlegend regulierenden Gesetzes der kapitalistischen Wirtschaft zu retten — indem man einerseits einräumt, dass die Bildung der Warenpreise von seiner Norm notwendig abweicht, andererseits aber behauptet, das Wertgesetz, obgleich in dieser Hinsicht ohnmächtig sich durchzusetzen, sei dennoch der letzthin regulierende Bestimmungsgrund für den Gesamtpreis aller Produkte, für die Rate der Mehrarbeit und die Profitrate — führt zu einem Eklektizismus, der, je mehr man über ihn nachdenkt, um so widersinniger erscheint. Boudin freilich sieht, wie schon gesagt, hier keinen Widerspruch. Ihm macht es nichts auf Seite 152 in einem Atemzug zu erklären: »Unter gegebenen Bedingungen, die auf gewissen Existenzstufen jeder Ware notwendig sind, wird ihr Preis stets von ihrem Werte ab-

weichen. Immer aber wird er den Wertgesetzen unterworfen bleiben...«

Natürlich marschiert zur Unterstützung auch das bekannte Argument auf, dass ja auch die Naturerscheinungen, wie zum Beispiel der Fall der Körper, nicht strikt nach den mathematisch einfachen Formulierungen der Naturwissenschaft verlaufen, dass es aber darum niemand einfällt derartigen Formulierungen, wie etwa dem Galiläischen Fallgesetz, die Qualität wirklicher Gesetze abzuspochen. Gewiss nicht. Indes, diese Gesetze der Naturwissenschaft sind dann als Gesetze nachgewiesen, die unter gewissen von vornherein präzis umschriebenen Bedingungen gewisse Arten des Geschehens — wie den Fall im luftleeren Raum — mit exakter Geltung regeln. Wobei es sich von selbst versteht, dass der Ablauf des Geschehens bei einer Modifikation der Bedingungen — einer Modifikation, die andere Naturgesetze einen mitbestimmenden Einfluss auf das Geschehen gewinnen lässt, — gleichfalls modifiziert werden muss. Aber wo sind die Bedingungen gegeben, unter denen das Wertgesetz sich nachweislich als regelndes Gesetz betätigt, wenn die freie Konkurrenz in der entwickelten, der kapitalistischen, Warenproduktion eine solche Betätigung ausschliesst? Etwa in der Vergangenheit? Im 1. Band spottet Marx selbst noch über Adam Smith, der die Geltung des Arbeitswertgesetzes in die »präadamitischen Zeiten« zurückdatiert: also in Zeiten, in denen mit der entwickelten Konkurrenz zugleich die wesentliche Vorbedingung für ein allgemein gesetzliches Reguliertsein der Austauschverhältnisse überhaupt fehlt. Indessen selbst angenommen, der Austausch handwerksmässig produzierter Waren vollzöge sich im Gegensatz zu dem der kapitalistisch produzierten nachweislich mit tendenzieller Annäherung konform dem Wertgesetz, so wäre dies Gesetz immerhin auch im Rahmen einer handwerksmässigen Warenproduktion nur bewirktes Resultat — nämlich durch das interessierte Verhalten der Produzenten im Rahmen dieser speziellen Produktionsweise bewirkt — nicht selbst ursprünglich kausal wirksame Potenz, nicht selbst Erklärungsgrund letzter Instanz, wie die Naturgesetze; daher von vornherein kein Ausgangspunkt, von dem sich für die unter gänzlich veränderten Bedingungen bei kapitalistischer Warenproduktion resultierende Preisregulierung irgend etwas

mit apriorischem Anspruch auf gesetzmässige Gültigkeit und Notwendigkeit deduzieren liesse.

In seinem Vorwort zu Boudins Schrift erhebt K. Kautsky gegen die Kritiker der Marx'schen Werttheorie wie des Marxismus — nicht etwa nur gegen die auf dem Standpunkt der Grenznutztheorie stehenden — ganz generell den wunderlichen Einwand: Ihre Argumentationen gegen Marx seien von vorn herein verfehlt, weil dessen Theorie sich auf die Analyse des gesellschaftlichen Lebensprozesses, des Verhaltens der von vorn herein vergesellschafteten Individuen in diesem Prozess stütze, jene Kritiker aber noch dem vom 18. Jahrhundert ererbten Aberglauben huldigen, die gesellschaftlichen Phänomene müssten von der Basis der Individualpsychologie aus begriffen werden. Marx sähe *Prozesse*, wo jene nur Zuständliches, *Dinge*, sähen. Marx, sagt er, kümmert sich in keiner Weise darum, welche Momente subjektiver Natur etwa die Austauschproportionen bei einzelnen Austauschakten bestimmen mögen: er forscht danach, wie sich der Warenaustausch auf bestimmten Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung in ununterbrochenem Fluss des Austauschens und für den Austausch Produzierens vollzieht, und wie es möglich ist, dass dieser so verlaufende Prozess sich immer wieder erneuert und ausdehnt. Allerdings. Aber welche künstliche Verschiebung der Positionen, wenn man es so darstellt, als sei mit der Erinnerung an diesen selbstverständlichen, jedem aufmerksamen Leser des *Kapitals* geläufigen Sachverhalt der Stein des Anstosses, der der Anerkennung der Werttheorie entgegensteht, aus dem Weg geräumt! Mit Robinsonaden wird heutzutage kein halbwegs Zurechnungsfähiger im Ernst etwas gegen die Marx'sche Werttheorie auszurichten meinen. Die Einwürfe, die wirklich gegen sie erhoben werden, entnehmen, auf ihren rationalen Grundkern reduziert, den Masstab ihrer Kritik vielmehr genau aus jener soziologischen Problemstellung, die K. Kautsky als Eigentümlichkeit des Marx'schen Denkens an jener von mir angezogenen Stelle formuliert. Gewiss, nur um die Erklärung eines historisch bestimmten gesellschaftlich-ökonomischen Prozesses, um die Gesetze, die sich als funktionell notwendig für den Bestand und stetig sich erneuernden Fortbestand der kapitalistischen Warenproduktion und des kapitalistischen Warenaustausches erweisen lassen, handelt es

sich. Aber auch nur darum, weil es sich als funktionell notwendiges und kausal garantiertes Gesetz in diesem Wirtschaftsmodus nicht erweisen lässt, ja, offenkundig gewissen funktionell notwendigen Gesetzen dieses Wirtschaftsmodus widersetzt, wird das *Wertgesetz* vernünftigerweise angegriffen, muss für die methodische Darlegung dieses ökonomisch gesellschaftlichen Prozesses ein anderer Ausgangspunkt der Deduktion verlangt werden.

× ×
Kurze Chronik In 4. Auflage erschienen Karl Buchers ethnographisch bedeutsames Werk *Arbeit und Rhythmus* /Leipzig, Teubner/. Die Sammlung der Arbeitsgesänge hat eine starke Erweiterung durch neue, noch nirgends publizierte Stücke erhalten. ×
 Das *Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* nähert sich allmählich seinem Abschluss. In dem neu herausgekommenen ersten Teil des 3. Bandes dürfte vor allem die sehr instruktive, über 100 Seiten ausfüllende Darstellung des schweizerischen Schulwesens, insbesondere der Volksschule, interessieren.

× ×
Literatur Den 3. Band seines *Systems der politischen Ökonomie* hat G. Ruhland unter dem Titel *Krankheitslehre des sozialen Volkskörpers* /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/ veröffentlicht. Im Siebenmeilenstiefelschritt geht's durch die Weltgeschichte. Die alten Juden, Griechenland, Rom, der Islam und die katholische Kirche wie die westeuropäischen Völker werden als Material für eine sozialpathologische *Symptomlehre* herbeizitiert, woran sich dann, nicht weniger systemlos zusammengerafft, ein Abschnitt über die *Pathologischen Symptome im Völkerleben der Gegenwart*, eine *Diagnose* und als krönender Schluss eine *Therapie des Kapitalismus* anschliesst. Ruhland bringt es fertig für den Mittelstand und die Syndikate gleichzeitig zu schwärmen, verlangt ein Syndikatgesetz, das der Tendenz zum Grossbetrieb, der heute in der Regel bereits genug entwickelt ist, einen Riegel vorschoben und für möglichste Ausbreitung mittlerer und kleiner selbständiger Existenzen Sorge tragen soll. Im Syndikatspreis soll dann auch der vom Autor als Panazee der Gerechtigkeit gefeierte, höchst nebulose gesellschaftliche Kostenwert als Regulator aller Umsätze zur Geltung kommen,

worüber eine oberste Zentrale, die den Titel *Reichsvolkswirtschaftsrat* führen soll — sogar die Namen hat des Verfassers Gründlichkeit im voraus festgesetzt —, zu wachen haben wird. Der Tiefsinn der Konzeption tritt in den Ausführungen über die Arbeitslöhne in diesem Zukunftsstaat besonders anschaulich hervor. So beispielsweise, wenn Ruhland erklärt: »Nur bei dem selbständigen Arbeiter, welcher im wesentlichen Eigentümer seiner Produktionsmittel ist, kann die Frage nach dem gerechten Arbeitslohn leicht klar und ziffernmässig beantwortet werden. Er ist gleich dem Wert seines fertigen Produkts; unter der wichtigen Voraussetzung, dass die Preisfestsetzung des Produkts nicht dem spekulativen Privatkapital überlassen wird und dem Kostenwert entspricht.« Von allem anderen Unsinn dieser Zeilen noch ganz abgesehen, bringt es der Verfasser also fertig im selben Atemzuge den ganzen Gelderlös aus dem fertigen Produkt als Reineinkommen für den Produzenten zu reklamieren und diesen Gelderlös als Wiedererstattung der vom Produzenten normalerweise aufgewandten Geldkosten, als *Kostenwert*, zu charakterisieren. Im übrigen — ein höchst bedeutsames Moment — wird dieser Zukunftsstaat auch dafür sorgen, dass solche bahnbrechenden Reformgedanken wie die Ruhlandschen dem Erfinder einen angemessenen Gewinn bringen: »Man errichte bei dem Reichspatentamt eine Abteilung für neue volkswirtschaftliche Ideen. Wer einen neuen volkswirtschaftlichen Vorschlag zur Verbesserung unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse macht und mit einer klaren entwicklungsgeschichtlichen Begründung einreicht, erhält darauf ein gebührenfreies Patent [!].«

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Kriegskunst In Hans Delbrücks *Geschichte der Kriegskunst*, 1. Teil: *Das Altertum*

/Berlin, Stülke/ muss für jeden denkenden Leser ein aufrüttelndes Moment liegen; zeigt ihm doch diese Geschichte, wie viel er in der Auffassung geschichtlicher Vorgänge umzulernen hat. Die Kritik Delbrücks an den landläufigen, eingeroseteten Vorstellungen über die weltgeschichtlichen Schlachten der Vergangenheit ist ein wahres Philosophieren mit dem Hammer. Aber Delbrück klopft mit seinem Hammer nicht nur sachlich Unglaubwürdiges auseinander

sondern er schmiedet zugleich überliefertes Sachliches zu geschichtlichen Kunstwerken zusammen. Seine Kritik ist in ihrem innersten Wesen aufbauenden Charakters. Delbrück ist für diese Kritik besonders durch sein anschauliches Erfassen der Wirtschaftsvorgänge und der technisch-strategischen Einrichtungen unserer Zeit befähigt. Er ging in gleicher Weise zu modernen Volkswirten und Militärs in die Schule. Indem er die sachlichen Bedingungen klar erfasste, unter denen heute bestimmte strategische Leistungen zu stande kommen, prüfte er die wirtschaftlichen und militärisch-technischen Möglichkeiten nach, die für frühere kriegerische Ereignisse ausschlaggebend waren. Den überlieferten falschen Berichten stellt er das sachlich Mögliche gegenüber. Er weist zum Beispiel nach, dass gegen den fabelhaften Achtstadienlaufschritt bei Marathon die elementarsten Erfahrungen unserer Kriegsgeschichte sprechen. Selbst im Dänenkrieg 1864 konnte eine Truppe nicht 400 Schritt in der heftigen Laufbewegung bleiben. Der Laufschritt bei Marathon ist nun nach Delbrück der entscheidende Punkt für das Verständnis der Schlacht, denn durch 8 Stadien »muss notwendig zunächst der Platz der Schlacht und damit aber auch der taktische Verlauf und die Ursache von Sieg und Niederlage bestimmt werden. Wir dürfen uns daher glücklich schätzen hier einen Punkt zu haben, über den eine einfache sachliche Prüfung uns unabhängig von allen zweifelhaften Zeugnissen und unzuverlässigen Erzählern volle Gewissheit zu geben vermag. Die sachliche Prüfung aber ergibt, dass weder eine griechische Phalanx noch eine andere geordnete Schlachtlinie jemals 1½ km gelaufen ist, noch hat laufen können.«

Die ökonomisch-technischen Erfordernisse für die Schlachten des Altertums erörtert Delbrück überaus lichtvoll. Er schätzt in Caesar den geborenen Ingenieur, den genialen Förderer der römischen Lagerkunst, den Konstrukteur von Belagerungsmaschinen und kunstvollen Brücken. Mit seinen geläuterten ökonomischen Vorstellungen rennt Delbrück die verbreiteten Irrtümer über die Massenheere der Barbaren über den Haufen. Er schreibt: »Die überlieferte Vorstellung ist, dass Barbarenheere Massenheere seien. Wir haben gefunden, dass umgekehrt Barbaren nicht im stande sind Massenheere aufzustellen. Selbst wenn die Masse kriegsbrauchbarer Männer

unzweifelhaft vorhanden war, wie in Gallien, konnte man kein Massenheer aufstellen. Man konnte es nicht bewegen, nicht mit ihm operieren. Die Fähigkeit grosse Menschenmassen zu bewegen ist ein Erzeugnis der Kultur. Menschenmassen sind kein toter Stoff, den rohe Kraft beliebig aufzutürmen vermag. Wenn ein Caesar von einem Helvetierzuge von 368 000 Menschen fabelt, so unterstreicht Delbrück die sachliche Unmöglichkeit eines derartigen Zuges, der für 3 Monate mit Lebensmitteln ausgerüstet gewesen sein soll, denn dieser Zug müsste etwa 40 deutsche Meilen lang gewesen sein.

Anschaulich sucht Delbrück das römische Volk in seiner sozialen Klassenschichtung aufzubauen. Er verfolgt den Verfall der allgemeinen militärischen Dienstpflicht in Rom und die Ausbildung der Söldnerheere, in denen sich nur die obersten und untersten Schichten der Gesellschaft verbanden, und aus denen der *Mittelstand* völlig herausfiel. In der römischen Armee bildete sich eine strenge Scheidung zwischen Offizierkorps und Mannschaft heraus, die in der Geschichte Griechenlands nicht anzutreffen ist. Sehr interessant sind die Nachweise Delbrücks, dass die geschichtliche Überlieferung zur Verherrlichung der Sieger immer zu den gleichen Mitteln der Ausschmückung griff. Immer siegt der Held in der geschichtlichen Überlieferung über eine enorme Übermacht. »Um der möglichsten Steigerung der Glorifikation willen«, so schreibt Delbrück, »haben die Erzähler das eigentlich Historische fast ganz unterdrückt und sind so endlich bei allgemeinen Typen und Bildern angelangt, die bei dem einen Feldherrn und dem einen Kriege fast ebenso aussehen wie bei dem anderen...« Die Schweizer Erzählung über die Burgunderkriege ist mit den gleichen Szenen und Charakteren ausgestattet wie die griechische Geschichte von den Perserkriegen.

X
Russland

X
In seiner Dissertation *Die Streiks in Russland* /Zürich, *Academia*/ gibt Dr. K.

I. e. t. e. s mehr als eine Geschichte der Arbeitskonflikte Russlands. Eine ganze Epoche der russischen sozialen Entwicklung rollt sich darin ab; deshalb möchte ich mich etwas eingehender mit dieser Schrift beschäftigen. Die ersten Streiks spielten sich in Russland schon in den gutsherrlichen und in den Possessionsfabriken ab. In gutsherrlichen Fabri-

ken scharwerkten leibeigene Bauern. »Die Possessionsfabriken erhielten von der Regierung den Boden, Gebäude und Arbeiter, oder die Erlaubnis von der Regierung Bauern als Arbeiter anzukaufen.« Das Arbeitskontingent in den Possessionsfabriken stellten hauptsächlich die Staatsbauern. Diese wurden »für ewig den Fabriken zugeschrieben«. Unter den Arbeitern der Possessionsfabriken spielen die den Gutsherren entlaufenen Bauern, die *Läuflinge*, eine grosse Rolle. Im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts mögen etwa 50 000 Bauern in den Possessionsfabriken beschäftigt gewesen sein. In diesen Fabriken regelte die Regierung die Arbeitsverhältnisse und die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Besitzern. Die Arbeiter der Possessionsfabriken wurden wie Leibeigene behandelt: sie wurden von ihren Ausbeutern gepeitscht und mit harten Freiheitsstrafen belegt. Viele Possessionsfabriken hatten ihre eigenen Gefängnisse für ungehorsame Arbeiter. In den Possessionsfabriken spielten sich bereits erbitterte Arbeitskonflikte, Streiks usw., ab.

Die Possessionsfabrik mit ihren Zwangsarbeitern bricht als veraltet und unökonomisch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zusammen; schon um die Mitte dieses Jahrhunderts herrscht das freie Arbeitsvertragsverhältnis in der russischen Industrie vor. Das Jahr 1861 bringt dann die russische Bauernbefreiung und führt die Ära des Kapitalismus mit seinen freien Lohnarbeitern herauf. Um die Mitte der neunziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts bildet sich dann mehr und mehr der reine Lohnproletarier als der typische Arbeiter der kapitalistischen Industrie heraus. Leites charakterisiert die Umwälzung, die sich im russischen Arbeiter der neunziger Jahre vollzog, folgendermassen: »Wenn in den achtziger Jahren die Mehrheit der Arbeiter einen bäuerlichen Anstrich hatte, so vermindert sich in den neunziger Jahren dieser Teil der Arbeiterschaft stetig. Die Fabrik beginnt die Psyche des Arbeiters zu bestimmen, und unter dieser Wirkung bildet sich in Russland der Typus eines Fabrikarbeiters, ganz ähnlich dem der westeuropäischen Arbeiter. In den neunziger Jahren finden wir schon in den russischen Fabriken Massen von Arbeitern, die keine berufliche Beziehung zur Landwirtschaft haben, und die ausschliesslich von Fabrikarbeit leben. Selbst auf die Bauernschaft hat die Fabrik eine grosse Wirkung ausgeübt und

dazu geführt, dass viele Bauern, welche in die Fabrik gingen sich ganz von der Landwirtschaft lossagten.« Leites bringt die amtlichen Angaben über die Gruppen- und Kollektivstreiks Russlands für die Periode 1904-1905 herbei. In dieser Zeit betrug die Zahl der Streiks 1765 und die Zahl der Streikenden 431 252. Aus der Geschichte der russischen Streiks hebt Leites zwei sehr charakteristische Momente hervor: In Russland streikten in der Metall- und Maschinenindustrie jährlich 4,6 % der beschäftigten Arbeiter, in Deutschland aber nur 0,97 %. Die Streiks sind in Russland also zahlreicher als in Deutschland, indes, sie sind viel schneller beendet. In der Häufigkeit und in der kurzen Dauer der Streiks spricht sich zum Teil die Jugendlichkeit und Unreife der russischen Arbeiterbewegung aus. Und ein Vergleich der Streikziffern Russlands mit denen Westeuropas führt Leites zu dem Schluss, dass die russischen Streiks weniger erfolgreich als die westeuropäischen für die Arbeiter sind. Zur Beurteilung der russischen Arbeiterbewegung ist das Institut der Fabrikpolizei, das Leites wiederholt in seiner Arbeit würdigt, von grosser Bedeutung. Die Fabrikgesetze Russlands sind aus dem russischen Polizeigeist heraus geboren worden, und sie sind eigentlich nur polizeiförmige Ordnungs- und Sicherheitsmassnahmen. Am 1. Februar 1899 wurde das Gesetz über die Vermehrung der Fabrikpolizei bestätigt. Quartiere für die Polizisten sollten im Innern der Fabriken eingerichtet werden; die russischen Unternehmer unterhielten aus eigenen Mitteln Privatpolizisten, oder sie stellten der Polizeiverwaltung grössere Summen zur Verfügung, damit diese geheime Agenten in die Fabriken schickte. »Nach den Angaben des Reichsrats«, so schreibt Leites, »wurden auf Kosten der Unternehmer vom Jahre 1880 an 572 Schutzleute in den Fabriken angestellt. Im Februar 1890 kamen noch 2480 Polizeibeamte hinzu. Durch das Gesetz vom 21. April 1903 hat die Regierung die Kreditgewährung für die Fabrikpolizei auf 418 000 Rubel erhöht.« In der Morosowschen Manufaktur waren auf Kosten des Besitzers 30 niedere Polizeibeamte tätig, in 4 grossen von dem Minister Sipjagin besichtigten Fabriken unterhielten die Fabrikanten 234 Polizeibeamte. Da und dort forderten die Unternehmer dreist, die Regierung solle alle Ausgaben für die Erhaltung der öffentlichen und geheimen Polizeiaagenten in den Fabriken

tragen. Nur in dem Polizeistaat Russland konnte der kühne Gedanke Subatows aufkommen die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung von der Polizei machen zu lassen.

Die interessante Abhandlung Leites über die russischen Streiks erweitert sich also zu einer wirkungsvollen Zusammenstellung der Haupttatsachen aus der eigenartigen ökonomisch-sozialen Entwicklung des alten Russland zum modernen kapitalistischen Staat.

X

Balkan Die *Balkanbilder* Gino Bertolinis /Leipzig, Dieterich/ rauschen im Fluge

an uns vorüber, aber dank ihrer reichen Farbenpracht und ihres glutvollen Lebens prägen sie sich dennoch tief in uns ein. Der landschaftliche Charakter Istriens, Dalmatiens, Bosniens und Kroatiens ist scharf in dem Bertolinischen Werk herausgearbeitet. Unser Autor, der im Automobil den *Hexenkessel Europas* durchquerte, beschenkte uns mit einer erstaunlichen Fülle prächtiger Aufnahmen aus den österreichischen Balkanländern. Neben den überwältigenden landschaftlichen Schönheiten Dalmatiens und Bosniens haben sich das eigenartige Volksleben, die schmucken Volkstrachten, das bunte Getümmel der Märkte und Strassen dieser Landstriche auf den photographischen Platten des Bertolinischen Kodaks eingezeichnet. Und damit uns das Gegenwartleben der Balkanvölker verständlich wird, streift Bertolini das vielbewegte, gestaltenreiche Drama, das sich seit den Tagen römischer Weltherrschaft in diesen Teilen des Balkans abgespielt hat. Einen gewaltigen Zeitraum durchsauen wir — und dann und wann scheint uns das Automobil Bertolinis zu schnell zu rasen —, einen riesigen Abschnitt menschlicher Geschichte von den Bautagen der diokletianischen Wasserleitungen in Spalato an bis zu der historisch bedeutungsvollen Stunde, in der das Annexionsmanifest Österreich-Ungarns an die Säulen und Strassenecken Serajewos angeschlagen wurde. Die heftigen Kämpfe Österreichs bei der Okkupation Bosniens, die Zustände des Landes zur Zeit dieser Besizergreifung, die hervorragenden Verdienste des Kaiserstaates um die Kultur der okkupierten Staaten sind historisch treu dargestellt. Unseren Blick richtet Bertolini auf die Welt des Islams, und manche der historischen Szenen des jüngsten reaktionären alttürkischen Putsches wird uns begreiflich, wenn wir uns von

Bertolini in die tieferreligiösen Stimmungen der muhamedanischen Volksseele einführen lassen. Bertolini ist ein rassisger Patriot, aber sein Patriotismus trübt nicht die Unparteilichkeit seiner historischen Schilderungen. Lebensvolle Bilder, vom Automobil aufgenommen, sind die Skizzen Bertolinis. Sie sind anregend und amüsant, sie erfassen selbstverständlich nicht gründlich das wirtschaftliche und soziale Leben der Balkanvölker. Aber das kann man ja auch nicht von einem sausenden Automobil aus.

× Kurze Chronik Am 10. April feierte der Begründer der Heilsarmee, William Booth, seinen 80. Geburtstag. In der sozialen Geschichte unserer Zeit nimmt William Booth einen hervorragenden Platz ein. Zwei Gedanken füllten schon frühzeitig die ganze Seele dieses merkwürdigen Mannes aus: die soziale und die religiöse Idee. Schon in grüner Jugend erfuhr Booth an sich den umwälzenden Einfluss der Chartistenbewegung. Mit 13 Jahren war er ein flammender, tatenheischender Chartist. Der Chartismus öffnete ihm die Augen für das abgrundtiefe Elend, in dem das englische Massenproletariat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dahinlebte. Seine religiös gerichtete Seele warf sich dann mit Feuereifer auf die Methodistenbewegung, deren Kopf und Herz gleichfalls stark für die Verbesserung des Loses der Armen und Elenden arbeitete. Die Methodistenbewegung hatte von jeher einen starken sozialen Einschlag. In dem humanen Werk der Sklavenemanzipation, in der Organisation der Kranken- und Armenpflege, in den Fürsorgebestrebungen für die Verwahrlosten verspürte man überall die tätige Hand der Methodistenbewegung. In der *Neuen Konnexion*, einer Methodistenekte, betätigte sich Booth als Erwecker *gefällener, sündiger* Seelen. Der religiös-sozialen Bewegung, die er ins Leben rief, gab er einen streng militärischen Charakter. Dieser straffen militärischen Organisation und der tätigen sozialen Hilfe verdankt die von Booth geschaffene Heilsarmee ihre grossen Erfolge unter den müden und gebrochenen Seelen. Heute befehligt der *General Booth* einen internationalen Stab von 22 000 Offizieren und Beamten und ein Riesenheer von männlichen und weiblichen Heilssoldaten. × Das *Institut für Kultur- und Universalgeschichte* bei der Universität Leipzig hat dort das *Haus Zum golde-*

nen Bären bezogen. Dem Institut steht eine reichhaltige Bibliothek im Wert von 130 000 M. zur Verfügung. Ihr sind eingeordnet: eine Sammlung von kulturgeschichtlichen Anschauungsblättern, eine Sammlung von primitiven Plastiken, eine Sammlung von Kinderzeichnungen (etwa 140 000 Blatt), eine Sammlung von Originalbriefen zur deutschen Kulturgeschichte, der literarische Nachlass Ludwig Woltmanns usw.

× Literatur Einem kurzen Überblick über Deutschlands Handelsentwicklung eröffnet W. Langenbecks flott geschriebene *Geschichte des deutschen Handels*, die in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ erschien. Die Zukunft der deutschen Kolonien sieht Langenbeck indes unter einer gar zu rosenfarbigen Brille. × Eine Skizze A. Baumgartners über Silvio Pellico in den *Stimmen aus Maria Laach* zeigt uns recht greifbar, was ein Jesuitenpater im Gegensatz zu der feinsinnigen Künstlerin Ricarda Huch aus der Bekehrungsgeschichte Silvio Pellicos zu machen wusste. × Die Charakteristik des *Deutschen Volkstums*, die der Privatdozent Dr. Albrecht Wirth in der Schriftenammlung *Deutsche Wiedergeburt* /Leipzig, Schröter/ zu geben versucht, klingt in einen überschwänglichen Lob- und Preisgesang auf Bismarck aus, den er einen »Befreier im Inland, einen »Befreier von Philisternetzen« gleich Goethe nennt.

KUNST

Musik / Hugo Leichtentritt

Chorwerke Der Schluss der winterlichen Konzertsaison brachte sehr wenig, worüber an dieser Stelle zu berichten wäre. Neue grössere Kompositionen von besonderer Bedeutsamkeit wurden überhaupt nicht mehr gehört. Zwei abendfüllende Chorwerke wurden zum erstenmal aufgeführt, Kompositionen Eduard Levys und Georg Schumanns. *Eduard Levy* betitelt sein Werk *An die Allmacht*. Der Text, vom Komponisten selbst gedichtet, ist eine Paraphrase der wesentlichen Gedanken des alten lateinischen Messtextes. Obschon nicht ungewandt gemacht, verträgt er doch kaum einen Vergleich mit seinem Vorbild. Das Bestreben des Textdichters war alles Konfessionelle zu entfernen, dem ganzen eine pantheistische

Färbung zu geben; gleichzeitig hat er aber auch die Strenge, die Erhabenheit und die Herbheit der lateinischen Dichtung preisgegeben; die zahlreichen eingestreuten Lyrismen schwächen die Wucht des Originals erheblich ab. Immerhin war der Text noch der bessere Teil des Ganzen. Levy zeigte sich zwar als ein guter Musiker, der insbesondere den polyphonen Satz mit nicht gewöhnlicher Gewandtheit behandelt. Aber seiner Musik fehlt der persönliche Zug. Wohl baut er grossangelegte Chöre, wohl lässt er in den Soli lyrische Empfindung ausströmen; aber was seine Melodien sagen, und wie er sich ausdrückt, das ist so wenig ursprünglich, so wenig abwechslungsreich, so ganz und gar nicht zwingend, dass ein künstlerischer Eindruck nicht zu stande kommt. Einem so gewaltigen Vorwurf kann eben nur ein Künstler von ausserordentlicher Schöpferkraft gerecht werden.

Auch die zweite Novität vermochte sich nur sehr bedingte Anerkennung zu gewinnen. Georg Schumanns biblischer Kantate *Ruth* (ich selbst habe sie nicht gehört) wurde allgemein Mangel an stilvoller Durchführung vorgeworfen. Aus dem Idyll wurde ein Akt einer pomphaften grossen Oper gemacht. Allgemein zugestanden wurde jedoch die Wirksamkeit der Chöre, der geschickte Aufbau, das farbenreiche Orchester.

Instrumentalmusik Von kleineren Werken ist noch eine Cellosone opus 9 des Pianisten Ernst von Dohnanyi zu nennen, die von dem Komponisten und Hugo Becker gespielt wurde. Eine Komposition, die sich innerhalb der Grenzen des Schumann-Brahmsschen Kreises hält, immerhin aber vermöge der flüssigen Musik, des wirkungsvollen Aufbaus, der ansprechenden melodischen Erfindung doch als eine Bereicherung der etwas ärmlichen Cello-literatur anzusehen ist.

Etwas matter war eine Klaviersonate des Berliner Rezensenten E. E. Taubert. Sie darf noch immer recht gut gemachte, fein gefornnte Musik heissen, ist aber wenig lebendig, etwas eintönig und nicht gar bedeutend in der thematischen Erfindung. Einige *Préludes* aus dem opus 23 des Russen Rachmaninow, die gleich der Taubertschen Sonate von dem Pianisten Vianna da Motta gespielt wurden, gehören zu den erfreulichsten Klavierkompositionen, die ich seit Jahren kennen gelernt habe. Mit einer

glänzenden Kenntnis des Instruments vereint Rachmaninow eine ursprüngliche Erfindungskraft, ein vollendetes Formtalent. In kleinen Formen ist seit Brahms — abgesehen von einigen Franzosen, besonders Debussy — Besseres für das Klavier nicht geschrieben worden.

× **Berliner Volkschor** Nicht unerwähnt dürfen in diesen Spalten die Bestrebungen des *Berliner Volkschors* bleiben, der unter der Leitung seines ausgezeichneten Dirigenten Dr. Ernst Zander nun so weit gekommen ist, dass er

anfangt eine wichtige Kulturmission erfolgreich zu fördern. Das letzte Konzert brachte eine nach Massgabe der vorhandenen Kräfte sehr respektable Aufführung zweier kleinerer Werke: Händels *Acis und Galatea* und der humorvollen Bachschen Kantate *Der zufriedengestellte Aolus*. Sie verdient auch besondere Anerkennung wegen der stilgemässen Lösung des Generalbassproblems, das bekanntlich bei den Bach- und Händelaufführungen selbst der berühmtesten Chöre zumeist einer grossen Ratlosigkeit und Verlegenheit begegnet. Die Bestrebungen des *Volkschors* um die Hebung der künstlerischen Kultur weiter Volkskreise verdienen tatkräftige Unterstützung.

× **Kurze Chronik** In vielen Städten wurden am 14. April zur 150. Wiederkehr des Todestages Händels

Aufführungen seiner Werke veranstaltet. × Am 31. Mai werden 100 Jahre seit dem Ableben Josef Haydns verfloßen sein. Aus diesem Anlass wird in Wien ein grosses Haydnzentenariofest veranstaltet. Gleichzeitig tagt zu Wien der 3. Kongress der *Internationalen Musikgesellschaft*, zu dem sich schon Hunderte von Teilnehmern aus aller Herren Länder angemeldet haben. Die Aufgaben des Kongresses betreffen hauptsächlich musikgeschichtliche Fragen. × Vom 2. bis zum 6. Juni findet in Stuttgart die 45. Jahresversammlung und das Tonkünstlerfest des *Allgemeinen deutschen Musikvereins* statt. Eine lange Reihe neuer Kompositionen, hauptsächlich jüngerer Musiker, steht auf dem Programm. × In Stuttgart fand vor kurzem die erste Aufführung der heiteren Oper *Prinzessin Brombilla* statt. Text (nach E. T. A. Hoffmann) und Musik stammen von dem jungen Münchener Musiker Walter Braunfels. Stuttgarter Berichte sprechen sehr anerkennend über das dramatische Erstlingswerk dieses

Komponisten. X In Berlin beabsichtigt ein Opernverein, an dessen Spitze Engelbert Humperdinck, Dr. Leopold Schmidt und Axel Delmar stehen, die Gründung einer grossen Opernbühne, des *Richard Wagner - Theaters*. Es soll den bisher noch nie verwirklichten Wunsch nach einem Opernhaus grossen Stils erfüllen, das erstklassige Aufführungen bei niedrigen Eintrittspreisen bringt. Die in wenigen Jahren frei werdenden Wagnerschen Werke sollen dieser Bühne einen Wettbewerb mit dem königlichen Opernhaus ermöglichen, den bis jetzt kein Berliner Operntheater erfolgreich aufnehmen konnte. X Von russischen Mäzenen ist jüngst in Berlin eine Millionenstiftung ins Leben gerufen worden, die leider nur russischen Musikern zu gute kommen soll. Jedem russischen Musiker steht es frei diesem *Russischen Musikverlag* seine Kompositionen einzuhandigen. Ein Komitee, bestehend aus einer Anzahl der berühmtesten russischen Musiker entscheidet über die Annahme, mit der für den Komponisten der Druck seines Werkes und die Sicherstellung aller der Herstellungskosten überschreitenden Einnahmen daraus verbunden ist. Es wird also der Gewinn des Verlegers vollständig ausgeschaltet; dem Komponisten kommen die unverkürzten Erträgnisse seiner Arbeit zu gute. Hervorragenden Anteil an dem Zustandekommen hat der bekannte Moskauer Kontrabassvirtuose und Dirigent Sergej Kussewitzkij. X Die diesjährige Sommeroper im Berliner *Neuen königlichen Operntheater* unter der Leitung Hermann Guras verspricht besonders gut zu werden, wenn man aus den Ankündigungen des Spielplans und der mitwirkenden Künstler auf die zukünftigen Leistungen einen Schluss ziehen darf.

X
Literatur

X
Einige musiktheoretische Werke sind zur Besprechung eingesandt worden.

Cyrrill Kistler hat den letzten (4.) Band seiner theoretischen Schriften unter dem Titel *Der dreifache und mehrfache Kontrapunkt. Die dreifache und mehrfache Fuge. Der Kanon* erscheinen lassen /Heilbronn, Schmidt/. Das kleine Buch behandelt die schwierigsten Kapitel der polyphonen Technik. Es wendet sich wohl ausschliesslich an den Fachmann; dem strebsamen Jünger der Kompositionellehre jedoch wird hier ein wertvolles Material dargeboten, dessen Durch-

arbeitung wohl ihre Früchte tragen wird. Kistler lehnt sich an die Lehrmethode Josef Rheinbergers an, der Jahrzehnte hindurch zu den geschätztesten Lehrern dieser schwierigen Disziplinen gehörte. X Auch dem Laien zugänglich ist Max Loewengards *Lehrbuch der Harmonie* /Berlin, Stahl/, eine zwar durchaus nicht erschöpfende Behandlung des sehr weitläufigen Gegenstands, aber eine kurz gefasste Elementarlehre, die ganz brauchbar ist. Die einfache, leicht verständliche, allerdings etwas schulbuchartige und trockene Fassung sei als Vorzug hervorgehoben. X Auch einige Broschüren sind noch zu erwähnen. Scharf polemisch gehalten ist Dr. Paul Stefans *Gustav Mahlers Erbe* /München, von Weber/. Stefan ist ein begeisterter Anhänger Gustav Mahlers; anschaulich schildert er dessen Verdienste um das Wiener Musikleben und setzt dieser Darstellung dann eine Schilderung der Tätigkeit Weingartners als Leiter der Wiener Oper entgegen, die an Weingartner nicht viele gute Haare lässt. Die Lektüre der ausgezeichnet geschriebenen Schrift hat mir ein literarisches Vergnügen bereitet. Um über den Gegenstand selbst eine begründete Meinung zu haben, müsste man ein genauer Kenner der Wiener Musik- und Theaterverhältnisse sein, der ich nicht bin. X Der frühere Karlsruher Hofkapellmeister Dr. Georg Göhler hat im Jahre 1908 im Karlsruher Arbeiterdiskutierklub einen Vortrag über musikalische Kultur gehalten, der seinerzeit in der badischen Presse und auch in manchen anderen Zeitungen Gegenstand heftiger Angriffe geworden ist. Der Vortrag liegt jetzt unter dem Titel *Über musikalische Kultur* /Leipzig, Breitkopf & Härtel/ im Druck vor. Er bietet zwar keine erschöpfende Behandlung des Themas, wohl aber lesenswerte, vernünftige Anregungen, wie Schule und Gesellschaft das Volk allmählich einer musikalischen Kultur entgegen führen können. Auch über die Aufgabe der Presse liess sich Göhler aus, und hauptsächlich seine Bemerkungen zu diesem Thema waren es, die scharfen Widerspruch hervorriefen, der aber meines Erachtens kaum begründet ist.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Elektrische Kraftübertragung Die Energieübertragung vermittelt des elektrischen Stromes ist in wirtschaftlicher Hinsicht die grösste Leistung der

Elektrotechnik. In den 18 Jahren seit der Frankfurter Elektrizitätsausstellung, wo zum erstenmal die praktische Durchführung der elektrischen Energieübertragung auf grössere Distanzen durch einen grosszügig durchgeführten Versuch demonstriert worden war, hat die Ausnutzung primärer Energiequellen, der Wasserfälle und der Kohlschätze, eine ungeahnte Steigerung erfahren. Zahlreiche Wasserkräfte sind überhaupt erst durch die Elektrizität der wirtschaftlichen Ausnutzung zugänglich geworden. Noch aber stehen wir erst am Anfang der durch den Elektromotor ermöglichten technischen Entwicklung, denn erst sehr allmählich haben wir es gelernt grosse Energiemengen auf weite Entfernungen in wirtschaftlicher Weise fortzuleiten. Zur Fortleitung grosser Energiemengen ist es erforderlich möglichst hohe Spannungen, aber möglichst niedrige Stromstärken anzuwenden, da nur so an Leitungsmaterial gespart werden kann. In dem Transformator, der seit Anfang der achtziger Jahre Eingang in die technische Praxis gefunden hat, besitzen wir das Mittel Wechselströme von grosser Stromstärke und niedriger Spannung in solche von beliebig hoher Spannung, aber geringer Stromstärke zu verwandeln. Prinzipielle Schwierigkeiten gegen die elektrische Energieübertragung auf jede beliebige Entfernung lagen also nicht mehr vor. Um so grösser waren dagegen die rein praktischen Schwierigkeiten, die sich der Lösung dieser Aufgabe in den Weg stellten. Um bei einer Entfernung von etwa 125 km noch wirtschaftlich Elektrizität fortzuleiten zu können, muss man mit Spannungen von 25 000 Volt arbeiten. Die Erzeugung von 100 000 Volt Spannung und mehr macht an sich keine besonderen Schwierigkeiten, da man die feststehenden Transformatoren mit genügender Sicherheit gegen schädliche Spannungsausgleiche zu isolieren vermag. Dagegen wollte anfangs die Isolation der Elektrizitätsleitungen gegen einander und gegen die Erde nicht recht gelingen. Die bei den Telegraphenleitungen benutzten Porzellanlocken versagten fast vollständig. Bei feuchtem Wetter setzt sich auf ihnen Wasser an, das der hoch gespannten Elektrizität bald einen Ausgleich nach der Erde oder nach benachbarten Leitungen gestattet. Man verbesserte die Isolatoren zunächst dadurch, dass man sie möglichst gross machte und in ihrem Innern Schalen vorsah, die mit

Öl gefüllt wurden. Dieses Öl verhindert in wirksamer Weise das Überkriechen des Wasserbeschlages nach den Isolatorstützen; aber höhere Spannungen als zirka 60 000 Volt kann man auch mit Ölisolatoren nur schwer gegen ungewollten Ausgleich sichern. Die Versuche zur Fernleitung hochgespannter elektrischer Ströme Kabel zu benutzen, die sich verhältnismässig leichter isolieren lassen, schlugen wegen der bei den Kabeln unvermeidlichen Ladeerscheinungen zunächst vollständig fehl. Erst in den letzten Jahren sind diese Schwierigkeiten glücklich überwunden worden, und gegenwärtig schickt sich die A. E. G. an Drehstromkabel für Betriebsspannungen von 120 000 Volt zu bauen. Die Kosten für unterirdisch verlegte Kabel zur Fortleitung grösserer Leistungen sind aber so hoch, dass in den meisten Fällen die Wirtschaftlichkeit der ganzen Anlage in Frage gestellt wird. Wo irgend zugänglich, verwendet man deshalb zur Fernleitung der Elektrizität frei auf Gestängen verlegte Leitungen. Benutzt man zur Isolierung der Leitungen dreimantelige Glockenisolatoren, so kann man grade noch 60 000 Volt sicher fernleiten, womit man eine wirtschaftliche Reichweite von zirka 300 km erhält. Will man bis auf 500 km gehen, so muss die Spannung bis auf 110 000 Volt erhöht werden. Die Glockenisolatoren, auf einer Stütze der Mastquerarme befestigt, versagen hier aber fast vollständig. Bei der Ausführung einer grossen Fernleitung in Ontario in Kanada, die eine Reichweite von 500 km haben wird, kam man deshalb auf den glücklichen Ausweg an Stelle der Standisolatoren Hängeisolatoren zu verwenden, die von den Auslegern der Masten herabhängen. Während bei den Standisolatoren der Draht am Kopf des Isolators befestigt wird, wird er bei den Hängeisolatoren an deren tiefstem Punkt festgeklemmt. Die Hängeisolatoren bestehen aus einzelnen, glockenförmigen Porzellankörpern, die so mit einander verbunden sind, dass eine Kette an einander hängender Isolatoren entsteht. Mit der Vermehrung der Zahl der Einzelkörper wird so die Isolationsfähigkeit beliebig gesteigert. Die Grenze bildet hier die mechanische Festigkeit der einzelnen Porzellankörper. Durch diesen einfachen Kunstgriff ist man in die Lage gesetzt 110 000 Volt mit Leichtigkeit und selbst 200 000 Volt ohne grössere Schwierigkeit fortzuleiten.

Bei der geplanten Kraftübertragung in Ontario, die bis Ende dieses Jahres fertig gestellt werden soll, kommt zunächst die Übertragung von 40 000 PS, die von der *Ontario Power Co. in Niagara Falls* geliefert wird in betracht. Das Werk, das mit Turbodynamos arbeitet, kann aber leicht bis auf 55 000 PS ausgedehnt werden. Die Fernleitung wird sich auf der einen Seite bis Toronto, auf der anderen Seite bis Detroit erstrecken. Als Träger sind für alle Linien Stahlmasten aus galvanisiertem Winkelisen gewählt worden, die in je 170 m Abstand von einander Aufstellung finden. Als Leitungsmaterial dient Aluminiumseil. Der Querschnitt des Seils beträgt auf dem ersten Teil der Strecke 104 qmm, auf den weiteren Streckenteilen 92 qmm. Der Umfang der Arbeiten kann ungefähr daraus geschätzt werden, dass zirka 500 t Aluminium und zirka 7500 t Stahl für 3200 Türme von rund 20 m Höhe zur Verwendung kommen werden.

×
Elektrische Vollbahnen

×
Auch in Deutschland tritt man dem Gedanken der elektrischen Zugförderung auf

Vollbahnen allmählich praktischer. Zum erstenmal sind in den preussischen Etat 2 Mill. M. für diesen Zweck, und zwar zur Einrichtung des elektrischen Betriebs auf der Strecke Bitterfeld-Dessau eingestellt worden. In der Begründung des Gesetzes sind die Ansichten der preussischen Eisenbahnverwaltung über den elektrischen Eisenbahnbetrieb enthalten, die für die Entwicklung dieser Betriebsart auf dem grossen Netz der preussischen Staatsbahnen massgebend sind. Betont wird hier, dass der Frage des elektrischen Betriebs auf Vollbahnen erst näher getreten werden konnte, nachdem sich der einphasige Wechselstrommotor praktisch bewährt hatte, da der Gleichstrommotor wegen der bei schwerem Betrieb erforderlichen hohen Stromstärken ausser betracht bleiben musste, und weil beim Drehstrommotor die erforderliche Abstufung in den Fahrgeschwindigkeiten schwer möglich ist und ausserdem zwei Fahrdrähte erfordert. Der Wechselstrom bietet dagegen die Möglichkeit Motoren anzuwenden, die sich den wechselnden Bedingungen des Bahnbetriebs in vollkommener Weise anpassen, und die elektrische Energie auf ausreichende Entfernungen wirtschaftlich und betriebssicher zu übertragen.

Auf der Strecke Wittenberg-Dessau wird sowohl mit elektrischen Zuglokomo-

tiven als auch mit einzelnen Motorwagen gefahren werden. Die Vorzüge gegenüber dem Dampftrieb liegen nach der Begründung auf wirtschaftlichem und betriebstechnischem Gebiet. Angeführt sind: bei gleicher Leistung geringeres Gewicht der Antriebseinrichtung; wesentliche Ersparnis an Brennstoff bei dichter Zugfolge, kurzen Abständen der Haltepunkte, schwerem Verkehr, grosser Fahrgeschwindigkeit auch auf Strecken mit starken und langen Steigungen; die Möglichkeit Wasserkräfte und minderwertige Brennstoffe, wie Braunkohlen und Torf, zur Zugförderung nutzbar zu machen; Rückgewinnung an Arbeit auf Gefällen; bessere Ausnutzung der Fahrmannschaft, weil Vorbereitungs- und Abschlussdienst erheblich kürzer als bei Dampflokomotiven sind. Ein weiterer Vorteil ist der geringere Raddruck, wodurch der Oberbau mehr geschont wird und leichter gehalten werden kann. Da elektrische Lokomotiven leichter grosse Krümmungen nehmen können, ohne die Fahrgeschwindigkeit mässigen zu müssen, so lassen sich elektrische Bahnen besser dem Gelände anpassen als Dampfbahnen; die Baukosten der Bahnanlagen können also wesentlich vermindert werden. Ferner lässt sich ein vorhandenes Bahnnetz besser ausnutzen, da gegenüber dem Dampftrieb die Zugfolge mehr verdichtet, Zugbelastung und Geschwindigkeit erhöht werden können. Der Personenverkehr kann durch Einlegung von Motorwagenfahrten den lokalen Bedürfnissen leicht angepasst werden. Hierzu treten Ersparnisse durch den Wegfall der Kohlenlager, Bahnwasserwerke, Gasanstalten und besonderen Elektrizitätswerke zur Erleuchtung der Bahnhöfe. Auch ist es möglich den Lokomotivbestand wegen der kürzeren Betriebsaufenthalte und Ruhepausen besser auszunutzen. Besondere Bedeutung würde der Übergang zum elektrischen Betrieb dadurch gewinnen, dass an vielen Stellen elektrische Arbeit zu geringem Preis verfügbar wäre, was sehr dazu beitragen würde Landwirtschaft und Grossindustrie zu fördern, durch Darbietung wohlfeiler, bequemer und gesundheitlich einwandfreier Kraft-, Licht- und Wärmequellen die Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung zu verbessern. Bei der dargestellten Sachlage sei es für die Verwaltung der preussisch-hessischen Staatsbahnen zur unabweisbaren Pflicht geworden die Einführung der elektrischen Zugförderung mit Nachdruck zu fördern.

Demgemäss sind von ihr seit mehreren Jahren Vorarbeiten hierfür durchgeführt worden, wie Versuche auf den Vorortbahnen Berlin-Lichterfelde und Niederschöneweide-Spindlersfeld. Die Vorarbeiten können als abgeschlossen gelten, nachdem eine grosse Anlage, die Stadt- und Vorortbahn Blankenese-Ohlsdorf, die Brauchbarkeit des Betriebs mit Wechselstrom erwiesen habe. Ein Hindernis elektrische Zugförderung auf den Linien der preussisch-hessischen Staatsbahnen sogleich in grösserem Umfang durchzuführen biete jedoch die ausserordentliche Bedeutung für die Landesverteidigung, weil sich noch nicht genau übersehen lasse, ob die neue Betriebsart den militärischen Ansprüchen zu genügen vermöge. Bis zur Gewinnung eines genauen Bildes hierüber solle der elektrische Betrieb auf solche Strecken beschränkt bleiben, die militärisch nicht von ausschlaggebender Bedeutung seien. Im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung sei für die erste Einführung des elektrischen Betriebs die Strecke Magdeburg-Bitterfeld-Leipzig-Halle a. S. gewählt worden.

Prinzipiell steht also die preussische Eisenbahnverwaltung auf dem Standpunkt, dass über kurz oder lang alle Staatsbahnen elektrisch betrieben werden sollten. Das letzte Wort aber hat die Militärverwaltung zu sprechen. Trotz aller Schwierigkeiten können wir uns wohl der Hoffnung hingeben, dass wir über kurz oder lang in Deutschland ein ausgedehntes Netz elektrischer Bahnen haben werden. Freilich werden wir wohl noch eine geraume Weile darauf warten müssen. Da ich aber nicht daran zweifle, dass die Versuche auf der ersten elektrischen Vollbahn Deutschlands glänzend ausfallen werden, so dürfte sich wohl auch der Militarismus in den nächsten Dezennien bekehren lassen. Volkswirtschaftlich ist die Elektrifizierung der deutschen Bahnen von der allergrössten Bedeutung. Ein ganz Deutschland überspannendes Netz elektrischer Starkstromleitungen in Staatsbesitz ist gleichbedeutend mit einem praktischen Elektrizitätsmonopol. Hieran knüpft sich notwendig eine Monopolisierung der primären Energiequellen: der Wasserkräfte und der Kohlenlager.

✕
Kurze Chronik Ein Riesenluftschiff, das bei 130 m Länge und 13 m Durchmesser einen Inhalt von zirka 13 000 cbm erhalten soll,

ist bei den *Siemens-Schuckert-Werken* in Bau. Das Luftschiff erhält 3 Gondeln; in der vordern und der hinteren sind je 2 Motoren von 125 PS aufgestellt. Mit diesen 500 PS soll das Luftschiff eine Geschwindigkeit von 60 km pro Stunde erhalten können. ✕ Ein interessantes 9stöckiges Lagerhaus ist kürzlich für die *Steel-Wedels Co.* in Chicago fertig gestellt worden. Das Lagerhaus besitzt nämlich einen 4 Stock tiefen Keller, in dem ein Rangierbahnhof untergebracht ist. Der Verschiebedienst wird teilweise mit Hilfe von Hebewerken ausgeführt, die die Waggonen aus einem Stockwerk in das andere befördern. ✕ Von der Firma *Jukus Pintsch* werden gegenwärtig Unterwassersignalarparate gebaut, die aller Voraussicht nach der Seeschifffahrt eine grössere Sicherheit verleihen werden. In etwa 14 m Tiefe werden Glocken verankert, deren Töne durch Mikrophone an den beiden Schiffseiten übermittelt werden. Besonders bei nebligem Wetter haben diese Unterwassersignale die grösste Bedeutung.

✕
Literatur In der *Sammlung Götschen/Leipzig, Götschen/* hat *Erich Krebs* ein *Technisches Wörterbuch* erscheinen lassen, das die wichtigsten Ausdrücke des Maschinenbaus, Schiffbaus und der Elektrotechnik enthält. Bisher liegt der 1. Band *Deutsch-Englisch* vor. Soweit ich auf Grund von Stichproben ein Urteil abgeben kann, scheint mir das kleine Lexikon, das nur 80 Pf. kostet, recht brauchbar zu sein. ✕ Das *Handbuch der autogenen Schweissung*, das *Theo. Kautny* herausgegeben hat /Halle a. S., *Marhold/*, behandelt ein ganz neues und sehr interessantes Spezialgebiet der Technik, das sich rasch in die verschiedensten Zweige der Metallbearbeitung Eingang zu schaffen gewusst hat. Da hier zunächst noch die reine Empirie die Situation beherrscht, so wird das genannte Buch, das von einem der Initiatoren der autogenen Metallbearbeitung ausgeht, für die interessierten Kreise besonders willkommen sein. ✕ Ein zusammenfassendes Lehrbuch über Heizung und Lüftung hat *Dr. ing. Anton Gramberg* verfasst und bei *Julius Springer* in Berlin erscheinen lassen. Es kann Architekten, Betriebsleitern und Konstrukteuren bestens empfohlen werden. Der Stoff ist streng wissenschaftlich, aber einfach und verständlich behandelt